

ROTFUCHS

TRIBÜNE FÜR KOMMUNISTEN UND SOZIALISTEN IN DEUTSCHLAND

Irrte Frau Flinz?

Frau Flinz ist eine Figur des DDR-Dramatikers Helmut Baiert. Sein gleichnamiges Stück wurde im Berliner Ensemble uraufgeführt. Helene Weigel machte die Protagonistin zu einer unverwechselbaren Frauengestalt. Die Flinz war eine umsichtige Person und sorgte dafür, daß ihre Söhne auf die jeweils „richtigen Posten“ kamen. „Du bist langsam, Du gehst zur Gewerkschaft!“, befahl sie dem Jüngsten. Damals machte dieses Bonmot in der DDR die Runde. Denn eine sich auch hier etablierende Bürokratie ging vielen auf die Nerven. Dabei leisteten Tausende Mitglieder und Funktionäre des FDGB – der gewerkschaftlichen Dachorganisation – eine anerkannte, gesellschaftlich wirksame und nicht selten sogar aufopferungsvolle Arbeit. Denn niemals hatten Berufsverbände in Deutschland so viel zu sagen und mitzubestimmen wie im sozialistischen deutschen Staat. In ihrer Regie lagen die jährliche Plandiskussion in den Betrieben, der den Urlaub von Millionen Menschen absichernde Feriendienst des FDGB und nicht zuletzt die einheitliche, für alle Bürger gleichermaßen verbindliche Sozialversicherung.

Ein so gewaltiges Pensum ließ sich durch „Trödl“ nicht bewältigen. Und dennoch hatte Frau Flinz mit ihrem Ausspruch insofern den Nagel auf den Kopf getroffen, als sich im Windschatten der Rührigen auch manche Schläfrigen einnisteten. Das von gewerkschaftlichen Vereinnahmungsstrategen aus dem Westen forcierte Schlußkapitel des FDGB gestaltete sich nicht ruhmreicher als das Ende der DDR insgesamt. In Wirklichkeit handelte es sich um eine Facette der Konterrevolution. Mit der Zerschlagung der Gewerkschaftsbewegung der DDR und deren „Eingliederung“ in den Bestand des überwiegend auf Klassenzusammenarbeit setzenden DGB der BRD zerbrach ein Eckpfeiler des Sozialismus. Schon ein Jahrzehnt zuvor hatte in Polen eine Art Generalprobe stattgefunden, als vom heimischen Klerus und Rom gesteuerte „Erneuerer“ um Walesa an die Stelle der Einheitsgewerkschaft die antisozialistische „Solidarnosc“ setzten. Doch die Dinge sind keineswegs nur durch die düstere Brille zu betrachten. In mehreren Ländern Westeuropas haben revolutionäre Gewerkschaften Entwicklungsprozesse vorangetrieben, Errungenschaften verwirklicht und behauptet, die Waffe des in der BRD verbotenen Generalstreiks mit Erfolg eingesetzt. Jahrzehntelang jagten Frankreichs CGT und Italiens CGIL – mächtige Arbeiterzentralen unter kommunistischer Führung – der Bourgeoisie Angst ein. Auch Spaniens legendäre Comisiones Obreras unter dem durch Francos Höllen gegangenen Kommunisten Marcelino Camacho waren damals eine echte

Klassengewerkschaft. Leider wurden alle drei Verbände durch den Eurokommunismus und den mit ihm verbundenen Niedergang der kommunistischen Parteien dieser Länder geschwächt. Sie beschritten andere Wege und trennten sich von jenen Kräften, welche sie auf die Höhe ihres Einflusses gehoben hatten. Dennoch zeigen CGT und CGIL dem Kapital auch heute noch bisweilen die Zähne.

In unseren Tagen wird das kämpferische Gewerkschaftsbanner in Europa vor allem von Portugals CGTP-Intersindical und Griechenlands P.A.M.E. hochgehalten. Die CGTP hat im Frühjahr 2007 einen Generalstreik mit 1,6 Millionen Teilnehmern angeführt. Auch als Angela Merkel in der portugiesischen Hauptstadt über den berüchtigten „Vertrag von Lissabon“ mit ihresgleichen verhandelte, zogen Hunderttausende von der CGTP mobilisierte Protestdemonstranten durch die Straßen der Tejo-Metropole. In Griechenland sind es die P.A.M.E. und weitere Verbände, die alle Räder stillstehen lassen.

Daß so etwas auch in Deutschland geschehen kann, haben im November die Lokführer, deren Gewerkschaft aus einer ganz anderen Wurzel kommt, unter Beweis gestellt. Der GDL-Streik machte Mut und gab vielen ein Beispiel. Nach Jahrzehnten fauler und satter DGB-Lethargie und des Zusammenspiels der meisten Verbandsbosse mit dem Kapital und seinem Staat oder dessen Politikern zeigte die GDL Flagge. Auch bei ver.di kam manches in Bewegung. Die Warenhausstreiks und die Arbeitsniederlegungen bei der BVG sowie der massive Widerstand gegen die kriminelle Schließung des Bochumer NOKIA-Werkes signalisierten wachsende Kampfbereitschaft. Echte und vorge-täuschte Zugeständnisse der Regierenden deuteten auf Druckempfindlichkeit hin. Selbst Hansen von Transnet, zugleich stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender der Deutschen Bahn AG, suchte in letzter Minute auf den von der GDL in Fahrt gebrachten Zug aufzuspringen. Bleibt am Schluß noch die Frage: Irrte Frau Flinz, als sie ihrem Jüngsten seiner Behäbigkeit wegen empfahl, zur Gewerkschaft zu gehen?

Die damalige Kritik von DDR-Bürgern am schwerfälligen Stil bestimmter „Apparate“ war berechtigt. Und was manche Gewerkschaftsbürokraten der BRD angeht, trifft Baiert direkt ins Schwarze. Allerdings ist damit zu rechnen, daß etliche derzeit noch „Langsame“ durch die weitere Zuspitzung der Klassenkämpfe von den Arbeitenden schon bald auf Trab gebracht werden dürften. GDL und ver.di haben dafür wichtige Signale gesetzt.

Klaus Steiniger



INHALT

Zwischenbilanz der RF-Debatte über die Konterrevolution von 1989	2
Der Brester Raubfrieden	3
Wie Hitlers NSDAP das Leipziger Volksbüchereiwesen zerschlug	4
Nazi-Beschützer in Richterroben	5
Faschisten mit „Gebrauchswert“	6
Zum Hinterherhinken bei der Arbeitsproduktivität	7
Der marxistisch-christliche Dialog trug das Signum der DDR	8
Unser begriffliches Arsenal sauberhalten!	9
Nicht unter, sondern außer sich	9
Beitrag zum 8. März:	
Der soziale Inhalt der Frauenfrage	10
Von wegen „Jammer-Ossis“	11
Ostdeutscher Handwerks-Promi mußte Insolvenz anmelden	11
Altern in Würde?	12
Das Märchen von der Mitte	13
Ein „Pofalla“ gefällig?	13
Held der ersten Stunde:	
Hermann Bitterlich	14
Rosas und Karls Mitkämpfer: Julian Marchlewski	15
Um Defizite einer guten Sache keinen Bogen machen	16
Prägendes Mittun in der CFK	16
■ Englands Gott in Nordamerika RF-Extra I	
■ Als die „Grüne Minna“ Berlins Polizeireviere abklapperte	III
So überflüssig wie der Lachs nach dem Ablachen	17
Prag: Diskussionsangebot der KSCM	18
Estland: Die Enkel der „Waldbrüder“	19
Zur Tibet-Entdeckungsreise einer „getarnten“ ND-Reporterin	20
Chile: Der „Pickelhaubeneffekt“	21
Venezuela: Patriotische Allianz erwogen	22
Warum in Kenia Blut fließt	22
Afghanistan ist nicht zu befrieden	23
Pakistan: Wem diente der Mord an Benazir Bhutto?	23
Karl-Eduard von Schnitzler über den „Schwarzen Kanal“	24
Ohne Marx geht es nicht	25
Neues von Hermann Kant: Die Sache und die Sachen	26
Das Doppeltalent Gotthold Gloger	27
Eine Osterhasengeschichte	28
Leserbriefe	29
Anzeigen / Impressum	32

Freimütige „RotFuchs“-Debatte zu den Ursachen der Konterrevolution von 1989

Zwischenbilanz einer Diskussion

Der „RotFuchs“ hat vor gut einem Jahr mit meinem Auftaktartikel die Frage nach den Gründen unserer Niederlage zur Diskussion gestellt. Viele haben sich ehrlichen Herzens an der Debatte beteiligt. Es geht darum, geschichtliche Lehren aus dem vorläufigen Sieg der Konterrevolution auf deutschem Boden zu ziehen. Daß dabei jeder seine ganz persönlichen Erfahrungen einbringt, versteht sich von selbst. Um es vorwegzunehmen: Zu dem, was ich damals geschrieben habe, stehe ich auch heute. Ich akzeptiere aber, daß andere Genossen manches anders sehen. Für mich war es nie ein Problem, unterschiedliche Meinungen in Rechnung zu stellen. Im Gegenteil: Sie waren für mich stets Anlaß, meinen eigenen Standpunkt kritisch zu hinterfragen, was ja nicht bedeuten muß, Geäußertes kritiklos zu übernehmen.

Die Ereignisse vom Herbst 1989/90 waren in der Tat eine Konterrevolution. Viele DDR-Bürger, darunter auch kritisch eingestellte, wollten sie nicht und haben sich nie als Konterrevolutionäre gefühlt. Etliche ließen sich mißbrauchen, ohne es selbst zu merken. Sie sind mit Parolen, die sich zunächst ganz unverfänglich anhörten, in die Falle gelockt worden. Mehr Demokratie, für einen besseren Sozialismus – was war daran anstößig? Einen besser ausgestalteten Sozialismus wollten auch wir, ihn aber nicht, wie geschehen, aufs Spiel setzen. Die Forderung nach Ausbau der sozialistischen Demokratie mußte nicht neu erfunden werden. Auch die meisten Genossen der SED waren dafür, gab es doch auf diesem Gebiet erhebliche Defizite.

Wie sich die Losungen dann wandelten – bis hin zu: „Wenn die D-Mark nicht zu uns kommt, gehen wir zu ihr“ und „Keine sozialistischen Experimente mehr“, ist uns

noch in Erinnerung. Die Menschen folgten zu einem großen Teil solchen Schlagworten, weil ihnen suggeriert wurde, zur sozialen Sicherheit in der DDR komme fortan der Konsum des Westens. Das entsprach natürlich nicht den Interessen des Kapitals, das die totale Beseitigung der sozialistischen Gesellschaft im Auge hatte. Alle, die das schon vor 18 Jahren voraussahen und sich dieser Entwicklung entgegenstimmten, wurden diffamiert. Hinzu kam eine wahre „Enthüllungsflut“. Niemand war damals an einem ausgewogenen Bild interessiert.

Nicht jeder, der in jenen Wochen die SED verließ, tat dies aus freien Stücken. Etliche haben der massiven Einwirkung durch gegnerische Medien und die Wortführer der Konterrevolution nicht standgehalten oder sahen sich in ihrer beruflichen Perspektive bedroht. Aus eigenem Erleben weiß ich: Nicht wenigen ist die Entscheidung schwergefallen. Sie erfolgte dann aber doch, oft aus Anpassungsgründen. Auch Enttäuschung spielte eine Rolle. Diese Menschen zu verurteilen, wäre falsch. Gegen die Parteiarbeiter, die Sicherheitsorgane der DDR – besonders das MfS – und andere Staats- und Wirtschaftsfunktionäre wurde eine Hexenjagd entfesselt, die bis heute anhält. Für sie gibt es die vom Strafrecht vorgesehene Unschuldsvermutung nicht. Leute, die vom Leben in der DDR keine Ahnung haben, spielen sich dabei als Richter auf. Eine sachliche Debatte über die innere und äußere Situation des sozialistischen deutschen Staates ist unter diesen Umständen nicht möglich. Man gibt vor, Geschichte aufarbeiten zu wollen, läßt aber jene, welche sie gestaltet haben, überhaupt nicht zu Wort kommen. Wer nicht so denkt wie die jetzt Herrschenden, wird niedergemacht. Ohne Zweifel gab es in der DDR eine Reihe politischer und ökonomischer Mängel. Über deren Ursachen gewissenhaft nachzudenken, ist unerlässlich. Doch vieles, was uns damals Sorgen bereitete, war einfach herbeigeredet oder wurde demagogisch ausgeschlachtet.

Die Ursachen für unsere Niederlage sind mannigfaltiger Natur, Sie liegen nicht allein in den Ereignissen von 1989/90. Auch schon in früheren Perioden der DDR wurden Fehler begangen, die sich erst später auswirkten. Wir haben etwas völlig Neues in Angriff genommen und dabei Wege beschritten, die nicht immer zum erhofften Ziel führten. Dabei konnten wir nicht verhindern, daß der Klassenfeind unsere Schwächen gnadenlos ausnutzte. Unsinnig aber ist die Behauptung, der Sozialismus sei von Beginn an zum Scheitern verurteilt gewesen. In der DDR hat er eine Entwicklung durchlaufen, die zukunftsfähig war. Dazu ist viel Richtiges von Diskussionsteilnehmern geschrieben worden. Jeder konstruktive Gedanke ver-

dient es, ernst genommen zu werden. Über manches sollte noch gründlicher nachgedacht werden. Niemand hat das Recht, eigene Fehler dabei auszuspüren.

In jeder Revolution und in jeder Konterrevolution ist und bleibt die entscheidende Frage immer die Frage der politischen Macht. Im Herbst 1989 ging es nur vordergründig um Reiseerleichterungen oder die gesteigerte Einfuhr von Bananen. Die eigentliche Alternative, vor die wir gestellt waren, lautete: Ist die Arbeiter-und-Bauern-Macht noch zu retten oder nicht?

Nach meiner Wahrnehmung haben wir dem Gegner auf vielen Gebieten unnötige Zugeständnisse gemacht und des öfteren falsche Lageeinschätzungen getroffen, die uns schweren Schaden zufügten. Den Imperialismus unter gewissen Voraussetzungen für friedensfähig zu halten, wie das im Papier SED-SPD zum Ausdruck kam, war ein Fehlurteil. Wir hätten Gorbatschows Linie, uns auf allgemeinhinnehmliche Positionen zu drängen und dabei die Klassenfrage nicht mehr zu stellen, entschiedener zurückweisen müssen. Dabei steht fest, daß sozialistische Klassenanliegen und humanistische Zielstellungen kein Widerspruch sind.

Die internationale Lage hatte sich in den späten 80er Jahren für die DDR und deren Bruderländer drastisch verschlechtert. Die UdSSR rückte als Führungsmacht immer mehr von sozialistischen Positionen ab. Für Gorbatschow und dessen Umfeld war der Beifall aus den westlichen Metropolen wichtiger als das Wohl des eigenen Volkes. Die Verbündeten früherer Jahre wurden nun als Last empfunden. Die KPdSU-Führung baute an einem fiktiven Haus Europa, ohne zu begreifen, daß darin keine Zimmer für die sozialistischen Staaten vorgesehen waren. Sich in einer solchen Situation zu behaupten, wäre für die DDR schwer möglich gewesen. Es wurde allerdings nicht einmal versucht. Die Ereignisse des Herbstes 1989 und unser hilf- und konzeptionsloses Reagieren darauf machten jeden Ansatz, die DDR zu erhalten, von vornherein zur Illusion.

Die Diskussion zu diesem Thema ist nicht abgeschlossen. Ich würde mir wünschen, daß dabei die Machtfrage noch konsequenter in den Mittelpunkt gestellt wird. Zu bedenken ist, daß der Kapitalismus seine Herrschaft täglich unter Einsatz des gesamten Gewaltapparats verteidigt. Ohne Nostalgieker zu sein, meine ich, daß die DDR-Erfahrungen für eine sozialistische Zukunft von großem Nutzen sind. Alles Bewahrenswerte muß eingebracht werden. Dabei hat niemand von uns die Wahrheit gepachtet. Neue Erfahrungen und die Weiterentwicklung unserer Wissenschaft gehören dazu. Was wir vor allem brauchen, ist der kameradschaftliche und achtungsvolle Umgang miteinander.

Helmut Timm, Groß Nemerow

Der Historiker und stellvertretende Vorsitzende des RF-Fördervereins
Prof. Dr. Götz Dieckmann
spricht am **29. März**

um **10 Uhr** im

Burgkeller Gera

(Am Markt) auf einer Veranstaltung
der dortigen

Regionalgruppe

über das Thema:

**Neues
aus
marxistischer
Sicht**

Für die junge Sowjetrepublik, die sich um den Jahreswechsel 1917/18 konstituiert hatte, wurde der im März 1918 vom imperialistischen Deutschland aufgezwungene Brester Frieden von existentieller Bedeutung: Entweder Einlassen darauf oder Verlust der gerade erst erungenen Volksmacht, so stand damals die Frage. Auch heute noch ist es wissenswert, welche Absichten und Ziele mit dem Diktatfrieden verfolgt wurden. Bei den Brester Friedensverhandlungen war einer der wichtigsten Männer von deutscher Seite Generalmajor Max Hoffmann, der Generalstabschef des Kommandos Ober/Ost. Als Leiter der deutschen Delegation fungierte formell der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes (AA) Richard von Kühlmann. Doch Hoffmann bestimmte den Gang der Dinge. An der imperialistischen Einstellung von Kühlmanns war nicht zu zweifeln; indes gehörte er einer „gemäßigeren“ Richtung an, die mehr oder weniger vom Reichstag bestimmt wurde. In Hoffmann fanden die deutschen Schwerindustriellen, Bankmagnaten und Kriegsgewinnler den Vertreter der Obersten Heeresleitung (OHL), der unabhängig von parlamentarischen Rücksichten handelte. In seinen Aufzeichnungen finden sich Aussagen, mit denen er den Vertretern des AA „kolossale Angst vor dem demnächst wieder auf das Trapez steigenden Reichstag“ vorwirft und dies als „geradezu kläglich“ bezeichnet.

Bei den Kompetenzstreitigkeiten zwischen Reichskanzler Graf Hertling und der OHL ging es um die Frage, wer die Friedensverhandlungen zu führen habe. Die Festlegung besagte, daß allein die Reichsregierung dafür zuständig sei und die Vertreter der OHL lediglich beratende Stimme hätten. Das konnte allerdings nicht darüber hinwegtäuschen, daß die Militärs am Drücker waren und die Entscheidung trafen. Dies bestätigte Hoffmann in seinen Tagebuchnotizen, in denen er schrieb, daß kein Mensch im AA etwas zu tun oder zu sagen wage, ehe er wisse, wie sich die OHL dazu stelle. „Da wäre es schon das Beste, Ludendorff würde Reichskanzler, dann hätten wir klare Verhältnisse.“

Die Feststellung, daß die Militaristen die Wortführer in Brest waren, wird auch durch Hindenburg bestätigt. In seinem Brief an den Kaiser vom 7. Januar 1918 heißt es: „Eure Majestät haben zu befehlen

geruht, daß General Ludendorff und ich an den Friedensverhandlungen verantwortlich mitwirken sollen. Eure Majestät haben General Ludendorff und mir damit das Recht und die Pflicht übertragen, mit darüber zu wachen, daß das Ergebnis des Friedens den Opfern und Leistungen des deutschen Volkes und des Heeres entspricht, der Frieden uns materiell kräftigt und starke Grenzen besorgt.“

In völliger Übereinstimmung mit Hindenburg, Ludendorff und Hoffmann standen die schwerindustriellen Kreise, die sich im „Alldeutschen Verband“ vereinigt hatten. In einer Entschließung seines geschäftsführenden Ausschusses vom 8. Dezember 1917 wurde davor gewarnt, „bei etwaigen Verhandlungen das Selbstbestimmungsrecht der Völker anzuerkennen. Was insbesondere die Rechte der befreiten (!) Volkssplitter (!) im Nordosten betrifft, so erblickt der Ausschuß in dessen Zuerkennung an Letten, Esten und Litauer die besondere Gefahr, daß neben der militärischen Sicherung entscheidend der Zweck des Erwerbs örtlichen Neulandes vereitelt wird. Das deutsche Volk

die sie zur Liquidierung des Sowjetstaates, dem vorerst keine reguläre Armee zur Verfügung stand, einsetzen konnte. Diese Annahme bestätigte sich, als nach Ablehnung der Berliner Bedingungen durch den sowjetrussischen Delegationsleiter Trotzki die deutsche Offensive bei Narwa und Pskow begann, die nur mit größter Kraftanstrengung durch eilig zusammengestellte rotgardistische Abteilungen gestoppt werden konnte.

Am 3. März 1918 wurde unter persönlichem Einsatz Lenins der Brester Friedensvertrag mit den ultimativen Forderungen Deutschlands unterzeichnet. Eine der wichtigsten Voraussetzungen für diese Entscheidung war allerdings die prinzipielle Auseinandersetzung, die Lenin leidenschaftlich und geduldig mit den „linken“ Kommunisten unter Führung Trotzki, Bucharins u. a. zu führen hatte. Mit pseudorevolutionären Argumenten traten sie für die Fortführung des Krieges ein, wobei sie selbst den Verlust der Sowjetmacht einkalkulierten. Lenin nannte diese Haltung seltsam und ungeheuerlich und einen völligen Bruch mit der mar-

Warum Lenin vor 90 Jahren keine andere Wahl hatte

Der Brester Raubfrieden

braucht zum Ausbau der Landwirtschaft, zur Erhaltung seiner Volksgesundheit und zur Sicherung seiner Ernährung Siedlungsland und findet solches nur im Nordosten.“

Mit welchen Absichten der deutsche Imperialismus in die Brester Friedensverhandlungen ging, sprach Ludendorff unverhüllt aus: „Kurland und Litauen sollten unsere Verpflegungsmöglichkeiten gesund machen, wenn wir in einem späteren Kriege (!) noch einmal auf eigene Kraft angewiesen wären. Die Bewohner Kurlands und Litauens sollten Deutschland neue Menschenkräfte zuführen.“

Lenin wußte, daß es die deutsche Kriegspartei in Brest eilig hatte und schnelle Entscheidungen anstrebte, daß ihre räuberischen Forderungen ultimativ sein würden. Und er verstand auch, daß die gestürzte russische Bourgeoisie „nach einem revolutionären Krieg“ schrie und darauf wartete, „die Deutschen bei ihrem Vormarsch begrüßen“ zu können und „ihre Offiziere mit Schulterstücken in den Orten herumlaufen“ zu lassen. Schließlich sah er, daß die Ablehnung der deutschen Friedensbedingungen unweigerlich dazu führen müsse, die Sowjetmacht zu verlieren. Die deutsche Okkupationsarmee hatte bei allen Schwierigkeiten und Mißerfolgen an der Westfront doch noch Reserven,

xistischen Lehre, die ein Anpeitschen der Revolution durch Krieg kategorisch ablehnt.

Hoch war der Preis, den der Sowjetstaat durch das Brester Diktat zu zahlen hatte. Er verlor ein Territorium von rund 1 Million Quadratkilometern und einer Bevölkerung von rund 46 Millionen. Er büßte seine wertvollsten Getreidegebiete, fast alle Ölquellen, 90 Prozent seiner Kohlegruben und 54 Prozent seiner Industrie ein.

„Die Friedensbedingungen sind unerträglich schwer“, schrieb Lenin nach Annahme des deutschen Ultimatums. „Ein Räuber belagert uns, drückt uns nieder und erniedrigt uns. Wir werden imstande sein, alle diese Bürden zu tragen. Und dennoch wird die Geschichte zu ihrem Recht kommen ... Heran an die Arbeit der Organisation, der Organisation und abermals der Organisation. Die Zukunft wird allen Prüfungen zum Trotz unser sein.“

Die Geschichte kam tatsächlich zu ihrem Recht. Das Sowjetland blieb als Vorposten des internationalen Sozialismus bestehen. Es siegte die Leninsche Prinzipientreue und Elastizität in der Außenpolitik. Die Novemberrevolution in Deutschland zerriß den Brester Gewaltfrieden, und die Sowjetrepublik konnte das imperialistische Diktat am 13. November 1918 für null und nichtig erklären. **Dr. Rudolf Dix**

Unser lieber Freund, der standhafte und erprobte Kommunist

Generalleutnant a. D.

Dr. Gerhard Neiber

Stellvertreter des Ministers für Staatssicherheit der DDR

ist am 14. Februar im 79. Lebensjahr in Berlin gestorben.

Wir trauern um einen der Sache treu ergebenen Genossen, der dem „Rot-Fuchs“-Kollektiv eng verbunden war.

Wie Hitlers NSDAP im Frühjahr 1933 das Leipziger Volksbüchereiwesen zerschlug

Vorspiel zu späteren „Säuberungen“

Zahlreiche Dokumente belegen, daß die Hitlerpartei frühzeitig die Rolle der Literatur für die Propagierung ihrer Ziele erkannte. Im Rahmen der Gleichschaltungsbemühungen spielte die „Eingliederung“ der Volksbüchereien – der öffentlichen Bibliotheken – eine wesentliche Rolle. Das fand in Verbotslisten, Richtlinien und Rundschreiben sowie in der Entfernung marxistischer, pazifistischer, jüdischer und anderer „minderwertiger“ Literatur seinen Ausdruck. Im März 1933 verstärkten die Nazis auch in Leipzig ihre Angriffe auf das Volksbüchereiwesen, vor allem auf die Städtischen Bücherhallen und deren Direktor Dr. h. c. Walter Hofmann, der damals zu den bedeutendsten, aber auch umstrittensten Volksbibliothekaren in Deutschland gehörte. Noch ehe staatliche Verfügungen für die restlose „Säuberung“ der Buchbestände sorgten, gab es Bestrebungen, Leipzigs Volksbüchereiwesen im Sinne der Ideo-

logie der NSDAP „umzugestalten“. Hofmanns Kontrahent war im März 1933 vor allem Dr. Otto Ziegler, Büchereireferent der NSDAP-Kreisleitung Leipzig. Dieser arbeitete seit dem 1. Februar 1933 als Bibliothekar im Museum für Völkerkunde. Er hatte vom Leiter der Kulturpolitischen Abteilung der Kreisleitung den Auftrag erhalten, die „Revision der Städtischen Bücherhallen in die Hand zu nehmen“. „Wir machen kurzen Prozeß, nach Möglichkeit ohne Stinkbomben, weiße Mäuse und ähnliche Scherze. Es ist eine ‚legale Revolution‘. Wer nicht hören will, muß fühlen“, schrieb Ziegler am 15. März 1933 an Hofmann.

Noch brutaler formulierte der faschistische „Kulturpolitiker“ nur einen Tag später: „Von allen Seiten wurde schärfstes Mißtrauen gegen Ihre Leitung der Städtischen Bücherhallen sowie gegen die Doppelleitung der Bibliothekarschule zum Ausdruck gebracht. Ihr System wurde als verfehlt, Ihre Haltung als ‚raffiniert, gerissen und unaufrichtig‘ gekennzeichnet.“ Nachdrücklich forderte Ziegler die Ausmerzung der Schriften des Katalogs „Arbeiterwelt“ sowie der Bücher von Erich Maria Remarque und Ludwig Renn, ferner die „Abschaffung der Leserbeeinflussung im marxistischen Sinn“, die Anpassung der bibliothekarischen Ausbildung an die Richtlinien der NSDAP, die Amtsniederlegung von Frau Hofmann-Bosse als Leiterin der Büchereischule und schließlich eine Berichterstattung über die eingeleiteten Maßnahmen.

Am 17. März 1933 ging der NSDAP-Obmann noch einen Schritt weiter: Ausmerzung der gesamten „destruktiven“ Literatur, Veränderungen im Institut für Lese- und Schrifttumskunde und in der Deutschen Zentralstelle für volkstümliches Büchereiwesen im Sinne des Faschismus, verlangte er nun.

Auf Zieglers erstes Schreiben reagierte Hofmann am 16. März mit den Worten: „Ich fasse Ihre Kritik, Ihre vorläufigen wie die weiterhin angekündigten Vorschläge nicht als Anordnungen auf, die ich zu befolgen hätte. Selbst wenn ich Angehöriger der NSDAP wäre, könnte ich innerhalb meines Amtes Anordnungen nur von zwei Instanzen entgegennehmen: von meinem beruflichen Gewissen und von meiner vorgesetzten Behörde, dem Rat der Stadt Leipzig.“

Um der totalen Aussonderung den Nazis nicht genehmer Literatur zuvorzukommen, erließ Hofmann bereits am 11. März 1933 eine Anweisung an die Leiter der Bücherhallen zur Zurückziehung von Titeln auf der Grundlage einer Kontroll-Liste, die von den Bücherhallen zuvor selbst aufgestellt worden war. Diese enthielt die Namen von 38 Schriftstellern mit zumeist nur einem Buch. Sie sollten vom Leihverkehr ausgeschlossen werden. Unter diesen

waren Isaak Babel (Budjonnys Reiterarmee), Johannes R. Becher (Der Bankier reitet über das Schlachtfeld), Oskar Maria Graf (Wir sind Gefangene), Kurt Tucholsky (Deutschland, Deutschland über alles) und Ludwig Turek (Ein Prolet erzählt).

Am 20. März 1933 fand eine Begegnung beider Seiten im Rathaus statt. Die NSDAP vertraten Ziegler, Stadtrat Hauptmann und Stadtverordneter Bennewitz. Repräsentanten der Bücherhallenseite waren Direktor Hofmann und sein Stellvertreter Dr. Taupitz. Ziegler erhielt jetzt den Auftrag, Vorschläge „zur vollständigen Austilgung destruktiver Literatur“ zu unterbreiten. Es ging darum, die betreffenden Bücher in den Katalogen unkenntlich zu machen. Über Zieglers Forderung nach Vernichtung der ausgesonderten Literatur wurde keine Entscheidung gefällt.

Die „Säuberung“ der Bücherhallen Leipzigs ging bis in das Jahr 1937. Am 15. Juli jenes Jahres wurden auf Anordnung des Reichserziehungsministers bzw. des Reichsstatthalters in Sachsen von den 7700 ausgesonderten Bänden 1277 als „schädliche und unerwünschte Literatur“ an die Landesbibliothek Dresden zum „Aufbau eines besonderen Archivs“ abgeliefert. Die anderen sollten eingestampft werden. Zu diesem Zeitpunkt war Walter Hofmann schon nicht mehr in seinem Amt. Nach dem durch die NSDAP erzwungenen Rücktritt des zwar rechtskonservativen, aber nicht nazistischen Leipziger Oberbürgermeisters Dr. Carl Friedrich Goerdeler wurde auch er im Frühjahr 1937 entlassen. Den Leipziger Exzessen waren die Bücherverbrennungen auf dem Berliner Opernplatz vorausgegangen. Ihnen folgte – etliche Jahrzehnte später – die systematische Verbannung fortschrittlicher Literatur aus den von der DDR geschaffenen Büchereien, die millionenfache Vernichtung von Büchern und die Schließung unzähliger Bibliotheken. **Günther Röska**

Totenschändung

Dem Opfer des Stalinismus

Generaloberst Walther Wenck, Nazi-General, dem die Marschälle Shukow und Konew bei der Schlacht um Berlin eine verheerende Niederlage bereiteten

Wencks Nazi-Verehrer dürfen ihn durchaus als ein „Opfer Stalins“ legitimieren.

Dem Opfer des Stalinismus

Alfried Krupp von Bohlen und Halbach. 1953 erhielt er nach dem „Mehlemer Vertrag“ von den Regierungen der USA, Großbritanniens und Frankreichs sein konfisziertes „Eigentum“ in der BRD zurück.

Stalin verweigerte indes die Rückgabe der enteigneten Besitztümer in der DDR.

Dem Stein zufolge ist Krupp in den Augen seiner Angehörigen und Anbeter ein Opfer des Stalinismus.

Wenn ein Gedenkstein eine derart unwürdige, zweideutige, schäbige „Ehrung“ zuläßt, muß er weg, weil er jene entehrt, welche geehrt werden sollen.

Die Führung der „Linken“ um Gysi und Bisky muß sich fragen lassen, welche Verantwortung sie dafür trägt, daß dieser Stein in einer Nacht- und Nebelaktion zum Demarkationsstein wurde.

Peter Skrabania, Strausberg



Immer schön rechts halten!

Eingesandt von Karlheinz Effenberger

Warum Rudolf Heß von der BRD-Justiz nur als Mitläufer eingestuft wird Nazi-Beschützer in Richterroben

In jüngster Vergangenheit hatten sich Gerichte immer wieder mit rechtsradikalen Übergriffen auseinanderzusetzen. Dies betrifft einerseits neofaschistische Aufmärsche, die in letzter Minute noch durch Verwaltungsgerichte genehmigt werden, wenn ihnen die Kommunen durch Verbote entgegengetreten sind. Andererseits werden auch die Strafgerichte davon betroffen, insbesondere, wenn sie sich mit der Frage auseinandersetzen haben, ob ein Verstoß gegen § 86 a StGB vorliegt, verbotene nazistische Symbole verwendet und zur Schau getragen werden. Dabei handelte es sich beispielsweise um das sogenannte Gau-Oberarmdreieck. Die Rechtsprechung der Gerichte ist hier völlig unterschiedlich in der Bewertung. Während im Bereich des Landgerichtsbezirks Berlin eine Strafbarkeit bejaht wurde, war man beim Landgericht Leipzig anderer Auffassung und bestätigte ein vorangegangenes freisprechendes Urteil des Amtsgerichts Grimma. Auch in der juristischen Fachliteratur wird teilweise eine Auffassung vertreten, die nur schwer zu begreifen ist. So wird unter anderem behauptet, das Gau-Oberarmdreieck sei kein Kennzeichen einer nationalsozialistischen Organisation, weil es sich nicht um ein Symbol des Bundes Deutscher Mädel (BDM) handle. Dabei wird die äußere Anordnung durchaus bejaht (schwarzes Dreieck mit silbernem Rand und gleichfarbiger Frakturschrift). Es fehle aber in der Regel an der Zweizeiligkeit der Schrift und der Angabe des jeweiligen Gauverbandes in der oberen Zeile! Deshalb entfalle eine Strafbarkeit. Daß der Träger des Dreiecks die äußere Ähnlichkeit bewußt gewählt hat, scheint dabei ohne Bedeutung zu sein.

Merkwürdiges war auch festzustellen, als es um die Entscheidung der Frage ging, ob ein Bildnis von Rudolf Heß auf einer Demonstration ein verbotenes NS-Symbol ist. Der als „Stellvertreter des Führers“ agierende Faschist trat bereits 1920 in die NSDAP ein und wurde später ihr dritthöchster Amtsträger. Er nahm 1923 am Putsch Hitlers teil und mußte wie dieser nach seiner Verurteilung zu 15monatiger Festungshaft in Landsberg einsitzen. Dem „Führer“ half er dort bei der Endfassung seines Machwerkes „Mein Kampf“. So wurde Heß zu seinem Privatsekretär. Hitler wiederum war sein Trauzeuge, als er 1927 heiratete. Er machte ihn 1932 dann zum Vorsitzenden der Politischen Zentralkommission der NSDAP.

Nachdem Hindenburg den Nazihauptling am 30. Januar 1933 auf den Posten des Reichskanzlers gehievt hatte, wurde Heß Minister ohne Geschäftsbereich und Obergruppenführer der SS, wenig später – im April 1933 – erfolgte die schon erwähnte Ernennung zu Hitlers Stellvertreter. Heß war maßgeblich an

der Etablierung des Hitler-Kults beteiligt. Seine Worte „Hitler ist Deutschland, wie Deutschland Hitler ist“ zeigen, welche fanatische Verehrung er für Hitler empfand. Sein politischer Einfluß nahm in den Folgejahren rasch ab.

Nach der verlorenen Luftschlacht um England und kurz vor dem Überfall auf die Sowjetunion setzte sich Heß am 10. Mai 1941 nach Schottland ab, um „Friedensgespräche“ zwischen Nazi-Deutschland und Großbritannien herbeizuführen. Dort ging man nicht darauf ein, nahm ihn fest und behandelte ihn fortan als Kriegsgefangenen. In Nürnberg wurde Heß zu lebenslanger Haft verurteilt. Am 17. August 1987 beging er Selbstmord. Hitler hatte ihn nach seinem England-Flug fallengelassen, für geisteskrank erklärt und aller Ämter enthoben.

Das öffentliche Tragen eines Konterfeis dieses verurteilten Kriegsverbrechers sollte also ohne Wenn und Aber Strafbarkeit nach sich ziehen. In der Gerichtspraxis sieht dies anders aus. So stellte das Oberlandesgericht Rostock in einem Beschluß vom 12. Dezember 2001 fest, daß das Bild des Rudolf Heß kein Kennzeichen einer verfassungswidrigen Organisation sei. Begründung: „Anders als etwa ein Bild Hitlers handelt es sich hier nicht um ein ‚Sinnbild für die NSDAP und alle ihre Organisationen.‘“ Es wird zwar eingeräumt, daß Heß ein Spitzenmann des Dritten Reiches gewesen sei, jedoch stelle sein Porträt auf Plakaten „weder für sich allein genommen noch im Zusammenhang mit dem weiteren Inhalt ein Kennzeichen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation“ dar. Das Rostocker Gericht schlußfolgerte: „Rudolf Heß stellt keine Symbol- oder Identifikationsfigur für den Nationalsozialismus bis 1945 dar, während etwa Adolf Hitler diesen – ähnlich wie das Hakenkreuz – schlechthin verkörpert.“ Im weiteren heißt es: „Auch weckt das hier verwendete Bild über die Person Rudolf Heß hinaus keine Assoziationen mit dem Nationalsozialismus im Dritten Reich. Darüber hinaus wird für einen unbefangenen Betrachter durch

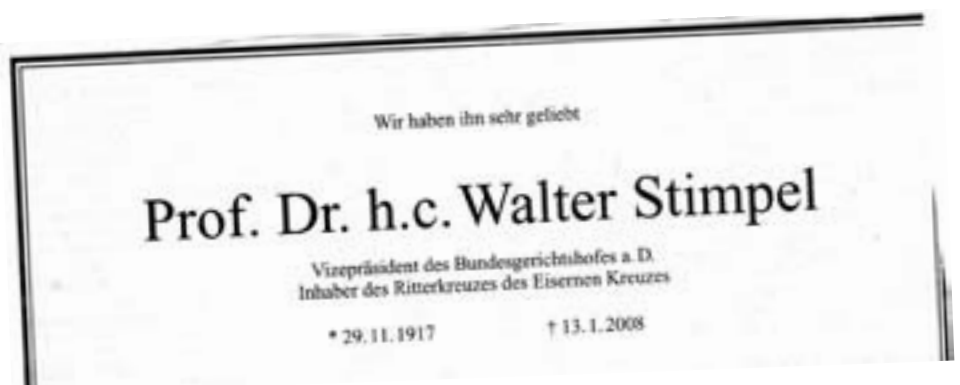
den auf den Plakaten wiedergegebenen Text jedenfalls vordergründig auch kein Bezug zum Nationalsozialismus hergestellt.“ (!) Bei der Bewertung sei letztlich auch zu berücksichtigen, „daß gerade in dieser Szene ... die Verwendung von Hitler-Bildern, Hakenkreuzen und ähnlichen Symbolen als offensichtlich strafbare Verstöße ... bewußt vermieden wird, um straf- und damit auch versammlungsrechtlichen Konsequenzen zu entgehen. Es ist vielmehr offensichtlich, daß nach Alternativen gesucht wird, die eine Identifizierung und Mobilisierung ermöglichen, ohne Strafgesetze zu verletzen.“

Folgt man dieser seltsamen Logik, so würden auch zur Schau gestellte Bilder von Göring, Goebbels und Himmler auf einer Demonstration keine Strafbarkeit begründen, weil sie angeblich keine Identifikationsfiguren der Nazis darstellen. Damit steht fest, daß eine solche Bewertung faschistische Gruppierungen in ihrer Selbstdarstellung begünstigt, als ob es das Urteil von Nürnberg nie gegeben hätte. Es handelt sich um die Schaffung von zweifelhaften Schlupflöchern bei der Interpretation von Strafvorschriften.

Entsetzen löste das Urteil des Bundesgerichtshofs vom 28. Juli 2005 aus, mit dem festgestellt wurde, daß das Skandieren der Parole „Ruhm und Ehre der Waffen-SS!“ nicht den Tatbestand des Paragraphen 86 a StGB erfüllt. Es handle sich dabei keineswegs um eine Parole, wie man sie in der Nazi-Zeit verwandt habe. Es müsse „nach dem Gesamteindruck eines durchschnittlichen, nicht genau prüfenden Betrachters eine Verwechslung mit dem Original möglich sein“. Dafür genüge nicht, „daß sich lediglich einzelne Merkmale des Vorbilds in der Abwandlung wiederfinden ...“.

Während das zuvor in der Sache entscheidende Landgericht noch der Meinung war, Ähnlichkeiten zu der Parole der Waffen-SS „Unsere Ehre heißt Treue“ bzw. der Hitler-Jugend „Blut und Ehre“ zu erkennen, wurde dies durch den BGH gänzlich verworfen. Ein Kommentar erübrigt sich.

RA Ralph Dobra



Weshalb Merkels Schäuble kein NPD-Verbot anstrebt Faschisten mit „Gebrauchswert“

Mit einer ungeheuerlichen Provokation leitete die NPD ihre jüngste Offensive gegen die hauptstädtischen Linken ein: Die Faschisten stellten den Antrag, einen Platz, der den Namen Anton Saefkow trägt, in Waldemar-Pabst-Platz umzubenennen. Das Andenken des kommunistischen Widerstandskämpfers, der wie so viele seiner Genossen für ein besseres Deutschland auf dem Schafott starb, soll getilgt werden. Der Exponent der weißen Soldateska, der nach der Novemberrevolution 1918 Noske unterstand und den Befehl zur Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs gab, soll „Ruhm und Ehre“ erfahren, wie es die NPD auch für die Waffen-SS fordert.

Den BRD-Bürgern will man suggerieren, der Rechtsextremismus sei eine Hinterlassenschaft der DDR. So wird in jüngster Zeit von den „Folgen der Erziehungsdiktatur der SED“ schwadroniert. Die DDR-Schule sei eine „Zuchtanstalt“ gewesen, in der man „jedem Zögling das individuelle Rückgrat gebrochen“ habe! Dieses „autoritäre Erbe“ sei die Quelle neonazistischer Aktivitäten, verkünden professionelle Lügner.

Tatsächlich soll die historische Wahrheit verdrängt werden, daß mit der Restauration der alten Macht- und Eigentumsverhältnisse im deutschen Westen die objektiven Bedingungen entstanden waren, daß die NPD 1964 als Nachgeburt der NSDAP die politische Bühne betreten konnte. Bald schon zog sie in die Landtage von Hessen, Bayern, Niedersachsen, Schleswig-Holstein, Bremen, Rheinland-Pfalz und Baden-Württemberg ein. Seit viereinhalb Jahrzehnten gehört sie zum Parteienfächer der BRD.

Noch massiver als bisher will man den Menschen die sozialistische Idee „austreiben“, denn 75 Prozent der Bundesbürger empfinden die derzeitigen Verhältnisse als ungerecht, und eine Mehrheit hält den Sozialismus „für eine gute Sache, die bloß schlecht umgesetzt worden ist“. Da scheint zumindest ein „Burgfrieden“ mit der NPD opportun.

Für die neue Nazi-Partei eröffnete sich nach dem Anschluß der DDR mit der „Befreiung“ ihrer Bürger vom Volkseigentum, der Deindustrialisierung, der Kolonialisierung des Territoriums zwischen Elbe und Oder, der Verwandlung dieses Landesteils in ein „Experimentierfeld“ für längere Arbeitslosigkeit, kürzere Urlaubsansprüche, Mini-Jobs, „prekäre“ Arbeitsverhältnisse und niedrigere Rentenwerte ein „ideales“ Betätigungsfeld. Zahlreiche NPD-Funktionäre siedelten sofort in den Osten um, bauten hier ihre Stützpunkte auf und übernahmen Führungsfunktionen.

1999 hatte NPD-Führer Voigt seinen Laden als „sozialrevolutionäre Erneuerungsbewegung“ angepriesen. Er kopiert die Taktik der Gebrüder Strasser. Gregor

Strasser, vor 1933 Gauleiter der SA von Berlin und Org.-Leiter der NSDAP, zielte auf die Spaltung der Gewerkschaftsbewegung, um „Gefolgschaft“ für die spätere Arbeitsfront der Faschisten zu rekrutieren. Wie die Strassers tritt auch die NPD für ein „freies und sozialverpflichtetes Unternehmertum“ ein. Um keine Mißverständnisse aufkommen zu lassen und ihre Unternehmerfreundlichkeit zu beweisen, erklärt sie: „Eine Sozialpolitik nach dem Traumbild des totalen Wohlfahrtsstaates verfehlt ihre Aufgabe und ist unsozial.“

Trotz gelegentlicher Parolen wie „Arbeit für Millionen statt Profite für Millionäre“ unterstützt die NPD den Schröder-Merkel-Kurs fortgesetzter Umverteilung von unten nach oben. Denn die „Agenda 2010“ versorgt die rechtsradikale Partei mit politischer Munition.

2005 konstatierte sie erfreut: „Das soziale Thema ist die große Kampfstätte, wo wir uns in den neuen Bundesländern sehen.“ Voigt fügte hinzu: „Für Deutschland freiß ich Kreide.“

Nach der von ihm vorgegebenen „Wortergreifungsstrategie“ verkünden seine Funktionäre überall, die NPD sei die „einzige Partei“, die „vorbehaltlos für die Lebensinteressen des deutschen Volkes“ eintrete. Große Anstrengungen werden unternommen, um in Vereine und Institutionen einzudringen. Mancherorts sprechen naive Mitbürger schon von den „netten Nazis“!

Obwohl die NPD den Parlamentarismus verachtet, akzeptiert sie ihn als sprudelnde Finanzierungsquelle. Immerhin hat ihr der Einzug in die Landtage Sachsens und Mecklenburg-Vorpommerns satte 1,9 Millionen Euro Steuergelder beschert.

Beim „Kampf um die Straße“ legen es „Kameradschaften“ in Springerstiefeln darauf an, „national befreite Zonen“ auf Schulhöfen, in Wohnkomplexen und Straßenzügen zu schaffen.

Soziale Demagogie und provokatorische Aufmärsche greifen ineinander. Losungen wie „Ausländer raus!“ oder „Rückt dem antideutschen Mob auf die Pelle!“ animieren zu immer neuen Überfällen. In Druckschriften und im Internet werden Ausländer für die Massenarbeitslosigkeit verantwortlich gemacht. Der NPD-Fraktionsvorsitzende im Sächsischen Landtag, Apfel, darf Ausländer ungestraft als „arrogante Wohlstandsneger“ bezeichnen. NPD-Funktionär Gansel „warnt“, Deutschland solle durch „Fremdrassiges zersetzt werden“. Slogans wie „Deutschland den Deutschen“ werden von der NPD der von ihr entdeckten „Überfremdung“ der BRD entgegengehalten. Der durch die NSDAP gepflegte Mythos von der „Volksgemeinschaft“ steht auch bei den neuen Nazis hoch im Kurs.

Abgrundtiefer Antisowjetismus wird reanimiert, wenn der Berliner NPD-Chef Bräuninger auf einer „Gedenkveranstal-

tung“ für die 1945 geführte SS-Schlacht um die ungarische Hauptstadt im Sommer 2007 auf dem Budapester Heldenplatz geifert: „Im Osten aber strömten die entmenschten Horden aus den Steppen Innerasiens nach Europa, um unsere Frauen zu vergewaltigen, die Kinder zu entführen, die Männer zu ermorden und unsere Völker verhungern zu lassen. Kein Tier könnte so grausam sein, kein Teufel so wahnsinnig, wie diese sadistischen Verbrecher, die Kommissare und Propagandisten der Roten Armee, Bestien in Menschengestalt.“ Wohlgermerkt, die Sätze stammen aus dem Munde eines in der BRD wohlgelittenen „Politikers“.

Es fragt sich: Wird durch die Weigerung des Innenministers, seine V-Leute aus der NPD abzuziehen, das Verbot dieser Partei gewollt blockiert?

Welche politische Absicht wird mit der Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage der Linksfraktion verfolgt, es gäbe „keine Anhaltspunkte für eine bestehende oder sich herausbildende Dominanz rechtsextremistischer Einstellungen und Verhaltensweisen“?

Soll mit dem von der BRD-Führung unterstützten „lang andauernden Krieg gegen den Terrorismus“ von der an Tempo gewinnenden Faschisierung in der BRD, deren Reserve für alle Fälle die NPD ist, abgelenkt werden?

Auch diese Frage stellt sich: Welchen „Gebrauchswert“ besitzt die neofaschistische Partei für die politisch und ökonomisch Herrschenden?

Erstens ist davon auszugehen, daß durch die erforderliche Auseinandersetzung mit den kriminellen Umtrieben, provokatorischen Aufmärschen und der Unterwanderungsstrategie der Neonazis ein nicht unbeträchtlicher Teil des Kräftepotentials der Linken gebunden werden soll.

Zweitens besteht die politische Funktion der NPD mit ihrer Forderung, „die Vergangenheit ruhen zu lassen“ darin, vor allem junge Menschen an sich zu ziehen und faschistisch zu indoktrinieren.

Drittens erleichtert es die NPD den Rechtskonservativen in der Regierung, die Gesellschaft der BRD faschistoid zu beeinflussen.

Und viertens soll die NPD Auffangbecken für viele von jenen sein, die – enttäuscht über die offizielle Politik – derzeit die zahlenmäßig große Partei der Nichtwähler bilden. Sie soll verhindern, daß sich dieses Reservoir nach links bewegt.

Der Rechtsextremismus wurzelt in sozialen Strukturen, die bereits im Kaiserreich, in der Weimarer Republik, im „Dritten Reich“ Hitlers und in der BRD die Gesellschaft geprägt haben. Seine Überwindung bedarf deshalb in letzter Konsequenz der Systemveränderung.

Prof. Dr. Georg Grasnack

Im Jahre 1960 wurde der Öffentlichkeit vom Verlag Die Wirtschaft eine umfangreiche Broschüre übergeben. Daran habe ich mitgearbeitet. Wir wollten den Stand der Produktion und Technik im Maschinenbau analysieren, um Vergleiche im nationalen und internationalen Maßstab anzustellen. Natürlich war zu diesem Zeitpunkt das Thema Arbeitsproduktivität theoretisch schon oft behandelt worden. Aber in den Betrieben, Industriezweigen und im Parteiapparat wurde den damit verbundenen Kennziffern und ihren nationalen und internationalen Vergleichen zu wenig Aufmerksamkeit geschenkt, was in erster Linie mit der zentralen Planung und Verteilung der betrieblichen Gewinne zusammenhing. Die damalige Messung der Arbeitsproduktivität anhand der industriellen Warenproduktion reichte nicht aus, um höchste Maßstäbe für die Senkung der lebendigen und vergegenständlichten Arbeit je Erzeugniseinheit zu setzen. Lenins Feststellung, daß die Arbeitsproduktivität letztendlich das Allerwichtigste in der Auseinandersetzung mit dem Kapitalismus ist, wurde zwar ständig wiederholt, aber ein echtes Durchdringen dieser These konnte in den meisten Betrieben nicht erreicht werden.

1972 schrieb ich eine Dissertation zum Thema „Probleme der Reproduktion der Produktionsgrundfonds und der Erhöhung ihrer Effektivität im Maschinenbau der DDR“. In mühevoller Kleinarbeit wies ich nach, daß der Verschleißgrad der Maschinen und Ausrüstungen langsam zunahm und mit deren Erneuerung in führenden Industrieländern nicht Schritt hielt. Hinzu kam, daß durch den ständigen Arbeitskräftemangel die zeitliche Auslastung der Grundfonds teilweise rückläufig war. Eine wesentliche Schlußfolgerung wäre gewesen, vor allem den Export von neuen Werkzeugmaschinen, besonders in das kapitalistische Ausland, zugunsten der Eigenversorgung zu reduzieren, den Import hochproduktiver Technik weiter zu erhöhen und den diesbezüglichen Forderungen vieler Werkdirektoren zu entsprechen.

Wir wußten, daß die USA den Export vieler hochwertiger Maschinen und Ausrüstungen auf die Embargoliste gesetzt hatten. Andererseits kauften sie Erzeugnisse auf wissenschaftlichem Höchststand mit Kußhand. Sie wußten, daß sie damit die erreichbare Steigerung der Arbeitsproduktivität in der DDR behindern konnten, weil diese Maschinen und automatisierten Geräte nicht unbegrenzt herzustellen waren. Die Zusammenhänge zwischen Alter, normativer und tatsächlicher Nutzungsdauer, Erneuerung der verschlissenen Ausrüstungen, Konzentration von Investitionen auf besonders große Objekte mit der Höhe der Arbeitsproduktivität in den einzelnen Zweigen sind von grundsätzlicher Bedeutung für die Entwicklung des technischen Niveaus der Produktion. Es ist ein erheblicher Unterschied, ob ein Facharbeiter eine Maschine oder Anlage bedient, die schon 20 Jahre alt oder die neu ist.

1974 veranlaßte der Leiter der Abteilung Maschinenbau und Metallurgie beim ZK

Moderne Maschinen wurden zum Schaden der DDR-Industrie exportiert Zum Hinterherhinken bei der Arbeitsproduktivität

der SED, Gerhard Tautenhahn, daß alle Verantwortlichen für Investitionen der Ministerien seines Bereiches zur Verteidigung meiner Dissertation erschienen. Er hatte die Problematik durchaus erkannt und sprach sich intern gegen den Export der bei uns geschaffenen Arbeitsproduktivität aus.

14 Tage danach erhielt ich eine Einladung zur Darstellung meiner Thesen beim 1. Stellvertreter des Vorsitzenden der Staatlichen Plankommission Siegfried Wenzel, der für die Gesamtrechnung und Plankoordinierung verantwortlich war. Dort wurde mir erneut bestätigt, daß ich eine gute Arbeit vorgelegt hätte, deren Schlußfolgerungen richtig seien. Doch leider entsprächen sie nicht der wirtschaftlichen und finanziellen Lage der Republik. Der Widerspruch zwischen dem dringenden Importbedarf und dem Fehlen dazu notwendiger finanzieller Mittel aus Exporten verlange, daß die DDR nicht auf die Ausfuhr von wichtigen Erzeugnissen des Werkzeugmaschinenbaus und anderer Schlüsselzweige, für die ein relativ hoher Erlös auf dem Weltmarkt erzielt werde, verzichten könne. Die SPK sehe keine Möglichkeit, die notwendigen Investitionen für die Grundfondserneuerung zu erhöhen.

Tatsächlich ist es gelungen, die Außenhandelsschulden der DDR relativ gering zu halten. Doch die Erneuerung der Grundfonds erfolgte in vielen Zweigen nicht in dem notwendigen Tempo. Die Eigenfertigung von Rationalisierungsmitteln in den Kombinatn konnte diese technische Lücke nicht schließen. Die zu geringe Ersetzung der Grundfonds führte u. a. zur gebremsten Erhöhung der Arbeitsproduktivität. In den volkeigenen Betrieben wurden durchschnittlich etwa 30 % mehr Arbeit für die Herstellung je Erzeugniseinheit als in der BRD aufgewendet. Das führte zu Arbeitskräftemangel, zur Unmöglichkeit der Lösung des Widerspruchs zwischen Angebot und Nachfrage, zwischen Kaufkraft und Warenfonds, zu ungünstigen Auswirkungen auf die Qualität von Erzeugnissen. Hinzu kamen viele andere Negativfaktoren in

der Volkswirtschaft der DDR, wie z. B. die Überwindung der schlechten Ausgangsbedingungen, der Rohstoffmangel, die nicht zu beherrschende Breite beim geforderten wissenschaftlich-technischen Fortschritt, die Auswirkungen von Wirtschaftssabotage, die Abwerbung von qualifizierten Arbeitskräften.

Die schließliche Niederlage der sozialistischen Produktionsverhältnisse in der DDR und den Ländern des RGW wurde durch eine Vielzahl von Ursachen bewirkt. Die im Artikel geschilderte Entwicklung der Kennziffer Arbeitsproduktivität war letztlich eine der Hauptursachen für den Niedergang. Auf dem Gebiet der Anwendung des wissenschaftlich-technischen Fortschritts ist es uns nicht gelungen, die entwickelten kapitalistischen Staaten einzuholen. Die Nichtüberwindung der Mangelwirtschaft und die Diskrepanz zwischen Kaufkraft und Warenangebot hatten negative Auswirkungen auf das Bewußtsein der Menschen.

Für den Anschluß der DDR an die BRD gab es damals in kapitalistischer Verblendung nur ein Konzept: das sozialistische Eigentum und die bestehenden volkeigenen Betriebe zu liquidieren, die Konkurrenz aus dem östlichen Teil Deutschlands zu beseitigen, die Betriebe überstürzt zu privatisieren und sie bestenfalls als verlängerte Werkbank westlicher Firmen zu betrachten. Das alles erledigte die Treuhand. Die Lüge von der angeblich maroden Volkswirtschaft wurde dabei als ideologische Waffe eingesetzt.

Gewiß fehlte der Rationalisierungsdruck, der sich aus dem Streben der kapitalistischen Marktwirtschaft nach Maximalprofit ergab. Die sozialen und moralischen Triebkräfte im Sozialismus waren diesem Leitmotiv und der Konkurrenz im Kapitalismus nicht gewachsen. Natürlich hätten nach der Rückwende selbständige Betriebe mit gezielten Investitionen an die veränderten Bedingungen herangeführt werden können. Ähnlich wie in der Landwirtschaft wäre der Start von genossenschaftlichen Unternehmen möglich gewesen. Das aber wurde von der Treuhand verhindert.

Dr. Werner Liebig

Am **13. März** um **15 Uhr** spricht **Generaloberst a. D. Werner Großmann** auf einer Veranstaltung der sich formierenden **Regionalgruppe Rügen** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Bahnhofstraße 21, in Bergen über das Thema

Bonn im Blick – und mehr!
Die HVA im Gespräch

Kürzlich wurde mir in einem Interview die Frage gestellt, ob ich in meinem Fachgebiet mehr auf die Rezeption von Bewährtem oder auf Originalität setzen würde. Ich scherzte zunächst, daß nach Aristoteles, der Bibel, Hegel, Marx, Einstein und Albert Schweitzer wenig Platz für Originalität bliebe. Aber bei weiterem Nachdenken fand ich die Fragestellung durchaus anregend.

Mir fiel als Beispiel eine wissenschaftliche Leistung ein, an der ich einen – wenn auch sehr bescheidenen – Anteil hatte. Mit dem Projekt eines Dialogs zwischen Marxisten und Christen, das zunächst vor allem durch die Arbeitskreise von Hans Lutter und Olaf Klohr initiiert wurde, konnte in der DDR Neuland betreten werden. Vor allem in den 70er und 80er Jahren – nicht zuletzt nach der Gründung des

Die sozialistische Demokratie hat gegenüber Menschen, die zu der offiziell vertretenen politisch-ideologischen Orientierung eine abweichende Meinung vertraten, in der Regel eine völlig andere Haltung eingenommen. Von Ausnahmen abgesehen war man bemüht, weltanschaulich Andersdenkende in die sozialistische Entwicklung einzubeziehen. Das galt übrigens auch dann, wenn nach Gesetzesverstößen und dementsprechender Verurteilung die Wiedereingliederung in das gesellschaftliche Leben zu erfolgen hatte.

Leider gab es im einzelnen – nicht zuletzt wegen der ständigen Versuche imperialistischer Politiker und Medien, Bürger der DDR gegen ihr Vaterland aufzubringen –, auch auf diesem Gebiet Fehlverhalten und Fehlurteile. Aber die grundsätzliche Posi-

Marxisten und Christen zu verhindern suchte und schließlich mit dem Abschluß des Militärseelsorgevertrags für die Bundeswehr seine offene Feindschaft zur DDR manifestierte. Es bedurfte jahrelanger geduldiger Arbeit staatlicher Organe und progressiver Christen, bevor sich die protestantische Führung der evangelischen Kirchen in der DDR zur Formel „Kirche im Sozialismus“ durchrang.

Diese Bereitschaft war für jene Christen, welche sich innerhalb und außerhalb der Glaubensgemeinschaften viel früher als ihre Oberen für ein positives Verhältnis zum Sozialismus entschieden hatten, eine große Erleichterung. Sie ermöglichte aber auch, daß einer meiner Gesprächskreise unter aktiver Mitwirkung des Konsistorialpräsidenten, des Generalsuperintendenten und anderer kirchlicher Würdenträger aus Berlin und Brandenburg einige Jahre im Dialog mit Marxisten recht erfolgreich wirkte.

Die Mehrheit der daran Interessierten freilich waren Pfarrer aus Ostberlin und Westberlin sowie Wissenschaftler der Sektion Theologie der Humboldt-Universität, die im Rahmen der Christlichen Friedenskonferenz Kontakte hergestellt hatten. Sie rangen um Klarheit und Wahrheit unter den komplizierten weltpolitischen und nationalen Bedingungen. Natürlich – ich sage das ganz bewußt, weil die DDR-Hasser immer wieder unterstellen, Widersprüche im Sozialismus seien per se gegen den Sozialismus gerichtet gewesen – gab es auch unter unseren verständigungsbereiten Partnern unterschiedliche Ansichten. Sie betrafen die Herangehensweise staatlicher Kirchenpolitik und die Orientierung des Dialogs. Und ebenso natürlich bestanden auch bei den Marxisten – den am Dialog beteiligten und anderen – als auch zu übergeordneten Leitungen und Institutionen divergierende Meinungen. Viele in antiklerikalen Traditionen der SPD (!) – man glaubt kaum noch, daß es so etwas fast 100 Jahre lang gegeben hat – und der KPD aufgewachsene Funktionäre empfanden den Gedankenaustausch als überflüssig oder gar schädlich. Die konterrevolutionären Aktivitäten einiger Pfarrer, die sich damals als „Verbesserer des Sozialismus“ aufspielten, schienen ihren Auffassungen recht zu geben. Es gab die Ansicht eines Ministers, der Dialog zwischen Marxisten und Christen sei Unsinn. Auf dem Programm habe allein die marxistisch-leninistische Weiterbildung zu stehen. Ja, es fehlte sogar nicht an Verboten seitens einiger SED-Parteileitungen.

Ich betrachte solche Widersprüche als normal. Mir ist nicht bekannt, daß sich einer unserer marxistischen oder christlichen Mitstreiter als „Opfer des SED-Regimes“ registrieren ließ. Andererseits hat sich der Haß der imperialistischen und klerikalen Sieger dieser Runde der Geschichte in Repressalien gegen am Dialog Beteiligte niedergeschlagen, und zwar Marxisten wie Christen.

Der marxistisch-christliche Dialog trug das Signum der DDR Eine spezifische Erfahrung

Arbeitskreises „Weltanschauliche Probleme der Zusammenarbeit von Marxisten und Christen“ – suchten Vertreter beider Seiten in verschiedenen Gremien gemeinsam nach Antworten auf die Frage, wie beim Aufbau des Sozialismus sowohl das humanistische Erbe als auch das aktuelle Tätigsein von Menschen unterschiedlicher Weltanschauung in Theorie und Praxis fruchtbar gemacht werden könne. Und diesem Ansatz kommt in mehrfacher Hinsicht Originalität zu.

Zunächst geht es um das grundlegend andere Herangehen der bürgerlichen und der sozialistischen Gesellschaft an Menschen, die nicht mit den herrschenden politisch-ideologischen Auffassungen übereinstimmen. Die bürgerliche Demokratie – die BRD soll hier als Beispiel dienen – grenzt sie aus und sorgt durch Sondergesetze für ihre letztlich lebenslange Benachteiligung. Unter Adenauer war das der Verbotprozess gegen die KPD, dessen Folgen ja nicht nur Kommunisten trafen. Ähnlich wirkten unter Brandt die Berufsverbote. Unter Kohl, Schröder und Merkel zog man mit Strafrenten gegen Hunderttausende zu Felde. Die Rentenungerechtigkeit betrifft Millionen frühere Bürger der DDR. Es sei daran erinnert, daß fünf Jahre nach Kriegsende in der BRD sämtliche Nazirichter und sonstigen Aktivisten des faschistischen Systems ihre „wohlerworbenen Ansprüche“ ohne Abzüge erhielten, während siebzehneinhalb Jahre nach der Vereinnahmung der DDR durch die BRD noch immer sämtliche Rentner wesentlich weniger bekommen.

tion des Staates, der SED und der gesellschaftlichen Organisationen war nicht auf Ausgrenzung gerichtet. Selbst eine so bornierte und bösertige Antikommunistin wie Marianne Birthler mußte kürzlich eingestehen, sie habe in der DDR ihre individuellen Lebensziele verwirklichen können. Die Pfarrerstochter Angela Merkel durchlief eine bevorrechtete Karriere bis zum Doktor der Naturwissenschaften und einer Tätigkeit bei der Akademie der Wissenschaften. Selbst Herr Eppelmann kam nicht umhin zuzugeben, auch mit ihm habe man sachliche Gespräche gesucht.

Als Ausgangspunkt für die Möglichkeit und Realität des Dialogs zwischen Marxisten und Christen in der DDR seien hier grundsätzliche Äußerungen zur Religion angeführt. Marx sprach davon, die Religion sei das Opium des Volkes, der Seufzer der bedrängten Kreatur. Seine Kritik der Religion endet mit dem kategorischen Imperativ, alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, geknechtetes, verächtliches Wesen ist. Marx hat nicht gesagt, Religion sei Opium für das Volk, wie vulgarisierend und in böser Absicht von Gegnern des Marxismus gesagt wird. Aber natürlich gibt es mächtige Produzenten und Verbreiter eines wirklichen „Opiums“, um die Befreiung des Menschen aus dem Zustand zu verhindern, in dem die „bedrängte Kreatur“ der Droge bedarf. Diese Kräfte charakterisierte Bischof Otto Dibelius, der 1933 Hitlers Machtantritt segnete, nach 1945 jedes Zusammenwirken von

Warum manche Politiker die Vokabel „Realsozialismus“ strapazieren Unser begriffliches Arsenal sauberhalten!

Im politischen Wortschatz gibt es seit Jahren eine Renaissance des Begriffs „Realsozialismus“. Das widerspiegelt sich bisweilen auch im „RotFuchs“. Der Ausdruck wurde einst, als wir dabei waren, den Grundstein für eine sozialistische Gesellschaft zu legen, also vor einem völlig anderen Hintergrund, als „real existierender Sozialismus“ in den Sprachgebrauch eingeführt. Dabei handelte es sich bestimmt nicht um die gelungenste Wortschöpfung. Heute dient die Vokabel manchem Politiker als hintergründiger Kampfbegriff.

Ich frage mich, ob wir nicht hier und dort der sicher erklärlichen Versuchung unterliegen, uns ursprünglich vertraut gewesene und auch heute noch verwendete Worte gewohnheitsmäßig zu benutzen, ohne kritisch und mit geschärften Sinnen zu prüfen, ob ihre Verwendung inhaltlich mit dem identisch ist, was in unserer Erinnerung haftet. Wir nehmen wohl an, damit für jedermann auf Anhieb verständlich zu sein. Aber ist das auch so?

Mir scheint, daß Fehlinterpretationen nicht ausgeschlossen sind. So kann „Realsozialismus“ unter heutigen Bedingungen durchaus den Eindruck vermitteln, damit sei abwertend gemeint, daß der Alltag der DDR die normale Existenz- und Erscheinungsform einer bereits ausgereiften sozialistischen Gesellschaft gewesen sei, in der man eben zehn Jahre auf einen Kleinwagen warten mußte. Der Staat DDR sei den an ihn gestellten Anforderungen nicht gewachsen gewesen und deshalb in der Realität „gescheitert“. Bedienen sich nicht gerade jene mit Vorliebe des Terminus „Realsozialismus“, die am noch unvollkommenen Sozialismus – so, wie er war –, kein gutes Haar lassen? Ja, gibt es nicht sogar bisweilen Gleichheitszeichen zwischen „Realsozialismus“ und „Stalinismus“? Bilden nicht beide gar ein Zwillingsgeschütz zur Abwertung der DDR? Natürlich will ich damit auf keinen Fall jene redlichen Genossen angreifen, welche, alter Gewohnheit folgend, ihre Sprache noch nicht der neuen Situation angepaßt haben.

Wir stimmen aber darin überein, daß es eine voll ausgeprägte und entwickelte sozialistische Gesellschaft, die all unseren Ansprüchen gerecht wird, bisher noch nirgendwo auf der Erde gegeben hat oder gibt. Wir mußten aus Erfahrung lernen, daß die Übergangsperiode vom Kapitalismus zum Sozialismus die Lebensspanne mehrerer Generationen umfaßt und nicht nur ein kurzes Paßstück der Geschichte ist. Daß man auch harte Rückschläge und Niederlagen, ja den Sieg der Konterrevolution, nicht ausschließen kann. Erst am Ende dieser Übergangsperiode wird es jenen reifen Sozialismus real geben, in welchem die Entscheidungen über Macht und Eigentum endgültig gefallen sind,

die Ausbeutung restlos beseitigt ist, die Harmonie zwischen Basis und Überbau sich voll entwickelt hat und damit auch die subjektiven Bewußtseinsfragen weitgehend gelöst sein werden.

Was heute von Freund und Feind als Realsozialismus bezeichnet wird, ist nichts anderes als die Etappe des Beginns der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft, für uns und andere ein erster, leider noch nicht dauerhaft erfolgreich gewesener Anlauf. Wir sollten dem auch sprachlich Genüge tun. Vielleicht muß man dabei der Versuchung widerstehen, für alles auf Anhieb eine Kurzformel finden zu wollen. Immerhin hatte diese Umwälzung der Verhältnisse bewirkt, daß das Kapital in einem Drittel Deutschlands für mehr als 40 Jahre von Macht und Eigentum getrennt war. Dafür, daß es vorerst zu mehr noch nicht reichte, gibt es mannigfaltige innere und äußere Gründe, natürlich auch eine gehörige Portion eigener Fehler bei der praktischen Lösung dieser gigantischen Aufgabe, objektive Mängel und subjektives Versagen. Immerhin wurde unter dem massiven Trommelfeuer des Gegners gesellschaftliches Neuland betreten. Zu unseren Fehlern gehörte wohl auch die verfrühte Rede vom „real existierenden Sozialismus“. Wir sollten darauf verzichten, unseren seinerzeitigen Gesellschaftszustand mit einem Begriff zu beschreiben, dem von Wunschvorstellungen beeinflusste Fehl-

einschätzungen zugrunde lagen. Er kann heutzutage eher dazu dienen, unser Kampfziel zu verzerren, abzuwerten und in Verruf zu bringen.

Ein unkritischer Umgang mit dem Wort „Realsozialismus“ leitet übrigens auch Wasser auf die Mühlen der Verbreiter neuer Idealbilder eines lupenreinen und perfekten „Sozialismus“, die sich schon mit einem ganzen Bukett entsprechender Vokabeln schmücken. Man spricht von bisher unbekanntem Projekten, von der wurzellosen Novität eines „Sozialismus des 21. Jahrhunderts“. Der „RotFuchs“ hat sich davon bekanntermaßen deutlich abgegrenzt, auch im Verlauf der jüngsten Mitgliederversammlung seines Fördervereins in Berlin.

Unsere Gesellschaftskonzeption wird nach wie vor vom wissenschaftlichen Sozialismus bestimmt, der durch Marx, Engels und Lenin begründet wurde. Sie ist nicht „aus der Mode“ geraten, wenn die Lehren der Klassiker auch ständiger Weiterentwicklung und Bereicherung durch neue Erkenntnisse bedürfen. Es geht darum, den richtigen Weg – oder besser eine Vielfalt von Wegen – zu erkunden, um im 21. Jahrhundert zu jenem Ziel zu gelangen, das man als realen Sozialismus definieren könnte. Dazu sind eindeutige Begriffe vonnöten. Denn Unschärfen bei ihrer Prägung und Verwendung tragen immer die Gefahr von Selbsttoren in sich.

Wolfgang Mäder

Nicht unter, sondern außer sich!

In Niedersachsen und Hessen sind die als Mitte posierenden Rechtsparteien CDU und FDP, die längst ausgebleichenen Grünen und die SPD, die ihrer fahlen Farbe wegen wieder etwas Sozialrouge aufgelegt hat, nicht mehr unter, sondern außer sich. Ein Hecht befindet sich im Karpfenteich und bringt das schöne Rollenspiel von strammer Regierung und handzahmer Opposition durcheinander. „Die Linke“ hat es in beiden Ländern auf Anhieb in die Parlamente geschafft. Bald dürfte es auch in Hamburg klappen. Mit Schrecken starrt man schon jetzt auf das Saarland, wo Oskar Lafontaine in seiner Hochburg punkten wird. Die „rote Gefahr“ scheint leibhaftig vor der Tür zu stehen. So kapriziert man sich auf die niedersächsische Landtagsabgeordnete Christel Wegner, die der DKP angehört. Sie „abzuschießen“ war nicht nur der Auftrag von „Panorama“, sondern ist auch das Ziel der Gysis und Ramelows, die dabei einen besonders miesen Part übernommen haben. Mögen die blessierten Gegner ihre Wunden lecken! Wir gratulieren den Genossen und Genossen der Basis in Hannover und Wiesbaden, die sich wacker

geschlagen haben, von ganzem Herzen und ermutigen sie, Antikommunisten – auch denen in den eigenen Reihen – zu widerstehen.

K. S.



In einer Gesellschaft ohne Ausbeutung bedarf es keines feministischen Erklärungsmusters

Der soziale Inhalt der Frauenfrage

Juliane Barten hat im RF Nr. 120 ihre Gedanken zum Feminismus dargelegt. Sie sieht die entscheidende Frage zu Recht darin, ob uns dieser in eine Welt führt, in der beide Geschlechter nach eigenen freien Vorstellungen leben können. Das setzt die Aufhebung der antagonistischen Klassenverhältnisse in der Gesellschaft sowie die Beendigung der Unterdrückung zwischen den Geschlechtern voraus.

Engels hat in seiner Schrift „Der Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates“ festgestellt, die Ehe trete historisch „... als Unterjochung des einen Geschlechts durch das andere, als Proklamation eines bisher in der ganzen Vorgeschichte unbekanntem Widerstreits der Geschlechter ... als erste Klassenunterdrückung ... des weiblichen Geschlechts durch das männliche“ in Erscheinung. (MEW 21, S. 68 ff.) Dies bezieht er nur auf die Einzelfamilie als wirtschaftliche Einheit der Gesellschaft, nicht aber auf die natürliche Partnerschaft (!). Er zeigt, daß gesellschaftliches Eigentum an den Produktionsmitteln die wirtschaftlichen Aufgaben der Familie, z. B. die Pflege und Erziehung der Kinder u. v. a. m. in Pflichten der Allgemeinheit verwandelt, damit beide Geschlechter neben ihren Berufen nach ihren eigenen Vorstellungen arbeiten und leben können. Natürlich ist diese Umwandlung nur in langen historischen Zeiträumen möglich. Sie müssen aber erst einmal eingeleitet werden.

Das begann im Osten Deutschlands mit der Schaffung gesellschaftlichen Eigentums an den wichtigsten Produktionsmitteln nach dem 2. Weltkrieg, noch vor der Gründung der DDR. Deren erste Volkskammer sicherte den Wandel mit so fundamentalen Normierungsakten wie dem Gesetz der Arbeit (1950) ab, das gleichen Lohn für die gleiche Tätigkeit einführte, dem Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau (ebenfalls 1950). Es stellte die politische und die wirtschaftliche Gleichberechtigung zu einer Zeit sicher, als die Frauen der BRD noch auf Jahrzehnte die Genehmigung des Ehemannes vorlegen mußten, um überhaupt arbeiten zu dürfen. Und das, obwohl das Grundgesetz von ihrer Gleichberechtigung sprach. Diese ist jedoch unter kapitalistischen Bedingungen weder ökonomisch und noch politisch durchsetzbar.

So begann unser Weg, als wir in dem heutigen Alter von Juliane waren, die in ihrem Beitrag zu den derzeitigen Richtungen im Feminismus Zweifel daran ausdrückt, daß Gleichberechtigung ohne sozialökonomische Befreiung beider Geschlechter möglich ist. Hierbei handelt es sich um eine Forderung, die auf Vorschlag Clara Zetkins vom Sozialistischen Frauentag im März 1910 in Kopenhagen erhoben wurde. Dort hat man auch den interna-

tionalen Frauentag beschlossen, den wir jedes Jahr am 8. März begehen.

In der BRD gibt es heute Ansätze einer Verbindung der Feminismusthematik mit marxistischen Auffassungen u. a. bei Prof. Frigga Haug. In ihrem Artikel erwähnt Juliane Barten auch bestehende Vorurteile gegen den Feminismus. Ich habe sie nicht, lehne aber den derzeitigen BRD-Feminismus aus wissenschaftlichen Gründen ab.

Junge Frauen waren zur Zeit der Konterrevolution von 1989/90 noch Kinder. Deshalb will ich ihnen als Endsiebzigerin davon berichten, wie BRD-Feministinnen mit uns berufstätigen Frauen der DDR Anfang der 90er Jahre im ORB-Fernsehen (Sendung „Babelsberg live“) umgegangen sind: Wir wurden von ihnen massiv angegriffen, wobei das Wort „Rabenmütter“ noch der harmloseste Ausdruck war. Der Grund lag in der Tatsache, daß unsere Kinder in Krippen, Kindergärten und Schulhorten betreut und versorgt wurden.

Diese Leugnung der sozialen Leistungen der DDR schränkte unser Interesse am Feminismus in der BRD ein. Zunächst „wild um sich schlagend“ und frontal gegen das männliche Geschlecht gerichtet, durchlief er allerdings bestimmte Veränderungen, auf die ich noch eingehen werde.

Ein paar Worte zu seiner Geschichte: Auslöser war das 1949 in Paris erschienene Buch „Das andere Geschlecht“ von Simone de Beauvoir, der Lebenspartnerin Jean-Paul Sartres. Es radikalisierte die Frauenbewegung zuerst in Frankreich, dann international. Doch Madame de Beauvoir sah durchaus eine Verbindung zwischen Feminismus und Veränderung der Produktionsverhältnisse, die sie sogar für entscheidend hielt, um beiden Geschlechtern zu helfen. Auf dem Weg von Frankreich nach der BRD wurde dann aus dem Feminismus eine reine Frauenfrage. Das und manches andere habe ich bei den Studien zu diesem Artikel auch erst gelernt!

Wie hat sich der Feminismus in der BRD weiterentwickelt? Etwas vereinfachend

kann gesagt werden, daß er im Ganzen „zahmer“, also „gesellschaftsfähiger“ geworden ist. Häufig taucht statt seiner jetzt das Wort „Gender“ auf, was Geschlecht bedeutet, womit Ungleichheit und Unterwerfung neutraler klingen. Auf die Politik angewandt, liest man oft vom „Gendermainstreaming“, womit angeblich den Frauen alle Vor- und Nachteile der Gesellschaft zuteil werden sollen. Sozial Abgestiegene, Ein-Euro-Jobberinnen, Leiharbeiterinnen und arbeitslose Frauen bekommen damit selbstredend die Schattenseiten der Gesellschaft ab, während die mittlerweile gezähmte „Emma“ sich redlich Mühe gibt, Vorzeigebispiele aus der Politik feministisch anzupreisen.

Doch selbst auf diesen gemilderten Feminismus hat die herrschende Klasse im Bunde mit einigen Vertretern der bürgerlichen Wissenschaft aus Psychologie, Soziologie und Biologie längst zur Attacke geblasen. In der „FAZ“, der „Welt“ und der „Zeit“ publiziert man unverdrossen biologistische Erklärungen im Sinne des von der früheren ARD-Moderatorin Herman verbreiteten „Eva-Prinzips“ mit „Argumenten“ wie dem „Schöpfungsauftrag der Frau“, den Kinderschädigungen durch gesellschaftliche Betreuung usw. Sie sollen den Frauen der BRD nahelegen, sich wieder auf „Kinder, Küche und Kirche“ zu beschränken, um das Arbeitslosenheer des Spätkapitalismus nicht noch zu vermehren. Über Details informierte hierzu Julia Sastra in einem Beitrag für die UZ (27. 7. 07), der den treffenden Untertitel trug: „Was die Herren sich in Zeiten der Krise für Vorstellungen vom Daseinssinn der Frau machen“.

Was aber haben verantwortliche Feministinnen der BRD heute zu all dem zu sagen? Sie beschränken sich im wesentlichen auf den Kommentar, Eva Herman rede „Unsinn“. Für eine entschiedenere Zurückweisung bedürfte es marxistischer Argumente, die allerdings mit dem BRD-Feminismus unvereinbar sind.

Dr. Marta Kokoschko

Allen Mitstreiterinnen
und Leserinnen des RF
einen herzlichen Gruß
zum **8. März** –
dem internationalen
Kampftag der Frauen



Über eine beherzte Hallenserin, die gegen den Strom schwamm Von wegen „Jammer-Ossi“!

Im Herbst 2007 erzählte ich einem Mitreisenden auf der Bustour „Iberische Halbinsel“ ein paar Episoden aus meinem Leben. Er meinte, so etwas müsste man den Leuten im deutschen Westen mitteilen, die nur allzuoft frühere DDR-Bürger als „Jammer-Ossis“ betrachteten. Also skizziere ich kurz meinen Weg unter den gewandelten gesellschaftlichen Bedingungen.

Im Juni 1991 wurde mir vom Generalstaatsanwalt des Landes Sachsen-Anhalt mitgeteilt, meine Bewerbung um Weiterbeschäftigung bei der Behörde sei abgelehnt worden. Bis dahin war ich fast 28 Jahre als beigeordnete Staatsanwältin im Bezirk Halle tätig gewesen. Damals 51 Jahre, hatte ich keinerlei Illusionen, was mein künftiges Berufsleben betraf. Vor allen Dingen deshalb, weil ich als Arbeiterkind in der DDR immer meinen Staat gesehen und mich entsprechend verhalten hatte. Die Tätigkeit als dessen Anwältin deckte sich mit meinen Idealen. Ich war motiviert, Menschen zu bessern und nicht nur Geld zu verdienen.

Nach vergeblichen Bemühungen, Arbeit bei einem Rechtsanwalt, bei einem Bestattungsinstitut und beim Mitteldeutschen Verlag zu finden, erhielt ich im Januar 1992 eine ABM in der halleschen Beratungsstelle für Frauen und Familie. Dort lief berufsbegleitend eine Weiterbildung zum Sozialberater, für deren Organisation ich nach einiger Zeit verantwortlich war. Im Mai erhielt ich eine Einladung zu einer Wochenendveranstaltung von Frauenbildungsträgern in Köln. Die Geschäftsführerin entschied, daß wir daran nicht teilnehmen würden, weil derartige Aktivitäten bisher nichts gebracht hätten. Ich vertrat demgegenüber die Auffassung, daß man Möglichkeiten dieser Art nutzen müsse. Der Unkostenbeitrag betrug nur 30 DM. So erklärte ich mich bereit, diesen aus eigener Tasche zu bezahlen und nach Köln zu fahren.

Dort nahm ich an einem Seminar teil, das von Dr. Ellen Sessar-Karp, der Leiterin des FrauenTechnikZentrums Hamburg, abgehalten wurde. Sie schlug mir anschließend vor, einmal in die Hansestadt zu kommen, um mir an Ort und Stelle die Sache anzusehen. Vielleicht könnten wir ja in Halle nach dem gleichen Muster verfahren, um dann mit den Hamburgern und weiteren Vereinen der BRD zu kooperieren.

Bei uns wurde die Sache mit Skepsis aufgenommen. Dennoch fuhr ich kurze Zeit später mit zwei weiteren Hallenserinnen nach Hamburg. Danach waren wir überzeugt, eine Computerausbildung von Frauen für Frauen sei eine reale und dankbare Aufgabe.

Nun verlangte der Hamburger Verein eine entsprechende Mitarbeit. Jemand mußte vor Ort an einem Kurs teilnehmen und den

Lehrplan für die Ausbildung kopieren. Es war im Urlaubsmonat August. Niemand fand sich bereit. So mußte ich selbst die achtwöchige Ausbildungszeit in Hamburg absolvieren. Nur ein paar Stunden habe ich meine Bereitschaft bereut: Ich mußte nämlich bis 21 Uhr auf dem Bahnhof warten, bis ich abgeholt wurde, weil meine Unterkunft nicht früher zur Verfügung stand. Da fragte ich mich schon: Hast du das als Oma nötig?

Die Frauen im Computerkurs, die alle jünger waren als ich, machten mir den Aufenthalt angenehm, indem sie mich ihre Achtung spüren ließen.

Wieder in Halle, gründeten wir den Verein FrauenTechnikZentrum. Ich wurde zur Vorsitzenden gewählt. Durch die Aktivitäten der Geschäftsführerin kamen weitere Betätigungsfelder hinzu: Schullandheim, Hallesche Tafel, Nachhilfe, Wäscheservice, Kreativitätskurs u. a. In den besten Zeiten beschäftigten wir 250 ABM-Kräfte. Leider mußten wir 1996 mit 98 Leuten in Konkurs gehen, was mir Ärger mit Krankenkassen und dem Finanzamt bescherte. Eine persönliche materielle Verantwortlichkeit konnte ich abwenden.

1992 kam ich mit dem Verein „Weißer Ring“ in Kontakt. Eigentlich hatte ich nicht die Absicht, irgendwo wieder ehrenamtlich mitzuarbeiten. In der DDR war ich trotz meiner familiären Belastung (drei Kinder und verheiratet mit einem Parteisekretär, der 10 Jahre Fernstudent war) immer in gesellschaftlichen Funktionen tätig gewesen, was mir später übel angekreidet

wurde. Dann aber sagte ich mir, daß mein ganzes berufliches Wirken dem Anliegen des Vereins, Straftatenopfern zu helfen, entsprochen hatte. Ich war also bereit.

Durch Zufall erfuhr ich, daß Halles Sozialdezernent der Meinung sei, es müßte in der Stadt noch einen zweiten Betreuungsverein geben. Mein Mann bestärkte mich darin, mich für dessen Aufbau anzubieten. Man legte mir keine Hindernisse in den Weg. Mit Gleichgesinnten gründete ich am 11. August 1993 den Betreuungsverein Halle e. V. Im September wurde er vom Ministerium anerkannt. Nunmehr Geschäftsführerin, verließ ich das FTZ. Die neue Tätigkeit versah ich bis zu meiner Berentung im Jahre 2000. Festangestellt waren damals 13 Betreuer und 3 Mitarbeiter. Der Verein arbeitet auch heute noch erfolgreich. Bei seinem Aufbau gab es allerdings finanzielle Probleme. So suchte ich kurzentschlossen ehemalige Kollegen bei Gericht und Staatsanwaltschaft auf, um sie zu bitten, bei der Beauftragung von Straftätern mit Geldbußen auch unseren Verein zu bedenken. In diesem Zusammenhang gewährte mir eine aus dem Westen der BRD stammende Kollegin einen persönlichen Kredit. Den Scheck über eine erhebliche Summe gab sie mir mit der Bemerkung: „Ich weiß, daß ich das Geld wiederbekomme, sobald Sie dazu in der Lage sind. Ich muß oft an Ihre Worte denken, die Sie zu Beginn unserer Bekanntschaft sagten: ‚Einen guten Kommunisten läßt der liebe Gott nicht im Stich.‘“

1992 hatte ich einen Antrag auf Zulassung als Rechtsanwältin gestellt. Nach erheblichen Schwierigkeiten erhielt ich sie 1995. Durch meine Anstellung im Betreuungsverein konnte ich es mir leisten, mit Prozeßkostenhilfe Straftatenopfern als Nebenklägervertreterin zur Seite zu stehen. Hin und wieder trat ich auch für einen Betreuten ein. Die Zulassung habe ich 2003 zurückgegeben.

Heute bin ich nicht nur Mitglied im Weißen Ring und im Betreuungsverein Halle, sondern auch im „RotFuchs“-Förderverein. Wie man sieht, ist aus mir kein „Jammer-Ossi“ geworden. **Brigitte Thel**

Handwerks-Promi meldete Insolvenz an

Auch den Leipziger Elektromeister Joachim Dirschka, Handwerkskammerchef, Präsident des Sächsischen Handwerkstages und Vizepräsident im Zentralverband, haben die Haie der kapitalistischen Marktwirtschaft voll erwischt. Die übliche Begründung für seine Insolvenz lautet: nicht abzufangende Zahlungsschulden von Geschäftspartnern. Firma dicht.

Es stellt sich mir die Frage, die ich an unsere RF-Leser weitergebe: Wieviel Handwerksmeister der DDR standen nach über 40 Berufsjahren auf einem Schuldenberg? Ohne den seit 17 Jahren vorgebrachten Forderungen aller ostdeutschen Präsidenten der HWK und IHK, die Rechtssicherheit im Zahlungsverkehr herzustellen, endlich nachzukommen, bleibt jedes „Förderbekenntnis“ der Regierung reine Demagogie. Frau Merkel und ihr Wirtschaftsminister Glos sitzen die Sache weiter aus, während die Handwerker ratlos sind, wie sie sich in dieser „Demokratie“ zur Wehr setzen können. Meister Hans Sachs würde sich im Grabe herumdrehen. **Joachim Spitzner**

Der RF-Chefredakteur in Eggesin

Auf einer Veranstaltung der Partei „Die Linke“, Kreisverband Peene-Uecker-Ryck (PUR) ist **Dr. Klaus Steiniger** am **26. März** um **18 Uhr** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität am Eulenweg zu Gast.

Zur Sache und zur Person

Auf jede Frage eine Antwort

Meine Mutter hat drei Kinder großgezogen. Trotz einiger Entbehrungen hatten wir eine schöne Kindheit. Mutti war voll berufstätig und arbeitete, seit ich denken kann, als Erzieherin in einer Kinderkrippe – bis zur „Wende“. Da ging sie in den Vorruhestand und ist nun schon seit einigen Jahren Rentnerin. Sie hatte inzwischen wieder geheiratet. Gemeinsam mit ihrem Mann kaufte sie nach 1989 das Haus, in dem wir seit 1969 wohnten. Den Kredit zahlen sie heute noch ab. Sie wollten für ihren Lebensabend vorsorgen, aber auch den Kindern etwas hinterlassen. Viel Arbeit, Zeit und Geld haben sie in Haus und Grundstück gesteckt. Unser „neuer“ Vater, wir sagen alle Opa zu ihm, ist noch nicht Rentner. Von Beruf Maler, arbeitete er in den letzten Jahren

Armutsgewöhnungszuschlag, wie ihn die Betroffenen nennen. Dieser wird nach einem Jahr halbiert und fällt dann ganz weg.

Ein Teil der Altersrente meiner Mutter (sie erhält knapp 763 € monatlich) wird bei der Berechnung dieser Leistungen als „sonstiges Einkommen“ berücksichtigt, und zwar 225,23 €. Die Berechnung ist schwer nachvollziehbar, denn auf Opas Bescheid taucht die Rente meiner Mutter gar nicht auf. Dort ist als Einkommen der Ehefrau 0 € angegeben. Eine Nachfrage bei der Leistungsabteilung des Job-Centers bestätigte jedoch unsere Vermutung: Das „sonstige Einkommen“ wurde aus der Altersrente der Ehefrau ermittelt. Einfach ausgedrückt heißt das: Omas Rente wird fast auf Sozialhilfeniveau gekürzt, denn

flüssige“ Versicherungen haben sie längst gekündigt, Geschenke für die Enkelkinder, ab und zu ein Gaststättenbesuch oder sonstige Annehmlichkeiten fallen flach. Und krank werden sollten sie möglichst nicht mehr, dann brauchen sie auch keine Praxisgebühr oder Zuzahlungen für Medikamente zu entrichten. Wenn doch, dann essen und trinken sie einfach weniger. Ach ja, seine eigene Krankenversicherung mußte Opa ebenfalls kündigen. Er ist nun bei Oma familienversichert. Das ist kostengünstiger für den Staat, aber nicht gut für die Gesetzliche Krankenversicherung, weil die Beitragszahler immer weniger werden.

Oma und Opa werden behandelt, als wenn sie noch nie gearbeitet hätten. Sie waren ihr Leben lang bescheiden, haben nicht über ihre Verhältnisse gelebt, immer an ihre Kinder und Enkelkinder gedacht. Nun stehen sie als Bittsteller vor dem Job-Center. Beim ersten Termin wurden sie wieder nach Hause geschickt, weil die Unterlagen nicht vollständig waren. Erst dann könne der Antrag bearbeitet werden. Sie mußten Grundbuchauszug, Flurkarte, Kontoauszüge, Ersparnisse, Versicherungen, Verwertbarkeit der Wohnfläche – um nur einiges zu nennen – nachweisen. Sie sind am Verzweifeln und grübeln, was sie wohl falsch gemacht haben im Leben. Hinzu kommt, daß Oma gesundheitlich nicht in der besten Verfassung ist.

Als Wahlkreismitarbeiterin einer Landtagsabgeordneten im Land Brandenburg habe ich fast täglich mit Hartz-IV-Betroffenen zu tun. Dieser Fall betrifft meine Eltern, also mich persönlich. Deshalb wollte ich mit einer öffentlichen Petition an den Deutschen Bundestag auf ihn aufmerksam machen. Ich bin überzeugt, daß viele Abgeordnete gar nicht wissen, was sie da angerichtet haben. Es sind ja nicht „nur“ die Hartz-Gesetze, es ist die gesamte „Agenda 2010“.

Der Petitionsausschuß hat mir inzwischen mitgeteilt, meine Eingabe werde nicht veröffentlicht, „weil der Ausschuß bereits in der laufenden Wahlperiode in einer im wesentlichen sachgleichen Angelegenheit eine Entscheidung getroffen hat ...“

Ich habe die Erfahrung gemacht, daß sich viele Menschen die Auswirkungen der Hartz-Gesetze überhaupt nicht vorstellen können. Erst wenn sie selbst oder jemand in der Familie oder im Bekanntenkreis davon betroffen sind, beginnen sie nachdenklich zu werden. Eigentlich müßten die Opfer dieser Mißachtung selbst an die Öffentlichkeit gehen, aber sie resignieren, ziehen sich zurück und scheuen sich, darüber zu reden. Sie fügen sich in das vermeintliche „Schicksal“ – die meisten jedenfalls. Was sollen sie auch als einzelne dagegen tun?

Nach dem Anschluß der DDR an die BRD haben Oma und Opa zunächst CDU gewählt, später dann SPD. Sie hatten sich dabei etwas erhofft. Nun sind sie auf ihre alten Tage auf Hartz IV angewiesen – in diesem reichen Deutschland, das sich Sozialstaat nennt. Bei wem dürfen sie sich dafür bedanken?

Petra Ruschel, Spremberg

Ein Leben lang gearbeitet, um jetzt vor dem Aus zu stehen Altern in Würde?

bis 2001 in einer privaten Firma, wurde arbeitslos, fand aber erneut eine Tätigkeit. Ab Juni 2004 war er wieder auf Arbeitssuche. Zwischenzeitlich erhielt er zweimal eine ABM als „Gartengestalter“ für jeweils sechs Monate und schließlich noch eine Beschäftigung für zwei Monate. Seit September 2006 „sitzt er zu Hause“, gehört nun zu den Langzeitarbeitslosen – ohne Aussicht auf Vermittlung, obwohl er die Hoffnung nicht aufgibt und immer noch Bewerbungen schreibt.

Mit 60 – im Juni 2008 – wollte Opa in Rente gehen, mit Abzügen. Aber damit hatten sich meine Eltern bereits abgefunden.

Doch plötzlich ist Schluß mit lustig. Die Rentenversicherung teilte ihm kurzerhand mit, daß er nicht – wie geplant – als 60jähriger aufhören könne. Inzwischen seien die Gesetze geändert worden, so daß er noch drei Jahre arbeiten müsse.

Was nun? Die Zeit bis Juni 2008 hätten Oma und Opa überbrücken können – ohne Leistungen vom Staat. Aber drei Jahre? Dafür reicht es nicht. Es blieb ihnen nichts anderes übrig, als die Antragsformulare für das Arbeitslosengeld 2 (kurz ALG 2) auszufüllen. Weiß eigentlich jemand von denen, die diese Gesetze beschlossen, was das für ältere Menschen, die ihr Leben lang gearbeitet haben, bedeutet? Für Oma und Opa ist eine Welt zusammengebrochen!

Opa erhält jetzt Überweisungen zur Sicherung des Lebensunterhalts nach dem SGB II in Höhe von 406,77 € (Leistungen der Agentur für Arbeit) plus 173,31 € angemessene Kosten für Unterkunft und Heizung (Leistungen des kommunalen Trägers). In den 406,77 € sind 320 € befristeter Zuschlag nach Bezug von Arbeitslosengeld enthalten – der sogenannte

von den 763 € bleiben meiner Mutter knapp 537 € übrig, davon muß sie noch ihren Anteil an den Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) in Höhe von 173,31 € abziehen (genausoviel bekommt Opa anteilig vom Job-Center – siehe oben), dann bleiben ihr sage und schreibe knapp 364 € zum Leben. Der Regelsatz beträgt 312 €. Und wer mir bis hierhin folgen konnte, der weiß, daß Opa nach zwei Jahren, wenn der „Armutsgewöhnungszuschlag“ ganz wegfällt, nur noch 86,77 € erhält, aber mit dem „sonstigen Einkommen“ aus Omas Rente (zur Erinnerung: 225,23 €) kommt er wieder auf den Regelsatz von 312 €. Und der reicht ja zum Leben. Das hat das Bundesverfassungsgericht so festgestellt. er nun denkt, die Geschichte sei ja ganz schön kompliziert, dem sage ich: Es kommt noch besser.

Das Wohneigentum fällt meinen Eltern jetzt auf die Füße. Sie erhalten zwar einen Teil der Wohnnebenkosten, nicht aber die Tilgungsraten für den Hauskredit. Die müssen auch noch von Opas ALG 2 und Omas Rest-Rente bezahlt werden. „Über-

Unser verlässlicher Genosse,
der RF-Autor

Dr. Manfred Böttcher

Berlin, begeht am **14. März**
seinen **80. Geburtstag**.

Als Wirtschaftsjournalist,
Generaldirektor der Zentrag
und Publizist hat er sich
große Verdienste erworben.

Herzlichen Glückwunsch,
lieber Manfred!

Zwei Autoren über Merkels Lieblingsthema Das Märchen von der Mitte

Es war einmal in Mitteleuropa, da regierte eine mittelmäßige, mittelgroße, mit Mittelscheitel in Mitteldeutschland groß gewordene Dame. Sie hatte sich zu einem Mittelding aus Ost und West gemauert. Als in der DDR verfolgte Mittelständlerin war sie sekretärnah miteten durch die FDJ gegangen und wurde zwangspromoviert.

Seit nunmehr fast 20 Jahren dient sie treu der durch Millionenspenden nicht mittellosen CDU. Gern sieht sie sich als Mittelpunkt, was sie letztlich auch im Mittelfeld in der Politik landen ließ. Und das ganz oben, nicht mittschiffs.

Mittlerweile ist sie sogar Mittlerin einer Koalition. Alle wissen um ihren Mittelwert in heimischen Dingen. Und deshalb reist sie von Mittelasien nach Mittelame-

rika, vom Mittelmeer nach Mittelafraka, überfliegt Mittelgebirge und schiffte auf dem Mittellandkanal. So vollzieht sie fern von der Heimat einen Mittelstreckenlauf zwischen den Ländern der Welt und vermittelt deutsche Ratschläge für Menschenrechte und mittleres Lebensniveau. Am liebsten sieht sie sich inmitten der G-8-Mitglieder, aber auch im Mittelpunkt ihres mehr als mitteldummen amerikanischen Kollegen.

Mittlerweile besann sie sich auf die Mitte und erklärte: „Hier, wo ich stehe, hier, wo wir sind, ist die Mitte. Ein Mittelding gibt es dabei nicht.“ Das wiederholte sie mittlerweile unzählige Male. Manchmal verläßt sie dabei symbolhaft den Mittelweg, tritt mal nach links, tritt mal nach rechts, um unmittelbar danach wieder

auf der Mittellinie zu landen, von wo aus sie vollmundig verkündet:

„Der Aufschwung unter unserer Leitung ist unten angekommen.“ Nun fragt sich das Volk: Warum nicht in der goldenen Mitte? Doch das nimmt sie nicht mal mit dem Mittelohr wahr.

Mittlerweile hat sie nun einen „Partner der Mitte“ gefunden: Guido Mittelwelle. Auch nur mittelmäßig, dafür aber lautstark und liberal.

Und wenn sie nicht abgetreten sind, dann vermitteln sie sich noch heute als Mittelpolitiker, bis das Volk, um nicht ins Mittelalter zurückzufallen, sagt:

„Nun aber ab durch die Mitte!“

Dr. Hans-Jürgen Audehm

Wo wir sind, ist die Mitte. Wir sind die Mitte.“ So oder ähnlich verkündete es Angela Merkel, Bundeskanzlerin und kürzlich wiedergewählte Vorsitzende der sich christlich und demokratisch titulierenden Union, der selbsternannten Partei der Mittelmäßigkeit.

Nun ist Angela Merkel auch promovierte Physikerin, und ihre Fähigkeiten auf diesem Gebiet führten sie bis in die Akademie der Wissenschaften der DDR. Mir scheint sowieso fraglich, ob dieser Abschluß in einem Unrechtssystem heute in der Freiheit eigentlich zählt. Dennoch: Bei allen nun herrschenden Vorbehalten, sie muß von der Physik zumindest eine allgemeine Vorstellung bekommen haben, auch von der ganz primitiven Mechanik. Und dort lernt man, daß die Mitte der Ruhepunkt ist, im Gegensatz zu allen anderen Bereichen quasi verharret, stillsteht. Das ist beim Rad ebenso der Fall wie bei den Polen der Erde oder beim Erdkern, oder auch beim Ball, nur so als Beispiel. Gehen wir davon aus, daß die durch mittlere rhetorische Fähigkeiten begnadete Angela Merkel weiß, wovon sie spricht, dann sagt sie also: Wir sind und bleiben konservativ. Mit uns wird sich nichts bewegen, weil wir uns nicht bewegen. Deutschland bleibt unsozial, weil Sozialismus schlecht für das Kapital ist. Wem das nicht paßt, der wird an den Rand gedrückt. Dort ist die Fliehkraft gewaltig. Jeder kann fliehen, also auswandern, wie wir es täglich im Fernsehen kanalübergreifend sehen. Oder er fällt einfach ins unsoziale Netz, also aus dem Rahmen unserer freien Werbegesellschaft.

Das Maß für die Mitte, die Mittelmaßigkeit gewissermaßen, ist der sogenannte Pofalla. Der Pofalla definiert sich aus sozialer Inkompetenz, multipliziert mit Unverfrorenheit und Unverschämtheit, geteilt durch Verachtung Andersdenkender. Der Pofalla wird in Lügen oder Realitätsferne je Satz gemessen. Als erwähnenswert erscheint mir, daß ein sich Historiker dünkender Knabe namens Hu-

Ein „Pofalla“ gefällig?

bertus wohl als erster in die Rubrik der „Pofallas“ eingetragen werden dürfte.

Das mit der Mitte ist auch an einem anderen Beispiel beweisbar. Unter Gerhard Schröder, heute russischer Gasmann, war auch die weder sozial noch demokratische Partei eine Partei der Mitte. Nach Müntes politischem Suizid und mit der Herrschaft von Brumbär Kurt, der wie ein Bremer Bier heißt, will man raus aus der Mitte. Angeblich nach links. Was aber auch egal ist, wenn sich alles dreht. Außerhalb der Mitte aber gilt wieder die Fliehkraft. Und was ist geschehen? Die SPD verliert

in der Wählergunst und an Mitgliedern. Wer sich aber dem Rand nähert, kann abstürzen. Da ist es auch wenig hilfreich, hin und wieder selbst den „Pofalla“ zu machen.

Bedenklich für die Mitte ist nur der selbsterzeugte Klimawandel. Wenn nämlich die Polkappen abschmelzen, werden alle ins Schwimmen geraten. Vielleicht sogar untergehen.

Es gibt also noch Hoffnung. Man muß ihnen nur genügend einheizen. Bildlich gesehen.

Richard Georg Richter

**Redaktion
und
Verein
gratulieren
den
Jubilaren
des
Monats
März**

**Allen
verdienten
Genossinnen
und
Genossen
unsere
besten
Wünsche!**

Ganz liebe Grüße gehen an

Helmut Kühne aus Berlin, der am **13. März** sein **93. Lebensjahr** vollendet.

Zum **85. Geburtstag** beglückwünschen wir

Helmut Lindenlaub aus Sömmerda (**7. März**),
Charlotte Süße aus Schwerin (**9. März**) und
Ruth Hausig aus Frankenberg (**17. März**).

80 Jahre alt werden

Siegfried Langer aus Zernsdorf (**10. März**) und
Heinz Mazander aus Cottbus (**23. März**).

Zum **75. Geburtstag** gratulieren wir

Manfred Volland aus Strausberg (**9. März**),
Gottfried Hamm aus Graal-Müritz (**15. März**),
Hans-Jürgen Krösche aus Rostock (**30. März**) und
Manfred Wiesnewsky aus Friedersdorf (**31. März**).

70 Jahre werden alt

Klaus Stachowiak aus Cottbus (**3. März**),
Rolf Proß aus Artern (**14. März**),
Peter Rauscher aus Berlin (**28. März**) und
Erwin Koppe aus Jena (**29. März**).

Auch das Lager der **65jährigen** vergrößert sich um

Helga Kiste aus Bautzen (**15. März**),
Barbara Lohse aus Bad Dürrenberg (**22. März**),
Bernd Passoth aus Gera (**26. März**) und
Reinhard Faust aus Halle/S. (**31. März**).

Ein Maurer kann alles: Hermann Bitterlich Held der ersten Stunde

Als junger Bursche half er russischen Gefangenen des Ersten Weltkrieges mit Brot und Kartoffeln. Als er die Uniform des Kaisers anziehen mußte, bekam sein Vater bald einen Brief: „Ihr Sohn hat die Truppe verlassen und wird als Deserteur behandelt und verfolgt!“

Und dann kam ein November und die Revolution mit all den unbegrenzten Hoffnungen und den bald nicht minder grenzenlosen Enttäuschungen für die Millionen. Viele resignierten fortan. Anders Hermann Bitterlich. Der Deserteur wurde nun Vorkämpfer in vielen Klassenschlachten zu Zeiten Eberts, Hindenburgs und Hitlers.

Im November 1918 organisierte er sich zunächst in der USPD. Mit ihr trat er 1920 zur KPD über. 1921 nahm er am Märzauftand teil. 1922 war er einer der Organisatoren eines Landarbeiterstreiks.

1925 wurde er in den Kreistag gewählt. 1929 errangen die Kommunisten in seinem Heimatort Groß Germersleben die absolute Mehrheit. Klein Moskau nannten viele das Dorf. Hermann wurde als Bürgermeister nominiert. Der Klassenstaat verwehrte ihm aber, das Amt anzutreten. In die Geschichte eingegraben ist jene Hungerdemonstration, die am 15. Juni 1931 in Wanzleben stattfand. Hermann Bitterlich marschierte an der Spitze.

Die Wahlen 1933 erlebte er, obwohl Abgeordneter, im Gefängnis. Er wurde jedoch wieder in den Kreistag und nun auch in den Provinziallandtag gewählt. Doch Hitlers Schergen jagten den Maurer bald wie einen gefährlichen Verbrecher.

1945, nach der Befreiung, war Bitterlich ehrenamtlicher Kreissekretär der KPD. 1946 wurde er Landrat. Eine Redensart traf auch auf Hermann zu: „Ein Maurer kann alles.“ Wer weiß wohl heute, was das hieß.

Die letzte Schule, die er besucht hatte, war 1931/32 die Leninschule in Moskau gewesen. Die Fahrt hatten ihm seine Genossen, Kommunisten, aber auch Sozialdemokraten, Parteilose, Maurer und Landarbeiter in drei Dutzend Dörfern pfennigweise ermöglicht. Nun also galt es zu beweisen, ob jenes Studium etwas gebracht hatte, ob etwas hängen geblieben war.

Es war.

Erhebende Tage gab es nach der Befreiung für ihn, den Maurerpolier der Firma Korn. Da waren die Bodenreform (auch er bekam zwei Morgen Acker), die Arbeitereinheit. Stolz waren sie, er und Gustav Dietz, der Sozialdemokrat, als sie sich in Wanzleben die Hände reichten und die Vereinigung ihrer Parteien im Kreis vollzogen. Auch die ersten Wahlen bestanden sie siegreich.

Das Erbe aber, das er antrat: quälende materielle Not, geistige Verwüstung und Resignation in den Herzen und Hirnen der Menschen. Sein Vorteil: Er war den Menschen im Kreis kein Unbekannter. Vertrauen und Vertraute besaß er unter Mau-

ern und Zimmerleuten, Landarbeitern, Hackefrauen, Kleinbauern. Und er genoß selbst die Achtung manch bürgerlichen Mannes. Das kam nicht von ungefähr. Da waren zahllose Abende und Sonntage gewesen, abgestrampelt mit dem Fahrrad, so viele Versammlungen und Diskussionen. Mehr als einmal im Angesicht von Polizeiknüppeln.

Nun hallte noch lange unüberhörbar und allgegenwärtig der Schrei nach Brot und Milch, nach Kohle und Kleidung und dem Dach über dem Kopf. Die Lösung der Aufgaben erfolgte nicht immer widerspruchsfrei und ohne Fehler. Da hatten Kreisinteressen hinter übergeordneten Anliegen zurückzustehen. Und bald schon gab es auf den Titelseiten der Zeitungen eine öffentliche Mißbilligung durch Generalmajor Kotikow, den Chef der Landes-SMA, auch für Genossen Bitterlich.

Drastisch waren damals die Sitten. Zum Beispiel im März 1946. In Magdeburg tagten der Landräte. Ihr Thema: Frühjahrsbestellung. Die Leitung hatte ein Mann von der Provinzialregierung in Halle: Werner Brusche, ein Sozialdemokrat. Der mußte sich durchsetzen, auch einem Bitterlich gegenüber. Er vergatterte unseren Hermann vor versammelter Mannschaft: „Herr Landrat! Ich habe Ihnen eine Weisung gegeben. Sie haben sich widersetzt. Darum wird die Zahl der von Ihrem Kreis abzugebenden Traktoren verdoppelt. Haben Sie noch etwas zu sagen?“ Das war nicht der Fall.

Lobte man ihn später, wehrte er ab: „Nicht ich habe, wir haben ...“ Und er meinte: Hunger und Seuchen gebannt, Milch bereitgestellt für die Kinder, Betten für die Umsiedler, Kohlen aus Notschächten ... Kriegsverbrecher entmachtet, Landlosen und Landarmen Boden gegeben ...

Hermann Bitterlich wurde im Juni 1949 in die Deutsche Wirtschaftskommission berufen. Dort war er für die Erfassung und den Aufkauf landwirtschaftlicher Erzeugnisse in der Sowjetischen Besatzungszone verantwortlich. Diese Funktion versah er auch nach Gründung der DDR bis 1957. Danach war er politischer Mitarbeiter in der Abteilung Landwirtschaft beim ZK der SED.

Einmal besuchten wir Bitterlichs in Berlin. Ihre schöne Wohnung befand sich in der damaligen Stalinallee. Die hatte aber nicht Herrmann, sondern seine Frau erhalten: eine vom Dorf, die sich hier als Trümmerfrau bewährte, beim Steineputzen ...

Hermann hatte als junger Mensch davon geträumt, einmal zu studieren und Architekt zu werden. Die kapitalistische Gesellschaft verwehrte das dem Bergarbeiterkind. Und doch wurde er Baumeister, wenn auch auf ganz andere, nie geahnte Weise: Architekt einer neuen Gesellschaftsordnung in seinem Heimatkreis und weit darüber hinaus.

Karl Schlimme

Erinnern an Micha

Am 27. Dezember 2007 wäre Prof. Dr. Michael Benjamin 75 Jahre alt geworden. Viel zu früh starb er am 7. August 2000 bei einer Operation. Werner Wüste hat seinem langjährigen Freund mit der Herausgabe des Buches „Das Vermächtnis. Zeugnisse eines Sozialisten“ (edition ost, Berlin 2006, 288 S., 14,90 €) ein Denkmal gesetzt. Wir entnehmen der Schrift die folgenden Auszüge:

Ehe Du
einen Kommunisten
einen
Kommunisten schimpfst,
lies ihn!
Es könnte gut sein,
daß seine Haltung der
Deinen
näher ist,
als Du
für möglich hältst.

Als Hans Modrow
erfuhr,
daß dieses Buch
gemacht wird,
sagte er nach kurzem
Besinnen:

„Aber ...
man darf ihn nicht auf
die Kommunistische Plattform
reduzieren.
Er war mehr ...“
Eben.

„Zum einen blasen Anhänger der Kommunistischen Plattform natürlich nicht zur sozialistischen Revolution. Sie mögen als Stalinisten, Betonköpfe oder was auch immer angesehen werden – Narren sind sie nicht.“

(Michael Benjamin)

Am bittersten war für ihn, daß er die Plattform, ihre Haltung und ihre Existenzberechtigung, ja, ihre Existenznotwendigkeit immer wieder gegen die eigenen Genossen verteidigen mußte ... Natürlich hatte er Angst, als Polizisten nach der Kundgebung zu prügeln begannen ... Natürlich hatte er mutwillige und gezielte Kränkungen einzustecken. Natürlich war es ihm bitter, die eigene Aufrichtigkeit gegen Unterstellungen seiner Genossen zu verteidigen ... Aber er blieb.

Gemeinsames

Ich bin nur einen Tag jünger als Micha. Gemeinsam sind wir an unseren Geburtstagen Ende Dezember 1948 im Westberliner Stadtbezirk Steglitz in die SED eingetreten – mit einem Zeitunterschied von 24 Stunden. Beide haben wir das Steglitzer Gymnasium besucht. Und seit 1947 gehörten wir zusammen dem FDJ-Kreisvorstand an. Nebenbei bemerkt: Wir verehrten auch dasselbe Mädchen – die zwei Jahre ältere Eva.

Klaus Steiniger



In dem kleinen Ackerbürgerstädtchen Wloclawek in Russisch-Polen wird der Familie Marchlewski am 17. Mai 1866 ein Sohn geboren. Er bekommt die Vornamen Julian Balthasar. Seine resolute Mutter plant schon jetzt, daß Julek nicht wie der Vater Getreidehändler, sondern wie der Großvater Offizier bei den Schwarzen Husaren werden soll. Damit der Sohn dafür eine gediegene Bildung erhält, schickt ihn die Familie Jahre später auf eine höhere Schule nach Torun. So rechte Lust zum Lernen hat Julek aber nicht. Viel mehr interessiert ihn die handwerkliche Arbeit der Maurer, Zimmerer und Maler auf Baustellen der Stadt. Erst als die Familie 1882 nach Warschau übersiedelt, besucht er das Gymnasium, macht das Abitur und eignet sich gleichzeitig erste marxistische Kenntnisse in einem illegalen Zirkel an. Dann geht der Einundzwanzigjährige aber nicht zum Studium an die Universität, sondern fängt als Wollgarnfärber in einer Textilfabrik an. Frühherbst 1889. Die Ochrana, des Zaren Geheimpolizei, sucht per Steckbrief einen Mann namens Julian Marchlewski, der seit vier Jahren politisch organisiert und im Verband der Polnischen Arbeiter aktiv ist. Die Fahndung bleibt erfolglos, der Gesuchte ist längst über alle Berge und hält sich in Preußen oder Sachsen auf. Hier sucht und findet er Kontakt zur deutschen Sozialdemokratie. Oktober 1891. Nach Polen zurückgekehrt, gerät er doch in die Fänge der Polizei. Fast zwei Jahre verbringt er im berühmtesten Pavillon X der Warschauer Zitadelle, dem Gefängnis für Staatsverbrecher, wo fünf Jahre zuvor die Gründer und ersten Führer der polnischen revolutionären Arbeiterbewegung gehängt worden waren. Ende 1892. Aus dem Kerker entlassen, geht Marchlewski in die Schweiz, studiert Jura und Staatswissenschaft in Zürich. Hier schließt er Freundschaft mit Rosa Luxemburg, Leo Jogiches und Adolf Warski. Sie werden Kampfgefährten nicht nur für die polnische, sondern auch für die deutsche revolutionäre Arbeiterbewegung. Gemeinsam geben sie die erste polnische sozialdemokratische Zeitung heraus. 1894 gründet er mit weiteren Genossen die

„Sozialdemokratie des Königreichs Polen“; ihrem Hauptvorstand wird er bis zu deren Auflösung im Jahre 1919 angehören. September 1898. Nach seiner Promotion 1896 lebt Dr. Julian Marchlewski mit seiner Frau und der neugeborenen Tochter Zofia in Dresden. Er arbeitet als Redakteur der „Sächsischen Arbeiterzeitung“. Doch die Staatsregierung hat etwas gegen den Ausländer und Sozialdemokraten, vor allem gegen dessen kritische Artikel. So schickt sie ihm die Polizei mit einem Ausweisungsbefehl ins Haus. Die Familie muß Sachsen verlassen und findet eine Bleibe

man die verschärfte Polizeiaufsicht über ihn. Trotzdem erscheint wenige Wochen später in Nummer 6 der Niederbarnimer Referentenmaterialien ein Beitrag, in dem die Bewilligung der Kriegskredite durch die SPD-Reichstagsfraktion als „historisches Verbrechen“ bezeichnet wird. Autor ist wiederum J. Karski.

22. Mai 1916. Ein Polizeikommando verhaftet Marchlewski und liefert ihn in die Militärstrafanstalt Stadtvogtei ein. Anlaß der Festnahme ist diesmal seine aktive Mitwirkung bei der Gründung des Spartakusbundes, der Herausgabe der

Ritter der Revolution ohne Furcht und Tadel

Rosas und Karls Mitkämpfer Julian Marchlewski

in der bayerischen Hauptstadt. Dort wird Marchlewski nur unter der Bedingung geduldet, daß er sich nicht politisch betätigt. Doch er mißachtet das Verbot. Unter Pseudonym schreibt er nicht nur für Zeitungen in seiner Heimat, sondern auch für deutsche sozialdemokratische Blätter und für das theoretische Organ der SPD „Die neue Zeit“. Und was noch viel wichtiger ist: Er lernt W. I. Lenin kennen, hilft ihm die „Iskra“ herauszugeben und sie dorthin zu bringen, wo sie als kollektiver Propagandist, Agitator und Organisator benötigt wird.

1. November 1902. Die „Leipziger Volkszeitung“, von Franz Mehring geleitet, erscheint zum ersten Mal mit einer „Wirtschaftlichen Wochenschau“, die von einem gewissen J. Karski unterschrieben ist. Später kommen Leitartikel hinzu, politische Übersichten und andere Beiträge dieses Autors. Bis zur Jahreswende 1915/16 werden es etwa 1 400 Veröffentlichungen sein. Karski ist natürlich Julian Marchlewski.

22. Januar 1905. In Rußland erhebt sich das Volk gegen die Herrschaft des Zaren, der Kapitalisten und Gutsbesitzer. Arbeiter in Russisch-Polen schließen sich an. Marchlewski eilt nach Warschau, gibt dort eine Zeitung heraus, verfaßt Flugblätter, spricht auf unzähligen Versammlungen, beschafft Waffen. Noch aber scheitert der Arbeiteraufstand an der Übermacht des Klassenfeindes.

4. August 1914. Im Reichstag haben die Abgeordneten der SPD für den imperialistischen Krieg gestimmt. Noch am selben Tag kommen in der Berliner Wohnung Rosa Luxemburgs die Genossen Wilhelm Pieck, Hermann Duncker, Franz Mehring und Ernst Meyer zusammen, um die neue Lage zu erörtern. Auch Julian Marchlewski, der jetzt in der Hauptstadt lebt, ist der Einladung gefolgt. In Berlin schließt sich Marchlewski, obwohl er formell nicht Mitglied der SPD ist, den Linken in dieser Partei an. Mit Kriegsbeginn verhängt

Spartakusbriefe und weiterer Schriften gegen den Krieg. Mitgefangener ist Franz Mehring, den die kaiserlich-preußische Justiz trotz hohen Alters und schwerer Krankheit hinter Gitter gebracht hat.

Sommer 1918. Sowjetrußland und Deutschland haben diplomatische Beziehungen aufgenommen. Einer der ersten außenpolitischen Schritte des Rates der Volkskommissare sind Anstrengungen zur Befreiung Marchlewskis, der sich nach dieser sofort als Wirtschaftsfachmann in den Dienst der Sowjetregierung stellt. Noch einmal kommt er nach Berlin zurück: um „Geburtsheifer“ der KPD zu sein, die zur Jahreswende 1918/19 gegründet wird.

April 1919. Nach der Ermordung Luxemburgs, Liebknechts und vieler Kommunisten durch die bürgerlich-sozialdemokratische Konterrevolution ist auch Marchlewski in höchster Lebensgefahr. Er nimmt für immer Abschied von Deutschland. Mannigfaltige Aufgaben erwarten ihn in Moskau. Er hilft, die Kommunistische Internationale (Komintern) und die Kommunistische Arbeiterpartei Polens zu gründen. Im Auftrag Lenins führt er Friedensverhandlungen mit Finnland, Litauen, Polen, Japan und China. Als Rektor leitet er die Kommunistische Universität der nationalen Minderheiten des Westens und als Vorsitzender die Internationale Rote Hilfe.

22. März 1925. Während eines Kuraufenthalts in Italien stirbt Julian Marchlewski. Clara Zetkin schreibt im Nachruf: „Revolutionär und Mensch waren eins. Genosse Marchlewski vereinigte die Güte und Reinheit des verstehenden, kulturell hochstehenden Menschen mit der unerbittlichen Festigkeit und Treue des überzeugungsklären Kämpfers. Er war ein Ritter der Revolution ohne Furcht und Tadel ...“ Die Urne Julian Marchlewskis wurde in Berlin-Friedrichsfelde neben den Gräbern von Rosa und Karl beigesetzt. 1955 übergab sie Wilhelm Pieck an polnische Genossen.

Günter Freyer

Um Defizite einer guten Sache keinen Bogen machen

Selbstbefragung

Mit großem Interesse verfolge ich die Diskussionen über den kläglichen Abtritt meines Heimatlandes. Viel Kritikwürdiges wurde beleuchtet, eigenes Versagen eingestanden. Ich möchte mich zum Bereich der Volksbildung äußern. Einmal, weil sie bisweilen nostalgisch vergoldet wird. Zweitens, weil so manche Ursachen für Lethargie, Unfähigkeit und Abwendung von Menschen, die eigentlich mit dem Staat DDR einverstanden waren, dadurch erklärt werden können.

Um nicht anmaßend zu erscheinen, möchte ich ganz knapp einige Etappen meiner Tätigkeit auf diesem Gebiet erwähnen. Die Zeit, in der ich Lehrer war, erstreckte sich von 1970 bis 1996. Ich arbeitete als Klassenleiter, stellvertretender Direktor für außerunterrichtliche Tätigkeit, stellvertretender Direktor für Organisation, Direktor, Fachberater, Schulinspektor, ehrenamtlicher Parteisekretär, Arbeitsgemeinschaftsleiter, Lehrerratsmitglied und von den Schülern jahrelang wieder-gewählter Vertrauenslehrer.

Weiter möchte ich voranstellen, daß ich das Bildungssystem der DDR für eines der fortschrittlichsten in der Welt halte.

Wir trauern um den treuen Kommunisten und namhaften Schriftsteller

Dieter Noll

aus Wernsdorf, der mit seinem Roman „Die Abenteuer des Werner Holt“ ein Millionenpublikum eroberte. Er verstarb am **6. Februar**.

Dieter Noll war von Beginn an Mitglied des RF-Fördervereins und unterstützte ihn bis zuletzt in großzügiger Weise.

Unendlich viel Positives könnte ich benennen und am Beispiel des selbst Erlebten beweisen. Dennoch bleiben Defizite, um die man keinen Bogen machen sollte, damit sie in Zukunft vermieden werden können.

Zunächst ein Wort zum Verhältnis zwischen Schule und Elternhaus. Die begrüßenswerte Grundidee des Miteinander verkümmerte leider in der Endphase der DDR. Immer mehr Eltern wurden aus der Verantwortung für ihre Kinder entlassen oder – schlimmer – sogar herausgedrängt. Nehmen wir als Beispiel die Elternvertretungen. Zuspitzend behaupte ich, daß jede zweite Schule kein Elternaktiv oder keinen Elternbeirat gehabt hätte, wenn deren Arbeit nicht von den Lehrern gemacht worden wäre, von selbständigem Handeln ganz zu schweigen.

Zum Verhältnis zwischen Schule, Kinderorganisation und Jugendverband: Es entwickelte sich im Laufe der Jahre leider zu einer Katastrophe. Die fast obligatorische Aufnahme in Pionierverband und FDJ wertete die Mitgliedschaft ab, was unseren eigenen Vorstellungen und Festlegungen entgegenwirkte. Lehrer als Leiter der Veranstaltungen verliehen dem gesamten „Betrieb“ de facto Schulcharakter.

Fazit: Von den Jungpionieren (1. bis 4. Klasse) über die Thälmann-Pioniere (5. bis 7. Klasse) bis zur FDJ (8. bis 10. Klasse) trat ein ständiger Verlust an Engagement ein.

Die Schule diente auch als „Mädchen für alles“. Die Leistungen der Lehrer maß man oft an Kriterien, die von vielen als absurd empfunden wurden. Als Beispiele seien genannt: Zahl der Milchtrinker, Anzahl der Tage beim Kartoffelsammeln, Anteil der Offiziersbewerber, Sitzenbleibersta-

tistik, Prozentsatz der SED-Mitglieder in den Elternvertretungen usw.

Viele Schulen hatten kaum die Möglichkeit, ein eigenes, wirklich staatstragendes Profil zu entwickeln. Die Identifikation von Schülern und Eltern mit der DDR wurde so direkt behindert. Die Direktoren waren häufig reine Befehlsempfänger und mußten tausend Dinge erledigen, die einfach nicht zu ihrer Tätigkeit paßten: kaputte Dachrinne reparieren, Schulspeisung ausgeben, Reinigungskräfte besorgen, Malerarbeiten erledigen, Kohleschuppen usw.

Die Facetten solcher „Ablenkungen“ sind vielseitig, sich in sie zu verlieren wäre falsch.

Bleibt nur noch die Frage an mich selbst: Du wußtest manches, was hast du als Kommunist getan, Mißstände zu beheben?

Wenn ich zurückblicke, kann ich sagen: einiges. In unserem Kreis Sternberg galt ich als Robin Hood. Viele Dinge habe ich zu ändern versucht. Ich wandte mich z. B. gegen die wöchentlichen Fahnenappelle und das ewige Melden in der Klasse, kritisierte sinnlose Beschäftigung bei Weiterbildungsveranstaltungen, wandte mich gegen hohle Debatten über Wörter und Sätze in Parteidokumenten, setzte mich für die Entkrampfung des Parteilehrjahrs ein und trat gegen die Prämienverteilung „nach der Nomenklatura“ auf. Das und manches mehr.

Dennoch bleibt für mich, ziehe ich die Diskussionen mit Schülern, die mich noch immer zahlreich besuchen, mit Kindern und Enkeln in Betracht, die bittere Erkenntnis: Auch ich trage Schuld am Untergang meiner Heimat.

Hans Joachim Bock, Warin

Klaus Ehrler (1930–2005) gehörte in den 50er Jahren in Westberlin zum inneren Zirkel der studentischen Opposition gegen die Remilitarisierungspolitik der Adenauer-Regierung und setzte diese Tätigkeit später in der Internationalen Christlichen Friedenskonferenz (CFK) fort.

Als er am 12. September 2005 starb, hinterließ er neben seinen zahlreichen Veröffentlichungen eine kaum zu überschauende Fülle an Manuskripten, die zu den unterschiedlichsten Anlässen entstanden waren. Ingrid Ehrler hat sich jetzt nicht nur der großartigen Aufgabe unterzogen, eine Auswahl dieser Materialien mit bereits Publiziertem zusammenzustellen; sie hat zugleich ein biographisches Porträt gezeichnet, in dem sich auf ganz außergewöhnliche Weise jene Zeitgeschichte widerspiegelt, in die sich Klaus Ehrler auf vielfältige Weise eingebracht hat. So ist eine Dokumentation entstanden, die die Signatur eines lebendigen Geschichtsbuchs trägt, dessen Lektüre selbst für jene Leserinnen und Leser von großem

Prägendes Mittun in der CFK

Gewinn sein wird, die sich lediglich von einem rein historischen Interesse leiten lassen. Für alle politisch und darüber hinaus auch biographisch Interessierten bietet dieses Buch weit mehr als nur eine historische Retrospektive. Indem es uns auf den Weg mitnimmt, der Klaus Ehrler in die Mühen des Friedenskampfes geführt hat, sensibilisiert es für ein eigenes friedenspolitisches Engagement, dessen Notwendigkeit nach dem Ende des kalten Krieges noch drängender geworden ist.

Für Klaus Ehrler gehörte es zur Programmatik der Friedensbewegung, die Einsicht in friedenspolitische Grundsätze stets mit einem möglichst breiten Spektrum kommunizierender Friedensaktionen aktuell zu verbinden. Und es gehörte zu seinem eigenen unverwechselbaren Proprium, viele dieser Aktionen nicht nur mitgetragen, sondern maßgeblich initiiert zu haben – auf nationaler Ebene ebenso wie im ökumenischen Rahmen der CFK und im

internationalen UNO-Kontext von Nicht-Regierungs-Organisationen.

„Klaus Ehrler in Texten und Kontexten“ zeigt uns nicht nur eine außergewöhnliche Person, die auf ebenso außergewöhnliche Weise die deutsche und die internationale Friedensbewegung inspiriert hat. Sie bietet zugleich einen umfänglichen Einblick in seine entsprechenden Aktivitäten während eines halben Jahrhunderts und skizziert dabei ein Kapitel globaler Geschichte, von dem der Historiker Klaus Ehrler sehr wohl wußte, daß auch nach dem 8. Mai 1945 Faschismus und Krieg latente Optionen weltmachtpolitischer Ansprüche geblieben sind.

Dr. Dieter Kraft

Der Wettlauf zum Frieden. Klaus Ehrler in Texten und Kontexten, herausgegeben und kommentiert von Ingrid Ehrler, Pahl-Rugenstein-Verlag, 2007, 212 S., 52 Abb., 16,90 €, ISBN 978-3-89144-393-4

Die als „große Demokratien“ des Westens bezeichneten Staaten – Frankreich, Großbritannien und allen voran die Vereinigten Staaten von Amerika – haben in Wahrheit eine blutige Spur des Kampfes gegen Demokratie gezogen. Der Schock der Oktoberrevolution saß so tief, daß den bürgerlichen Eliten buchstäblich jeder Bluthund willkommen war, der Kommunisten massakrierte. Der Bedarf an solchen „Regimes“ ist übrigens seit dem Zusammenbruch des „europäischen Kommunismus“ vorerst rückläufig. Demokratien wurden einst den Achsmächten Deutschland, Italien und Japan zum Fraß vorgeworfen. Der freundliche Umgang der „großen Demokratien“ mit dem internationalen Faschismus spricht für sich. Die Regimes von Pilsudski, Horthy, Franco, Salazar, Gaetano, Stroessner, Trujillo, Mobuto, Suharto, Batista und natürlich Pinochet sind zu keinem Zeitpunkt durch Embargos oder gar militärisches Eingreifen in ernste Schwierigkeiten geraten. Auch der Hitlerdiktatur wurden – bis sie „übermütig“ einen neuen Weltkrieg anzettelte – keine Hindernisse seitens der Großmächte in den Weg gelegt. Diese hofften, das Ungeheuer gen Osten lenken zu können.

Die Wiederaufrüstung Deutschlands reicht bis in die Anfänge der Weimarer Republik zurück. Auch die Demontage der Demokratie in Deutschland ist nicht erst von Adolf Hitler, sondern von gutbürgerlichen „Koalitionen“ vor 1933 initiiert worden. Der deutsche Faschismus konnte – wie aktuell – dank wahrhaft „freier Wahlen“ zur stärksten Reichstagsfraktion aufrücken. So bleibt eine der vornehmsten Aufgaben humanistischer Historiographie, diese scheinbar simplen Tatsachen beharrlich an den Anfang jeglicher Diskussion zum Thema Demokratie zu stellen.

„Freie Wahlen“ bedeuten bis heute eine Aufwertung der Demokratiemisere. Mit unerhörtem Aufwand wird dem Wahlvolk der „Wert“ dieser „Willensbekundung“ vorgeführt. Ein Wald von Plakaten mit nichtssagenden Physiognomien verschandelt die Straßen. Fernsehduelle von Spitzenkandidaten, die ihr „soziales Profil schärfen“, sind an der Tagesordnung. Das Resultat: immer mehr Nichtwähler. In „Sonderstudios“ wird emsig hochgerechnet; nach der Wahl stehen „zähe Verhandlungen“ an, in deren Ergebnis sich die Gegner von gestern brav die Hände zu Koalitionen reichen. Luftnummern auf einem Nebenschauplatz. Der Wähler selbst wird nach der Wahl so überflüssig wie der Lachs nach dem Ablachen. Damit nicht genug: „Wir“ drängen alle Welt zu „freien Wahlen“. Dabei haben ganze Völker dann unter den verheerenden Folgen zu leiden. Die Regierungschefin fliegt nach Afrika und ins ferne China, um dort „Demokratie anzumahnen“ – Motivation genug, Demokratie in Deutschland zu verlangen.

Bundestagspräsident Wolfgang Thierse beklagt, „die Presse“ werde ihrer Rechenschaftspflicht nicht gerecht. Ein Irrtum, sind doch die Medien allein ihren Bossen und niemals dem Volk gegenüber verant-

wortlich gewesen. Die Tonangebenden unter ihnen bedienen dieses System, geben der Politik die Themen vor, ohne zu vergessen, daß vor der Würde des Menschen allemal die Marktfähigkeit der Schlagzeile rangiert. Wir selbst haben demokratische Maßstäbe eingebüßt. Hat je eine unterlegene Fußballmannschaft demokratisch über das Schicksal ihres Trainers entschieden? Die Würfel fallen allein im engen Kreis von Präsidenten oder Inhabern der Klubs. „Versager“ werden Opfer einer beispiellosen Treibjagd. Diese legale Hatz hat bereits Abgeordnete in den Tod getrieben. Beim großen Geld

Gemach! Eine Reform der „Folter-Konvention“ ist „in Vorbereitung“. Es sollen nur noch solche Qualen „zugelassen“ werden, die „keine bleibenden gesundheitlichen Schäden“ hinterlassen. Damit ist der Weg frei zu den mittelalterlichen Daumenschrauben, denn ohne Daumen kann der Mensch nachweislich „gesund leben“.

Bei der Presse gibt es immerhin einen – wenn auch quantitativ schwachen – Arm, den man als demokratisch bezeichnen könnte; bei Diensten und Militärs bestehen nicht einmal Ansätze. Selbst das „Engagement“ für „freedom and democracy“ bedarf der Geheimhaltung. Hin und wie-

So überflüssig wie der Lachs nach dem Ablachen Der Wähler als Statist

und in der großen Politik gibt es keine Demokratie, keine Menschenwürde, keine Menschenrechte. Wer wagt es, dieses Land als Demokratie darzustellen?

Als Negation der Rechenschaftspflicht wurde der verlogene Begriff der „Informationspflicht“ erfunden. Mit herzerreißenden – nicht selten „nachgestellten“ – Bildern. Eine Taschenlampe in Saddams Mundhöhle erhellt nichts, hat nicht den geringsten Informationswert. So erhält der Begriff „Pressefreiheit“ unter der Fuchtel der „Bewußtseinsindustrie“ einen faden Beigeschmack. Geblieben ist eine „Demokratie der Leserbriefe“, wobei ausdrücklich erklärt wird: „Beiträge in dieser Rubrik sind keine redaktionellen Meinungsäußerungen.“ Es wäre ein Kardinalfehler, solche Erscheinungen als Mißbildung einer an sich demokratischen Gesellschaft zu betrachten. Elemente von Demokratie bleiben Rarität. Denn vorgespiegelte „Pressefreiheit“ ist eine der tragenden Säulen dieser verlogenen Gesellschaft.

Als weiterer Eckpfeiler des Systems bleiben noch „die Dienste“ – international verflochten – als einer der wertvollsten Dienstleister für die Exekutive. Was ist daran demokratisch? Ein Kenner der Szene, Oberst a. D. Klaus Eichner, Analytiker in der HVA des MfS, zeichnete in der „jungen Welt“ ein lückenloses Bild von solchen geheimen Aktivitäten imperialistischer Dienste. Ein Abgrund – eine Dachorganisation für die „Menschenrechtsaktivisten“ des Oligarchen Boris Beresowski, „Transporte“, die Menschen wie Stockfisch zur Folterung in andere Kontinente verbringen. Guantánamo ist die Hölle auf Erden.

der werden „Leute und Geld“ für „Schutzfunktionen in ungefährlichen Regionen“ nachgefordert – was zwar nicht vom Volk, mit Sicherheit aber von einer Mehrheit der „Volksvertreter“ abgenickt wird. Tägliche „Demokratie“ eben!

Aus den Kasematten der Dienste zu den lichten Kommandohöhen „der Wirtschaft“. Nur Leute mit Durchblick können da Klarheit schaffen. Das Bild ist nicht weniger undurchsichtig als bei den „Diensten“. Dabei geht es letztlich nicht um eine „Schere zwischen Arm und Reich“. In Wirklichkeit steht die Existenz ganzer Generationen auf dem Spiel, das Schicksal von Regionen, ja Kontinenten.

Jean Ziegler, Sonderberichterstatter der UNO-Menschenrechtskommission, äußert in seinem 2005 erschienenen Buch „Imperium der Schande“: „Sie haben mehr Macht, als je ein Kaiser besaß.“ Die Wirtschafts- und Finanzoligarchie verfügt vom Olymp ihrer Billionen – Göttern gleich – über das Schicksal unserer Erde. Die Deregulierungsapostel sind nur ihre Agenten. Gewiß, auch diese zerstörerischen Verhältnisse haben eine „Ordnung“; eine totalitäre, keine demokratische. Nicht zufällig sind die USA als die große Vorzeigedemokratie Bankier und Weltgarden zugleich.

Das Fazit: Die drei tragenden Säulen dieser Gesellschaft sind also die Medien – der Öffentlichkeit nicht rechenschaftspflichtig (Thierse), die „Dienste“ (praktisch nicht rechenschaftspflichtig), „die freie Wirtschaft“ (ebenfalls nicht rechenschaftspflichtig). Verbiestet es sich da nicht aus Anstandsgründen, dieses Konstrukt als Demokratie zu bezeichnen?

Walter Ruge

Diskussionsangebot der KP Böhmens und Mährens

Sozialismus für das 21. Jahrhundert

Bei der Prognostizierung der künftigen Gesellschaft gehen wir sowohl vom Vermächtnis der Klassiker des Marxismus als auch von der Analyse des gegenwärtigen Kapitalismus sowie den während des Aufbaus der ersten Form des Sozialismus gesammelten Erfahrungen aus. Diese Form hatte ihre positiven Seiten, insbesondere in Gestalt der extensiven ökonomischen Entwicklung und im sozialen Bereich, sie war jedoch auch mit Mängeln behaftet.

Der gegenwärtige Stand der Produktivkräfte macht es möglich, sich eine Vorstellung von der künftigen materiellen Basis des Sozialismus zu machen. Die wissenschaftlich-technische Revolution (WTR) in den wirtschaftlich entwickelten Ländern hat die traditionelle technische Basis der industriellen Phase des Kapitalismus zerstört, die frühere Arbeitsteilung durchbrochen und die Anforderungen an die Leistungsfähigkeit und Qualifikation der Arbeitskraft verändert. Die derzeitige materiell-technische Basis ist ausreichend dafür, den Sozialismus auf die Tagesordnung zu setzen. Es kommt zur Intellektualisierung der Arbeit und des Verbrauchs, zu einem Wachstum der Arbeitsproduktivität, zur Verringerung der Anzahl von Arbeitskräften in der Produktion und zu deren Zunahme in Dienstleistungsbereichen, im Bereich von Bildung und Wissenschaft, zur Verkürzung der Arbeitszeit und zur Zunahme der Freizeit.

Im Bereich der ökonomischen Beziehungen werden vom Kapitalismus einige Gebiete und Bestandteile übernommen, die betriebswirtschaftlichen Charakter haben und das laufende Funktionieren der Ökonomie sichern (Organisation und Methoden der Leitungstätigkeit, Handels- und Finanzsystem, Arbeitsdisziplin, Entlohnung usw.). Die sozialistische Wirtschaft lehnt nicht alles ab, was in der kapitalistischen Wirtschaft existierte, sondern nutzt alles, was sich nutzen läßt, allerdings bei Abschaffung der kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse.

In den Eigentumsbeziehungen wird die Ausbeutung überwunden und die Vergesellschaftung der Arbeit vertieft. Die Marktbeziehungen, die ökonomische Leitungstätigkeit und Elemente der Wirtschaftsdemokratie verhelfen dazu, die Unvollkommenheit der Vergesellschaftung und die für das frühere System charakteristische Bürokratisierung zu überwinden. Die verschiedenen Formen der Produktionstätigkeit und der Bereitstellung von Leistungen machen differenzierte Eigentumsformen, deren Pluralität, erforderlich.

Die Herausbildung von gesellschaftlichem Eigentum bedeutet nicht Verstaatlichung, sondern die Veränderung des gesamten Systems ökonomischer Beziehungen, die Elemente der planmäßigen Regulierung, der Steuerpolitik, der Handelspolitik

usw. beinhalten, in deren Gefolge sich kapitalistisches Eigentum in staatliches und genossenschaftliches Eigentum, in Eigentum von Beschäftigten, Eigentum von Regionen und Gemeindegut verwandeln, bei dem die Eigentümerrechte der Beschäftigten als Miteigentümer immer weiter zunehmen. Alle Veränderungen werden in die Entstehung großer übernationaler Komplexe einmünden, die in der Lage sind, kapitalistische Großunternehmen aufzukaufen und im Wettbewerb auch zu überwinden. Neben solchen Komplexen werden auch in Privateigentum befindliche Mittel- und Kleinbetriebe tätig sein, die sich dem freien Wettbewerb stellen. Die sozialistische Wirtschaft wird eine geplante Marktwirtschaft sein, in der sich der Plan nicht etwa über administrative Direktiven, sondern mit Hilfe ökonomischer Hebel durchsetzt, wobei die Wachstumsindikatoren durch Indikatoren des Wachstums der Lebensqualität ersetzt werden. Die wirtschaftliche Entwicklung wird es der absoluten Mehrheit der Bevölkerung erlauben, ihren Grundbedarf zufriedenstellend zu decken. Sie lenkt deren Aufmerksamkeit auf andere Lebensziele als auf die weitere Zunahme des materiellen Verbrauchs, nämlich auf eine höhere Lebensqualität.

Nach Beseitigung des Monopols des kapitalistischen Privateigentums wird es möglich sein:

gleiches Recht auf Arbeit für alle zu sichern; allen die Vergütung der Arbeit nach Leistung zu gewähren, allen das gleiche Recht auf Bildung, Gesundheit und auf die weitere Kultivierung der Persönlichkeit zu bieten; soziale Sicherheiten für alle Werktätigen und würdige Lebensbedingungen zu gewährleisten.

Unter diesen Bedingungen verschwinden die Klassen mit unvereinbaren Interessen, die Angehörigen aller Klassen werden in die neuen gesellschaftlichen Beziehungen einbezogen und sich auf das gesamtgesellschaftliche Interesse einstellen. Damit verschwinden natürlich nicht die Widersprüche zwischen den einzelnen gesellschaftlichen Gruppen, aber diese Widersprüche werden in weniger konfliktgeladenen und dramatischen

Formen ausgetragen. Daraus ergibt sich die Unvermeidlichkeit der Pluralität des politischen Spektrums, die an die Stelle des Monopols einer Partei tritt.

Die staatliche Organisation bleibt noch auf lange Zeit erhalten. Ihre Funktionen werden sich jedoch in Richtung der Verstärkung wirtschaftlich-organisatorischer und kulturell-erzieherischer Elemente verändern, die Macht- und Unterdrückungsfunktionen werden im Gegensatz dazu nachlassen. Eine Reihe staatlicher Funktionen werden von nicht-staatlichen, nicht profitorientierten Organisationen ausgeübt, es verwischen sich die scharfen Grenzen zwischen den politischen Parteien und den übrigen Typen gesellschaftlicher Organisationen.

Diese ganze Entwicklung wird ihren aktiven Niederschlag im Bewußtsein der Menschen finden, in der Herausbildung von sozialistischem Denken, Werten, Rechts- und Moralnormen. Die Ideologie als gesonderte Dimension des geistigen Lebens wird unterschiedliche Interessen integrieren und zur Annäherung von Klassen, Gruppen und Individuen beitragen. Auf der Skala gesellschaftlicher Werte verlieren der Profit, der Drang nach Eigentum, nach Maximalisierung des Verbrauchs von Sachen und Diensten ihre bevorzugte Stellung. Zum höchsten Wert wird der Wert von Freiheit, Freizeit und Kultivierung der menschlichen Beziehungen als auch der Beziehungen des Menschen zu Natur und Umwelt. Für den Sozialismus wird eine breite Entfaltung von Kultur jeglicher Art und Formen unter Respektierung von schöpferischer Freiheit, aber mit dem Gefühl gemeinsamer Verantwortung für die ganze Gesellschaft charakteristisch. Es verstärkt sich die Rolle von Wissenschaft und wissenschaftlicher Erkenntnis und Information frei von Manipulation.

Dieser Prozeß der Entwicklung hin zum Sozialismus wird auch seine internationalen Zusammenhänge haben, er kann nur in einem großen übernationalen Rahmen gelingen. Er macht das koordinierte Handeln der internationalen Linken und der kommunistischen Bewegung erforderlich. Es geht um gemeinsame und einander ergänzende Prozesse der Evolution und Revolution, verknüpft mit einem demokratischen Weg der Durchführung.

Die unterschiedlichen Startpositionen und die verschiedenen unmittelbaren Ziele der revolutionären Bewegungen in den einzelnen Ländern und deren Zusammenhänge machen unterschiedliche revolutionäre Herangehensweisen erforderlich. Die Unterschiedlichkeit und Vielfalt, das Beachten der Eigenheiten und spezifischen Bedingungen bei der Durchsetzung der gleichen allgemeinen Grundsätze sind eine unersetzliche Inspiration und Garantie für die ständige Weiterentwicklung sozialistischen Denkens.

Übersetzung: Dr. Hans Lindemann

RF-Chefredakteur

Dr. Klaus Steiniger spricht am
7. März um 16 Uhr in Greifswald,
Club der Volkssolidarität,
Kapaunstraße 10, über das Thema

Wie steht es um die revolutionäre Weltbewegung?

Einlader: „RotFuchs“-Lesergruppe

NATO-Estland feiert SS-Henker als „Freiheitskämpfer“

Die Enkel der „Waldbrüder“

Estland hatte sich als einziges baltisches Land bis 1920 an der imperialistischen Intervention gegen Sowjetrußland beteiligt. Das bürgerliche, seit 1934 dann faschistische Estland war der höchstentwickelte Baltenstaat mit einer besonders starken Kleinbürgerschicht und einer wohlhabenden Bourgeoisie. In keiner anderen Ostseerepublik waren Antikommunismus und Antisowjetismus ausgeprägter als hier. Daher hatten die Linken nach der Wiedererrichtung der Sowjetmacht im Juni 1940 erhebliche Probleme. Schon im Herbst d. J. entstanden erste konterrevolutionäre Kampfverbände, die sich „Waldbrüder“ nannten. Sie bereiteten den bewaffneten Aufstand vor und nahmen Kontakt zu deutschen Vertretungen auf. Die Sowjetmacht sah sich am Vorabend des faschistischen Überfalls auf die UdSSR gezwungen, über 10 000 Angehörige der ehemals herrschenden Klassen und deren politischen Anhang nach Osten deportieren.

Mit dem Überfall der Nazis widersetzten sich 1941 etwa 30 000 Jugendliche der Einberufung zur Roten Armee, flohen in die Wälder und verstärkten dort die „Waldbrüder“, die heute als „Partisanen“ ausgegeben werden. Diese griffen sowjetische Einheiten an, ermordeten Anhänger der estnischen Volksmacht und stellten in den „befreiten Ortschaften“ die alten Verhältnisse wieder her. Die UdSSR bewaffnete ihre Anhänger und nahm den Kampf mit den weißen Banditen auf. Die kommunistischen Verbände konnten bei einem zweitägigen Gefecht weit von Kautla eine „Waldbrüder“-Gruppierung vernichten. An anderer Stelle kämpften etwa 2000 dieser estnischen Faschisten im sogenannten Tartu-Bataillon an der Seite der Wehrmacht gegen die Rote Armee. „Waldbrüder“ waren auch an der Einnahme von Tallin am 28. August beteiligt und hielten blutige Abrechnung unter den gefangenen 12 000 Rotarmisten und Zivilisten. Zu den Opfern gehörte auch der Führer der estnischen Kommunisten Karl Sarä, dessen Spur sich hier verliert.

Ein Großteil der Esten begrüßte den deutschen Einmarsch. Der letzte bürgerliche Premier Jüri Uluots versammelte am 29. Juli die 1940 entmachteten Vertreter der großen Parteien. Er wandte sich zugleich an Berlin mit der Bitte, ein „unabhängiges Estland“ wiederzuerichten. Uluots bot „Zusammenarbeit im Kampf gegen den Kommunismus“ an.

All das wird im heutigen Estland bewußt heruntergespielt oder verschwiegen, weil sich die „demokratischen Parteien“ des „freien Estlands“ damals als Kollaborateure der Nazis erwiesen hatten. Sie waren somit auch Feinde der sich herausbildenden Antihitlerkoaliti-

on, ihre Bestrafung nach dem Völkerrecht – später durch die sowjetischen Organe vollzogen – entsprechend legitimiert. Daß Hitler mit Estland andere Pläne hatte, ändert nichts daran.

Estland wurde „Generalkommissariat“ und unterstand dem Reichsministerium für die besetzten Ostgebiete. Nur auf unterer Ebene wurde eine „Estnische Selbstverwaltung“ genehmigt, die der Propagandachef der einheimischen Faschisten Hjalmar Mäe leitete. Das Zusammenspiel betraf nicht nur diese Organe, die aktive Teilnahme am Terror und die Zuarbeit für den Sicherheitsdienst der SS. Schon im August 1941 wurde die faschistische Freiwilligenorganisation „Omakaitse“ mit deutscher Billigung geschaffen, zu der sich 40 000 Esten meldeten. Sie bewachte alle 20 Konzentrationslager und machte Jagd auf Linke und sowjetische Partisanen. Die estnischen Faschisten hatten weitaus mehr Leute unter Waffen als die 1938 rund 16 000 Mann zählende Estnische Armee. Aus den Reihen der „Waldbrüder“ wurden allein 12 000 Totschläger in sechs Polizeibataillonen und 10 sogenannten Ost-Bataillonen zusammengefaßt. Sie wüteten in den besetzten Teilen der Sowjetunion. Im August 1942 wurde die estnische Waffen SS-Legion aufgestellt, zu der sich bis 1943 etwa 2000 Esten meldeten. Sie bildeten noch im gleichen Jahr die 3. Estnische Freiwillige SS-Brigade. Diese kam gegen die Rote Armee in der Ukraine zum Einsatz. Als wegen der hohen Verluste die Mäe-Administration Einberufungen vornahm, floh ein Teil der Jugendlichen nach Finnland, wo sie im 200. Estnischen Infanterieregiment zusammengefaßt wurden und bis 1944 gegen die Rote Armee kämpften.

1943 wurde nach dem Vorbild der Hitler-Jugend die faschistische Organisation „Junge Esten“ gebildet, die sich auf den

Einsatz an der Seite der Wehrmacht vorbereitete. Anfang 1944 faßte Himmler sämtliche bisherigen estnischen Formationen (20 000 Mann) in der 20. Estnischen SS-Division zusammen. Der Mäe-Administration gelang es darüber hinaus, aus 38 000 mobilisierten Esten sieben Grenzregimenter gegen die heranrückenden sowjetischen Truppen aufzustellen. Hierzu bestand Konsens unter allen estnischen (auch „demokratischen“) politischen Kräften. Am Vorabend der Befreiung formierte wiederum Uluots eine Regierung, die Neutralität verkündete und deutsche wie sowjetische Einheiten aufforderte, das Land zu verlassen. Doch dieser an Lächerlichkeit grenzende Akt konnte die Wiedererrichtung der estnischen Sowjetmacht nicht mehr aufhalten. Am 22. September zog die Rote Armee, in ihren Reihen das 8. Estnische Schützenkorps, in Tallin ein. Zwei Monate später war ganz Estland befreit.

Die estnische Rechte hatte als Verbündeter der Nazis gehandelt und sich an Kriegsverbrechen aktiv beteiligt. In den estnischen Konzentrationslagern starben 64 000 sowjetische Kriegsgefangene und 61 000 Juden aus Westeuropa. Sämtliche in Estland verbliebenen eigenen 2000 Juden wurden ermordet. Estland war daher schon zur Wannsee-Konferenz 1942 – wie Eichmann das nannte – „judenfrei“. Etwa 5000 Anhänger der Sowjetmacht wurden umgebracht. Rund 80 000 Esten, die mit den Deutschen zusammengearbeitet oder sich anderweitig schuldig gemacht hatten, aber auch Antikommunisten anderer Art, verließen nach der Befreiung das Land in Richtung Westen.

Die estnischen SS-Leute wurden 1945 in der Tschechoslowakei aufgerieben. Wer nicht entkommen konnte, wurde den sowjetischen Organen zugeführt. Die estnische Sowjetmacht verhaftete, verurteilte und deportierte in den Jahren 1944/45 etwa 10 000 estnische Faschisten und andere Feinde der Sowjetmacht. Todesurteile waren selten. Nichtsdestotrotz setzten versprengte deutsche und estnische Faschisten (ebenfalls etwa 10 000 Mann) in Erwartung eines Dritten Weltkrieges ihren Widerstand fort, wobei sie auf dem Seeweg noch lange von den Nazis versorgt wurden. Später übernahmen westliche Geheimdienste diese Aufgabe. Erst 1952 konnten die estnischen Wälder endgültig von diesen Banden gesäubert werden. Heute gelten die Faschisten und Kriegsverbrecher von einst im „demokratischen Estland“ als Freiheitskämpfer gegen eine angebliche sowjetische Besatzung, während die Denkmäler für Rotarmisten systematisch geschleift werden.



Die Panzer der Roten Armee brachten auch den Esten die Befreiung vom Faschismus.

Dr. Bernhard Majorow

Tibet-Entdeckungsreise einer „getarnten“ ND-Reporterin stößt auf Protest Abgegriffene Klischees

Daß sich auch die „linke“ unter den großen deutschen Tageszeitungen in den Chor der antichinesischen Berichterstatte einreihet – wen wundert das noch? Journalisten des nach eigenen Angaben sozialistischen Blattes reisen, „getarnt“ als Touristen, nach Tibet und werden dabei – selbstverständlich – überwacht. Beweis: Der Laptop-Akku eines Reporters war am Morgen noch fast voll, am Abend dann fast leer. Wie ist das mit dem berühmten Glas Wein? Der eine meint, es sei halbvoll, der andere sieht es halbleer. Im Glas ist aber für den einen wie für den anderen genausoviel Wein ...

Um, wie in dem ND-Artikel Heidi Diehls geschehen, alte Klischees zum wer weiß wievieltausend Male zu bedienen, hätte sich die Autorin nicht zu einer getarnten Reise nach Tibet aufmachen müssen und viel Geld sparen können. Lediglich aus einer Randbemerkung erfährt der Leser auf immerhin einer ganzen Zeitungsseite, daß es den Menschen dort heute deutlich besser geht als vor 50 Jahren. Bildungschancen – wer hatte die damals schon?

Leute, die dem Dalai Lama huldigen, begeistern sich für eine Theokratie. Eigentlich undenkbar, daß moderne Westeuropäer einem Staat, der allein durch Klöster und Mönche die Gesellschaft kontrolliert, das Wort reden. Das „Mullah-Regime“ in Iran, die Islamisierung des Nahen Ostens werden nach Strich und Faden verdammt, aber in Tibet sollen alte Herrschaftsstrukturen wiederhergestellt werden. Ein Unding!

Selten habe ich im ND, das ich seit über 40 Jahren lese, einen so gehässigen Beitrag gefunden wie den zu Tibet am 2. Januar. Die als Touristin „getarnte“ Frau Diehl hätte gut daran getan, dem ND-Leser eine sachliche Darstellung der Verhältnisse in diesem Hochgebirgsareal zu bieten und nicht – wie mir scheint – die Äußerungen des tibetischen und des chinesischen Dolmetschers in der Art von Kaffeersatzleserei zu deuten.

Auch wenn man kritisch an die Entwicklung Tibets in den vergangenen Jahrzehnten herangeht, sollte man nicht nur mit einem kurzen Schlenker die Abschaffung der Sklaverei erwähnen, sondern die äußerst brutalen Verhältnisse darstellen, in denen die Mehrzahl der Tibeter zu leben gezwungen war. Insofern erwiesen sich die Reformen, auf die der tibetische Adel 1959 mit einem heftigen Aufstand reagierte, durchaus als Befreiung vom Feudalismus.

Ich sehe es als sehr positiv an, daß sich die Industrie zu entwickeln vermochte und daß die Kinder Tibets heute zur Schule gehen können. Der Bau einer direkten Eisenbahnlinie ist ein wichtiger Beitrag zur Entwicklung dieser ressourcenreichen

Ein Unding ist auch, daß dieses Territorium im ND als „Land“ bezeichnet werden darf. Tibet ist bekanntlich eine Autonome Region der Volksrepublik China! Mindestens seit der Tang-Dynastie gehört das Gebiet zum chinesischen Reich. Daß es Bestandteil der von Sun Yat-sen nach der Qinghai-Revolution gegründeten Republik China war, wird wohl niemand bestreiten. Nach 1945 fand in China ein Bürgerkrieg statt, in dem sich die Guomindang unter Tschiang Kai-shek und die Kommunistische Partei unter Mao Zedong als Kontrahenten gegenüberstanden. Gesiegt haben die Kommunisten. Und Teil dieses Sieges war die Befreiung Tibets. Wer also behauptet, Tibet sei von den Chinesen unterworfen beziehungsweise besetzt worden, müßte dann nach aller Logik auch sagen, ganz China sei von der KP okkupiert.

Es stimmt, daß in Tibet Klöster zerstört worden sind. Doch nicht nur dort, sondern überall in China fielen während der „Kulturrevolution“ Klöster, Tempel und andere Kulturstätten den wütenden „Roten Garden“ zum Opfer. Das ist nicht zu rechtfertigen. Aber es war eben auch nicht eine allein auf Tibet ausgerichtete Bewegung.

Wenn die „geheime“ ND-Berichterstatterin beklagt, Lhasa, die tibetische Hauptstadt, verwandle sich in eine moderne Stadt wie jede andere auch, dann hat sie eines nicht begriffen: In Asien (nicht nur in China) wird Fortschritt eng mit moderner Architektur verbunden. Altes zu

erhalten, Häuser ohne jeglichen Komfort etwa, ist im Verständnis vieler Asiaten mit Voranschreiten unvereinbar. Das mag uns gefallen oder nicht. China, Tibet und ganz Asien können eben nicht durch die europäische Brille betrachtet werden. In der gesamten Volksrepublik geht es darum, den Menschen ein besseres Leben zu ermöglichen. Und gerade das ist in den vergangenen 30 Jahren auf beeindruckende Weise gelungen. Heidi Diehl dürfte auch in Tibet niemanden getroffen haben, der sich in die Sklaverei zurückversetzt sehen möchte. Übrigens hat eine vor gut einem Jahr im Magazin „Oriental Outlook“ veröffentlichte Umfrage zum Lebensgefühl der Menschen in Chinas Provinzhauptstädten ergeben, daß die glücklichsten Menschen in Lhasa leben. Unter anderem deshalb, weil dort die Alltagsbedingungen stimmen, die Luft sauber ist, die lokalen Behörden sich für die Belange der Einwohner einsetzen, Möglichkeiten bestehen, gutes Geld zu verdienen und Geschäften nachzugehen. Die Qinghai-Tibet-Eisenbahn hat in Lhasa „Goldgräberstimmung“ aufkommen lassen, und das im positiven Sinne. Tourismus ist eine der wichtigsten Einnahmequellen.

Aber das werden Journalisten von der Beschaffenheit der „getarnten“ ND-Sonderkorrespondentin wohl auch nur als „kommunistische Propaganda aus Peking“ abtun.

Peter Tichauer jr., derzeit Beijing

Kaffeersatzleserei

Region. Auch in anderen Teilen der Welt dienen Verkehrsmittel dem Transport von Rohstoffen! Wenn ich richtig informiert bin, kommen diese auch nach Deutschland aus anderen Ländern, was bedeutet, daß sie – in den Worten von Frau Diehl – „herausgeschafft“ werden.

Ich frage mich bloß, warum die Autorin des ND-Artikels nicht selbst auf altgermanischen Bärenfellen sitzt, wenn sie in Tibet das Leben der Nomaden so anheimelnd findet. Sicher ist es unerfreulich, daß – wie hierzulande – nun auch in Tibets Hauptstadt Vergnügungsviertel mit schrillen Leuchtreklamen, Karaoke-Bars usw. entstanden sind. Aber kann man deshalb auch von einem „kulturellen Genozid“ sprechen? Tun wir das bei uns? Gibt es Frau Diehl nicht zu denken, daß die einfache tibetische Bäuerin mit ihrem Leben zufrieden ist und auf die Schulbildung der Töchter und ihr neues Haus verweist? Ich hätte mir in dem Artikel schon ein bißchen mehr solide Informationen über das normale Leben in Tibet gewünscht. Als ich die Region 1979 (nicht „getarnt“) als

Journalistin besuchte – nicht allein Lhasa, sondern auch Klöster im Lande bzw. Viehzuchtbrigaden – habe ich es geschafft, etwas über die Daseinsbedingungen der Menschen zu erfahren. Auch der Besuch im Potala-Palast hinterließ bei mir tiefe Eindrücke. Auf dem einstigen Schreibtisch des Dalai Lama stand übrigens eine aus einem Menschenschädel gefertigte Tischlampe. **Dr. Anne-Katrin Becker**

Am 17. Februar starb der ehemalige Chef der DDR-Grenztruppen,

**Generaloberst a. D.
Klaus-Dieter Baumgarten**

nach schwerer Krankheit.

Wir trauern um das Mitglied des RF-Fördervereins und drücken seiner Frau Hannelore unser aufrichtiges Beileid aus.

Bundeswehr und BRD-Rüstungslobby kommandieren in Chiles Armee herum

Der „Pickelhaubeneffekt“

Die traditionelle Verbundenheit zwischen dem deutschen und dem chilenischen Militär geht auf den preußischen Offizier Emil Körner zurück, der sich 1885 auf Befehl seines Kaisers dem Heer der Andenrepublik als Lehrer und Ausbilder zur Verfügung stellte. Die von ihm eingeführten Befehlsstrukturen, das Exerzierreglement, die Uniformen, ebenso die Marschmusik, ja sogar die Militärunterwäsche sind bis heute kaum verändert. Die Paradeuniformen der Kadetten, mit Pickelhaube, entsprechen noch genau diesen Maßstäben. Generationen von Ausbildern erzogen und formten die chilenischen Landstreitkräfte mit preußisch-deutschem Drill.

Die Ausbildung war jedoch nur die eine Seite. Vor der Öffentlichkeit meist verborgen, wurde der Kauf von Mausergewehren, Geschützen und anderem Material aus deutschen Waffenschmieden abgewickelt. Die Ausbilder waren lediglich Marktöffner für die Rüstungsindustrie. Unterbrochen wurden diese Beziehungen nur durch die beiden Weltkriege. Sie sind danach aber sofort wieder angeknüpft worden. Übrigens entstammen viele chilenische Offiziere deutschen Einwandererfamilien.

Während der 1973 errichteten Diktatur Augusto Pinochets wurde das Wirtschaftsmodell der Chicago Boys um Prof. Friedman in Chile etabliert. Die Militärs nutzten ihre Chance zur Modernisierung der Armee. Per Gesetz wurde festgeschrieben, daß ihr 10 Prozent der Einnahmen aus dem Kupferexport zufließen sollten. So kaufte Chile in den 80er Jahren über Spanien moderne Mirage-Kampfflugzeuge sowie Fregatten und Panzer vom Typ Leopard 1 aus der BRD. Zugleich erfolgte die Ausbildung hoher chilenischer Offiziere an den Führungsakademien der Bundeswehr.

In der Ära Pinochets erlebte Chile eine nie dagewesene Militarisation des öffentlichen Lebens. Als Vorwand diente die angebliche Bedrohung durch die Nachbarn Argentinien, Bolivien und Peru. Ungeklärte Grenzkonflikte dienten zeitweise zur Entfesselung einer maßlosen Kriegshysterie.

Im März 2006 orderte Chile 118 Panzer vom Typ Leopard 2 bei der Firma Krauss Maffei Wegmann – ein gewichtiger Beitrag dazu, daß Deutschland mit 7,7 Milliarden Euro Europameister im Waffenhandel werden konnte. In offiziellen Verlautbarungen hört man wenig davon. Selbst BND-Außenminister Frank Steinmeier klammerte dieses The-

ma wohlweislich aus, als er Chile im Mai 2006 besuchte.

Der deutsche Militärattaché in Chile, Oberstleutnant Lothar Likus, wurde allerdings etwas deutlicher: „Wird der militärische Erfahrungsaustausch als ein Gradmesser für die politischen Beziehungen zwischen zwei Ländern herangezogen, dann ist die Tendenz im Falle Deutschlands und Chiles klar steigend.“ Man könne „von einer deutlichen Annäherung sprechen. Durch das Panzerprojekt hat Chile von allen Staaten weltweit zur Zeit die meisten Militärangehörigen zu Fortbildungsmaßnahmen nach Deutschland entsandt“. Allein 200 chilenische Tankisten werden bis Ende 2008 in Deutschland bei unterschiedlichen Lehrgängen mit dem Know-how der Leopards vertraut gemacht. „Das ist derzeit unser größtes gemeinsames Projekt und längst nicht das einzige!“, prahlte Likus. „Chile ist ebenso wie Deutschland dabei, seine (militärischen, d. A.) Strukturen auf Friedensmissionen der Vereinten Nationen auszurichten, so wie es das bereits in Haiti unter Beweis gestellt hat.“

Für diesen besonderen Dienst gehen chilenische Offiziere ins bayrische Hammelburg, um sich dort im UN-Ausbildungszentrum schulen zu lassen.

Insgesamt 22 deutsch-chilenische Austauschprogramme und gegenseitig beschickte Lehrgänge werden gegenwärtig realisiert. Dazu gehören auch höhere Führungs- bzw. Generalstabslehrgänge in Deutschland, die auf ein Jahr angelegt sind. Umgekehrt waren deutsche Marinesoldaten auf chilenischen Schiffen bereits in der Antarktis und Heeresangehörige in der Atacama-Wüste, um sich mit schwierigem Terrain vertraut zu machen. „Verteidigungs“minister Jung sprach von

der „Entwicklung einer gemeinsamen Strategie bei internationalen Einsätzen“. Wie bereits gesagt, besitzt die militärische Kooperation Deutschlands mit Chile seit den Tagen des Generals Körner eine lange Tradition. Likus nennt dies den „Pickelhaubeneffekt“.

Am 14. November 2007 wurden die ersten Leopard 2A4 an die chilenischen Streitkräfte übergeben. Das Land ist damit erster Nutzer in Südamerika und will bis zum Jahr 2010 drei Bataillone mit 300 Leopard-Panzern ausrüsten.

Der Kauf ist Teil eines umfassenden Modernisierungsprogramms. Zwei Fregatten und 18 Jagdbomber F 16 aus Holland wurden bereits angeschafft. Mit weiteren Bestellungen und dem Ersatz älteren Materials wird Chile bis 2010 über die modernsten und schlagkräftigsten Streitkräfte in der Region verfügen.

Hat Santiago auf dem Subkontinent etwa auch schon „Schurkenstaaten“ ausgemacht und im Visier? Tatsache ist, daß der Leopard 2A4 eine für die konventionelle Kriegführung gegen feindliche Panzer und Kampfhubschrauber konzipierte hocheffektive Angriffswaffe ist. Hingegen taugt er weder dazu, „terroristische Bedrohungen“ abzuwehren noch den internationalen Drogenhandel zu bekämpfen oder die Seewege für den Welthandel sicherer zu machen.

Die DDR hat der Unidad-Popular-Regierung Salvador Allendes seinerzeit zur Entwicklung der chilenischen Landwirtschaft einige hundert Traktoren vom Typ ZT 300 mit den dazugehörenden Anhängengeräten auf der Basis eines langfristigen Kredits über 10 Mio. US-Dollar geliefert. Ein bundesdeutscher Leopard-2-Panzer kostet als Gesamtsystem ebenfalls etwa 10 Millionen. Man sieht, wozu die heutige

chilenische Regierung einen Großteil der reichlich sprudelnden Einkünfte aus dem Export von Kupfer und anderen Rohstoffen einsetzt. Weder für Volksbildungszwecke noch im Gesundheitswesen, weder in sozialen Bereichen, in der Landwirtschaft noch für die verelendeten Ureinwohner, die Mapuches. Das verdeutlicht die engen Grenzen, die der als „linksorientiert“ geltenden Präsidentin Bachelet angesichts des nach wie vor dominierenden Einflusses der chilenischen Militärs und der hinter ihnen stehenden Kapitalkreise gesetzt sind.

Der „Pickelhaubeneffekt“ wird also auch weiterhin die deutsch-chilenischen Beziehungen maßgeblich bestimmen. **Rudolf Herz**



Lula bei Castro
Unlängst stattete der brasilianische Präsident dem Führer der kubanischen Revolution einen Freundschaftsbesuch ab.

Gründungskongreß der Vereinigten Sozialistischen <Partei Venezuelas Patriotische Allianz im Gespräch

Ein Jahr nach Unterbreitung des von Präsident Chávez ausgehenden Vorschlags, eine Vereinigte Sozialistische Partei Venezuelas (PSUV) zu gründen, ist der Gedanke in die Tat umgesetzt worden. In dem in ein Geschichtsmuseum verwandelten alten Gefängnis San Carlos von Caracas, in das der heutige Präsident 1992 nach einer gescheiterten Truppenrebellion unter seiner Führung zu einer zweijährigen Haftzeit eingeliefert worden war, begann am 12. Januar der PSUV-Gründungskongreß. Hugo Chávez, der vor den 1676 Delegierten und in Anwesenheit von Gästen aus über 20 Ländern eine vierstündige Rede hielt, betonte, die Formierung der Partei sei erforderlich, um den „Bolivarischen Prozeß“ voranzutreiben. Auf die Abstimmungsniederlage beim Verfassungsreferendum verweisend stellte er fest, die Revolution bedürfe einer Führungskraft, „damit es nicht mehr zu einem 12. Dezember kommt“. Die PSUV werde das „kapitalistische Modell des bürgerlichen Staates“ umwälzen.

Chávez erneuerte seinen Ruf nach Bildung einer Patriotischen Allianz aller, die die Bolivarische Revolution unterstützen.

In diesem Zusammenhang zog er seine öffentliche Kritik an der Haltung der KP Venezuelas, die ein Aufgehen in der PSUV aus verständlichen Gründen abgelehnt hatte, ausdrücklich zurück und bot ihr statt dessen eine gleichberechtigte und kameradschaftliche Zusammenarbeit in der künftigen Allianz – einer Art Nationaler Front – an. „Viele ihrer Führer wurden unter den vorangegangenen Regierungen der Vierten Republik in diesem Gefängnis gefoltert“, stellte er fest.

Der Präsident erinnerte auch daran, daß das Jahr 2008 durch die 100. Wiederkehr des Beginns der USA-Herrschaft über Venezuela gekennzeichnet sei. Damals hätten die Vereinigten Staaten eine Intervention zum Sturz von Cipriano Castro unternommen, um der von ihm angeführten Revolution der Liberalen Restauration ein Ende zu bereiten.

Den Teilnehmern des PSUV-Kongresses, der zwei Monate dauern soll, um die Delegierten in die Lage zu versetzen, ihre Basisorganisationen zu informieren und mit ihnen zu beraten, wurden zwei Grundsatzdokumente übergeben. In ihnen geht es um Programmatik, Prinzipien,

Statuten und Strukturen der neuen Partei. Alle zwei Jahre sollen ein Nationalkomitee aus 281 Mitgliedern und eine von ihm zu berufende Ethik-Kommission für Parteikontrolle aus 7 Personen gewählt werden.

Im April und Mai 2007 hatten sich 5,7 Millionen Venezolaner als Bewerber für die PSUV eingetragen, was ihr wohl eher den Charakter einer Massenbewegung als einer Partei verleiht. In als „sozialistische Bataillone“ bezeichneten Versammlungen waren Grundfragen des venezolanischen Weges, der zum Sozialismus führen soll, beraten worden. Am 29. September wurden dann 14 368 Sprecher dieser Bataillone gewählt. Die Vertreter von jeweils sieben bis zehn Bataillonen wurden zu einem „Sozialistischen Abschnitt“ zusammengefaßt, der einen Delegierten zum Parteikongreß entsenden durfte. Nach dessen Abschluß wird die PSUV ihre Kandidaten für die Bürgermeister- und Gouverneurswahlen im Oktober aufstellen.

**R. F., gestützt auf
Venezuelanalysis, Caracas**

Ein sozialer Konflikt wird als Stammesfehde ausgegeben Warum in Kenia Blut fließt

Die Fälschung des Ergebnisses der Präsidentschaftswahl vom 27. Dezember 2007 hat im ostafrikanischen Staat Kenia zu erheblichem Blutvergießen geführt. Eine Viertelmillion Menschen suchte den Unruhen sowie den Ausschreitungen von Polizei und Militär durch die Flucht zu entkommen. Bis Ende Januar gab es 800 Tote.

Der Konflikt eskalierte, nachdem der Vorsitzende der Zentralen Wahlkommission, der tags zuvor den amtierenden Präsidenten Mwai Kibaki zum Sieger erklärt hatte, öffentlich eingestehen mußte, er wisse nicht, wer tatsächlich an den Urnen gewonnen habe. Die Manipulation war offensichtlich geworden, nachdem die Anhänger des in den 60er Jahren an einer DDR-Hochschule zum Ingenieur ausgebildeten Oppositionsführers Raila Odinga bei den gleichzeitig abgehaltenen Parlamentswahlen 100 der 160 Sitze erobert hatten, während auf Kibakis Partie nur ganze 30 Mandate entfallen waren. 23 seiner Minister hatten bei der erdrutschartigen Verschiebung ihren Sitz verloren.

Die Wut der Massen über den eklatanten Wahlbetrug brach sich in gewaltigen Protesten Bahn. Kibaki ließ in die Menge schießen und die Armenviertel Nairobis stürmen. Denn das Odinga-Lager war nicht nur stammesmäßig, sondern vor

allem auch in der armen Bevölkerung der Vorstädte und vieler Dörfer gut verankert.

Bei den Zusammenstößen wurde auch der Palast des Großgrundbesitzers und früheren Präsidenten-Diktators Arap Moi in Brand gesteckt – und zwar durch Bauern seines eigenen Stammes. Das unterstreicht die Tatsache, daß es sich in Kenia vor allem um soziale Auseinandersetzungen, um einen Klassenkonflikt handelt.

Während die Medien des Imperialismus sofort die in Afrika sicher nicht zu unterschätzende ethnische Frage in den Vordergrund rückten, suchten auch Kenias Machthaber einmal mehr diese Karte zu spielen. Doch Zahlen widerlegen solche Manöver: Obwohl Odingas Stamm, die Luos, nur etwa 14 % der Bevölkerung Kenias ausmacht, stimmte bei den Präsidentschaftswahlen eine knappe Mehrheit aller Landesbürger für ihn.

Übrigens: Auf den Listen der Anwärter für das Parlament hatten sich Vertreter von 117 Parteien beworben. Die meisten dieser „Politiker“ waren reine Aushängeschilder für partikulare Interessen oder Clans.

Der bekannte kenianische Romanautor Ngugi Wa Thiongo erklärte vor der Abstimmung: „Ich gehöre keiner Partei an. Denn keine hat eine Vision von der Einheit der kleinen Bauern, der Arbeiter, der Ar-

beits- und Landlosen aller Regionen und Gemeinden des Landes. Von keiner wird anerkannt, daß Kenia wie ganz Afrika in Wahrheit nur zwei Stämme kennt: Die Besitzenden und die ohne Besitz.“

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel



**Grafik von Mankeu aus dem Buch
„Schwarze Weisheiten“**

Afghanistan hat im Verlauf seiner Geschichte nicht wenige Versuche anderer Staaten, sich das Land am Hindukusch zu unterwerfen, vereitelt. Jeder dieser Anläufe endete in Blut und Grausamkeiten. Stets holten sich die Angreifer die meisten Beulen. Auch Truppen der Sowjetunion, die auf Ersuchen der afghanischen Regierung im Land stationiert worden waren, erlitten eine Niederlage.

Dabei gibt es in der Geschichte Afghanistans mehr als genügend Beispiele, die zeigen, in was man sich einläßt, wenn man die Situation militärisch „befrieden“ will.

Einige Beispiele dafür:

1839 fielen britische Truppen in Afghanistan ein. Sofort begann der einheimische Widerstand. Es gelang den Briten nicht, ihre Ziele zu erreichen. 1841 kam es in Kabul zu einem Aufstand. Die Briten erlitten empfindliche Verluste, verloren ihre gesamte Artillerie, mußten Geiseln freigeben und die Hauptstadt räumen. Monate später eroberte ein britisch-indisches Kontingent erneut Kabul, zerstörte die Stadt und ging in kolonialer Manier mit grausamen Repressalien gegen die Bevölkerung vor. Unmittelbar danach kam es zu heftigem Aufbegehren der gesamten Einwohnerschaft. Nach drei Jahren verlustreicher und grausamer Kämpfe mußten die Engländer 1842 mit dem afghanischen Emir Frieden schließen. Ihr Ziel – die Eroberung und Kolonisierung des Landes,

Afghanistan ist nicht zu „befrieden“ Blutige Nasen

um es in eine strategische Ausgangsbasis gegen Rußland zu verwandeln – gaben sie nicht auf.

1879 mischte sich der britische Resident in Kabul selbstherrlich und von der „humanistischen Mission“ seines Landes überzeugt, in die inneren Angelegenheiten Afghanistans ein. Als Antwort darauf brach Anfang September desselben Jahres in Kabul ein Volksaufstand aus. Afghanisches Militär und die Bevölkerung erschlugen sämtliche Engländer, die sich dort aufhielten. Darüber hinaus bildeten sich im ganzen Land Abteilungen zum Kampf gegen die Briten. Erneut warf London starke Kräfte der englisch-indischen Armee nach Afghanistan. Der dortige Widerstand nahm abermals den Charakter eines Volksaufstandes an. Er wurde stärker und weitete sich immer mehr aus. Am Jahresende begann die Lage der Briten kritisch zu werden. Truppen ihrer Armee wurden in mehreren befestigten Städten eingeschlossen, an den Grenzen Indiens erhoben sich die noch unabhängigen afghanischen Stämme.

Im Sommer 1880 brachten afghanische Truppen den Engländern in der Schlacht bei Maiwand eine schwere Niederlage bei. Sie vernichteten eine komplette britisch-

indische Division. In der Folge dieses Desasters mußten die Briten Kandahar verlassen. Später besannen sie sich des erprobten Rezepts „Divide et impera!“ (Teile und herrsche). Sie zerstückelten Afghanistan und verwandelten es in drei Regionen. Die nördlichen Provinzen mit Kabul verwaltete Emir Ab dar-Rahman, Herat befand sich unter der Herrschaft Ajjub-Chans, und in Kandahar herrschten die Engländer direkt.

Der südliche Teil des Landes konnte von der Kolonialarmee niemals vollständig unter Kontrolle gebracht werden. Es ist jenes Gebiet, in dem es in den letzten Jahren – verglichen mit den anderen Provinzen – die größten Opfer unter den Angehörigen der imperialistischen „Friedenstruppe“ gab. Dort haben die Aufklärungstornados der Bundesluftwaffe im Kampf gegen die einstigen Freunde Bushs ganze Arbeit geleistet. Denn die Flugzeuge tragen Bewaffnung, um sich „im Falle eines gegnerischen Angriffs verteidigen zu können“. Wie lautet die Devise des 1350 gestifteten englischen Hosenbandordens? „Honi soit qui mal y pense“ – Ein Schelm, der Arges dabei denkt!

Stefan Kleemann, Potsdam

Wem diente der Mord an Benazir Bhutto in Pakistan? CIA-Verstrickung nicht auszuschließen

Am 27. Dezember 2007 wurde die pakistanische Präsidentschaftskandidatin Benazir Bhutto während einer Wahlkampfveranstaltung ermordet. Daraufhin verlegte man den Abstimmungstag vom 8. Januar auf den 18. Februar.

Schon lange ist Pakistan, das erst 1956 bei der religiös motivierten, aber kolonialistisch geplanten Teilung Indiens zum selbständigen Staat wurde, ein Pulverfaß. Von den USA gestützte und finanzierte Militärdiktaturen – dazwischen kurze Perioden einer stark eingeschränkten „bürgerlichen Demokratie“ mit gewählten Staats- und Regierungschefs – bestimmten die Szene. In den 70er Jahren war Zulfikar Ali Bhutto, der Vater Benazirs, ans Ruder gelangt. Er wurde 1977 durch die

Armee ausgeschaltet und später gehängt. Benazir Bhutto, die einen der mächtigsten und reichsten feudalen Clans des Landes repräsentiert, war zweimal Ministerpräsidentin (1988–1990 und 1993–1996). Wegen Korruption angeklagt, floh sie nach Großbritannien. Bhuttos Partei – die PPP – tritt aus populistischen Gründen und ohne ernsthafte Absichten für „soziale Reformen“ ein. Große Teile der armen Bevölkerung vertrauen jedoch ihren Versprechungen. Der Ehemann der getöteten Präsidentschaftsbewerberin, der jetzt gemeinsam mit deren Sohn die PPP verwaltet, wird wegen seiner rabiaten Geschäftspraktiken als „Mister 10 %“ bezeichnet.

Benazir Bhutto kehrte auf Anraten der Bush-Administration trotz hohen Risikos nach Pakistan zurück, da ihr Washington eine erhebliche Verstärkung der USA-Militärpräsenz im Lande versprochen hatte. Ein bekannter pakistanischer Schriftsteller verlieh ihr daraufhin den spöttischen Beinamen „Tochter Amerikas“. Die Krise in Pakistan ist eng mit der Okkupation des Nachbarstaates Afghanistan durch Truppen des Pentagons und der NATO verbunden. Die USA sind wegen ihres dortigen Desasters an einer militärischen „Befriedung“ vor allem des pakistano-afghanischen Grenzgebiets interessiert. Ihre Pläne stoßen jedoch bei der Bevölkerung auf erheblichen Widerstand.

General Musharraf ist ein von der Armee an die Staatsspitze gestellter Diktator, der durch einen Aufstand unter Beteiligung aller Oppositionsparteien zu Fall gebracht werden könnte. In Kreisen der Bush-Regierung stellt man Überlegungen an, in einer solchen Situation proamerikanische Kräfte mit größerer Massenunterstützung an die Macht zu führen. Vordergründig betrachtet, hat der geglückte Anschlag auf Benazir Bhutto diese Absichten unterlaufen. Es wurde alles getan, um den Eindruck zu erwecken, das Attentat sei durch Gegner der USA verübt worden.

Es gäbe aber auch andere Deutungsmöglichkeiten: Politische Beobachter in Islamabad neigen zu der Auffassung, daß der Bhutto-Mord Pakistans Elite vor die Alternative Einheit unter Führung der USA oder Bürgerkrieg habe stellen sollen. Träfe diese Vermutung zu, dann ließe vieles darauf schließen, daß die CIA ihre Hand im Spiel gehabt haben. Die USA-Generäle und deren NATO-Partner betrachten die Gefahr einer Durchtrennung ihrer über Pakistan führenden Nachschub- und Versorgungslinien zu den Truppen in Afghanistan als enorme Bedrohung. Ein Bürgerkrieg, vor dem sich auch die einheimische Bourgeoisie und die militärische Führung um Musharraf fürchten, würde diese Gefahr akut werden lassen.

R. F., gestützt auf „Solidaire“, Brüssel

Wolfgang Herrmann, in den 80er Jahren Berater aus der DDR bei der FSLN und der Regierung Nikaraguas, spricht am **29. März um 10 Uhr** in Zwickau, Volkssolidarität, Hölderlinstraße 1, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Chemnitz-Zwickau-Plauen** zum Thema

**Lateinamerikanischer
Sozialismus**

Was es mit dem „Schwarzen Kanal“ auf sich hatte

Es gibt Leute, die Fernsehpublizistik für etwas Inferiores halten, für „Gebrauchskunst“. Die einen machen, wie man gelegentlich hört, „große Kunst“, die anderen „Tagespolitik“. „Kunst ist Waffe“, natürlich; wer wollte da Friedrich Wolf widersprechen! Aber Publizistik soll gewissermaßen kurzfristige Nahkampfwaffe sein, der Dokumentarfilm aber habe langfristige, strategische Bedeutung. Schon der unbedachte (oder beabsichtigte?) Sprachgebrauch „Dokumentaristen“ und „Fernsehpublizisten“ weist auf die feine Unterscheidung hin. Ich bekenne mich zur Fernsehpublizistik als einem Genre des Dokumentarfilms. Ich habe für und mit Andrew Thorndike – wie auch für und mit Karl Gass – Drehbücher und Texte geschrieben und beim gegenseitigen Geben und Nehmen viel gelernt. Das wende ich seit einundzwanzig Jahren als Fernsehpublizist an: Jeden Montag fünf- und zwanzig Minuten lang, rund 1100 Mal eine aktuelle, polemische Sendung: „Der schwarze Kanal“.

Polemisch, konterpropagandistisch, allwöchentlich? Ist da der Anspruch „Fernsehpublizistik – ein Genre des Dokumentarfilms“ – nicht zu hoch gegriffen? Oft mit heißer Nadel genäht: Wie könnte das der Dokumentarfilmkunst das Wasser reichen? Gewiß, die Bildsprache kann in solch aktueller Serie nicht die Priorität haben. Optisches und akustisches Stichwort kommen vom Fernsehen des Feindes. Und ich setze nicht das Bilddokument dagegen, sondern das Argument. Aber die Auswahl, der Schnitt, die Unterbrechung; Psychologie, Dramaturgie, Erweckung von Emotionen als Zugang zur Ratio, zu Einsicht, Erkenntnis, Bewußtsein: sind das prinzipiell andere Schaffensprozesse und Gesetze als beim Dokumentarfilm? Der Fernsehpublizist (namentlich mit einer Serie) muß schnell sein. Ist das gleichbedeutend mit Oberflächlichkeit und minderer Qualität? Es gibt hinreichend Gegenbeispiele. Künstlerische Unzulänglichkeiten müssen ihre Ursachen nicht zwangsläufig im „Tagesgeschäft“ haben, in den „Niederungen“ der politischen Pu-

blizistik. Fernsehpublizistik ist also zwar eine andersartige, aber dennoch ähnliche, keine anderswertige Arbeit auf dem Gebiet des Dokumentarfilms. Es gibt keinen Anlaß, die eine oder andere geringer zu achten. Es gibt auch keinen Anlaß, fortgesetzt und mit Fleiß nach Medien-Unterschieden zu suchen. Profilneurosen sind künstlerischem Schaffen nicht förderlich. Gegeneinander lähmt. Verschiedene Genres und Medien können/müssen einander befruchten. Film- und Fernsehschaffende sind keine Konkurrenten (zumal beide in beiden Medien tätig sind, um nicht zu sagen: aufeinander angewiesen). Über Besonderheiten kann/muß man streiten. Aber mit dem Ziel der Einheit. Wobei der Standpunkt die Perspektive bestimmt. Nicht nur beim Kameramann ...

Bleiben wir beim „Schwarzen Kanal“. Der Auftrag lautet, anhand von Ausschnitten aus Programmen des BRD-Fernsehens das Wesen des Kapitalismus, die Menschenfeindlichkeit und Friedensgefährdung seiner Politik zu entlarven. Das ist keine „Einmischung“, sondern – im Gegenteil – Abwehr der stündlichen Einmischung des Feindes bei uns. Wie kann sich ein Mensch über zwanzig Jahre lang – Montag für Montag – ausschließlich mit dem Feind beschäftigen, mit Lüge, Niedertracht, Hinterlist, Verführung, Manipulierung? Mit den Versuchen, Wahrheiten zu verbiegen oder zu verfälschen, aus Schwarz Weiß zu machen, aus Vor- und Hochrüstern „Nachrüster“, aus Kriegshetzern „Friedensengel“? Ich gebe zu, daß mir das oft schwerfällt. Nicht aus Mangel an Argumenten, sondern aus Widerwillen gegen den Gegenstand: Sich mit dem Freund und Genossen, mit dem eigenen, real existierenden und funktionierenden Sozialismus zu beschäftigen ist angenehmer. Das eine hat mit Liebe zu tun, das andere mit Haß. Nicht, daß ich meine Zuschauer, namentlich die jungen, zum Haß anhielte. Ich möchte sie zur Liebe erziehen, zur Liebe zum Menschen und zur Liebe zum Frieden. Aber kann man den Menschen lieben, kann man den Frieden – über allgemeine „Friedensliebe“ hinaus – aktiv lieben, ohne die zu hassen, die den Frieden bedrohen und Krieg wollen?

Und was der Imperialismus mich in seiner Schule, in seiner Familie, in seiner Gesellschaft, was der Faschismus mich mit seiner Praxis, was mich im letzten Kriegsjahr der britische Rundfunk gelehrt haben, verwende ich gegen den Imperialismus, für unsere gute kommunistische Sache.

Ich bekämpfe den Feind mit seinen eigenen Mitteln und unserer Wissenschaft und Praxis. Der Feind wendet in seinem Fernsehen dreierlei Methoden an, und ich beschäftige mich dementsprechend auf dreierlei Weise mit seinen Sendungen:

Da ist einmal die nackte Lüge (sie ist einfach zu entlarven). Da sind Argumen-

te und Fakten der anderen Seite, die die Richtigkeit unserer Politik bestätigen (leider gibt es noch Menschen, die in solchen Fällen dem Argument, wenn es „von drüben“ kommt, eher Glauben schenken; also überzeuge ich sie: „... wenn sogar das BRD-Fernsehen zugehen muß ...“). Und da ist die Krise des Imperialismus, die seine Medien zwingt, über diesen oder jenen Mißstand zu berichten (zu groß sind Arbeitslosigkeit, Inflation, Mangel an Gleichberechtigung für Frauen und Jugendliche, Mietwucher, Preisexplosion und Lohndruck, Abbau sozialer und demokratischer Rechte, Amoral, Drogenmißbrauch, Kriminalität, Ausweglosigkeit der Jugend, soziale Unsicherheit); hier gilt es, solche scheinbare Selbstkritik nicht als „Objektivität“ gelten zu lassen, sondern als Ventil deutlich zu machen; daß der Kapitalismus eben gezwungen ist, gelegentlich das eine oder andere seiner Gebrechen zu zeigen und beim Namen zu nennen, weil sie zu offensichtlich sind und Massencharakter haben. Im Grunde ist es – mit beweiskräftigen Dokumenten und Argumenten – ein öffentliches Streitgespräch Kapitalismus – Sozialismus; Lüge – Wahrheit; Manipulierung – Überzeugung; Erfindung – Fakten; Demagogie – Argumente; Spekulation – Wissenschaft. Deshalb ist Wahrheit das erste Gebot kommunistischer Kunst, Agitation, Propaganda, Erziehung.

Das alles kann man nicht darstellen und verständlich machen ohne historische Sicht. Neben Klassenbewußtsein und Klassengefühl sind Geschichtsbeußtsein und Geschichtsfühl für den Dokumentaristen/Publizisten unverzichtbar. Ohne Kenntnis der Vergangenheit, der historischen Ursachen und Prozesse ist weder die Gegenwart zu verstehen noch die Zukunft zu gewinnen. Auch Strategie und die Gebote der Taktik bleiben dem Dokumentaristen/Publizisten ohne die Kenntnis historischer Zusammenhänge und historischer Tragweite schwer begreiflich. Das kann zu Irrtum, Fehlleistung und Ärgerem führen. Wobei es manchmal schwerfällt, sich angesichts von Niedertracht und Lüge vornehm zurückzuhalten und sich auf die sachliche Auseinandersetzung zu beschränken. Wahrheitsliebe und Gerechtigkeitsgefühl dürfen nicht abgeschwächt, aber müssen gelegentlich von Schärfe, Hohn und Ironie frei gehalten werden. Das ist ein Gebot der politischen Taktik. Allerdings versuche ich – nach dem Vorbild Marx' und Heines – in die Publizistik wieder die Methode der Satire, der beißenden Ironie, der überlegenen Heiterkeit einzuführen. Eine ironische Bemerkung, eine satirische Abwertung bewirken oft mehr als ein ganzer Kommentar. **Karl-Eduard von Schnitzler** *Aus: „Dokumentaristen der Welt – Selbstzeugnisse aus zwei Jahrzehnten“.* Henschelverlag, Berlin 1982, S. 314–319

Am **3. April** um **16.30 Uhr** spricht
Dr. Martina Bunge,

Bundestagsabgeordnete und
Vorsitzende des Gesundheits-
ausschusses, in **Güstrow,**
Haus der Generationen,
Weinbergstraße 28, auf einer

Veranstaltung der **Regionalgruppe**
über das Thema:

Was bringen uns Gesundheits- und Pflegerereform?

Wie armselig doch manche Philosophen sind ... Ohne Marx geht es nicht

Vor geraumer Zeit habe ich mir wieder einmal das „Philosophische Quartett“ im Fernsehen angeschaut. Mir war früher schon aufgefallen, wie ungeschickt, ja oft geradezu peinlich sich Peter Sloterdijk und Rüdiger Safranski, die ein Buch nach dem anderen veröffentlichten und von der Presse mit viel Lob bedacht werden, vor der Kamera präsentieren.

Diesmal ging es um die Frage Sicherheit und Freiheit. Als Gäste waren der frühere BRD-Innenminister Otto Schily und der Schweizer Publizist F. F. Maier geladen. Sloterdijk eröffnete die Diskussion mit leiser, etwas nuschelnder Stimme, die nicht immer zu verstehen war. Er wußte nur wenig zu überzeugen. Gleich am Anfang wurde er von Schily aus den abstrakten, metaphysischen Regionen, die dem hochbrisanten politischen Thema nicht angemessen waren, heruntergeholt. Schily gab sich als Anwalt der bundesrepublikanischen Verfassung, die die Würde des Menschen nicht nur zu respektieren, sondern auch zu schützen vorschreibe. Er erntete sofort den Applaus des Publikums, der sich im Laufe des Abends noch steigerte. Dagegen boten die hochgehandelten Philosophen ein etwas wirres, oft sogar klägliches Bild und wurden von den Gästen der Show zuweilen sogar ausgelacht. Am meisten vermochte gegen den energisch auftretenden Schily der Schweizer zu punkten. Doch die Sendung wurde dergestalt zum Triumph des „Gesetzeshüters“. Es verwundert allerdings, daß das Publikum gerade diesem Mann seine Sympathie schenkte. Maier versuchte, dafür eine Erklärung zu finden. Er meinte, in Deutschland sei die Obrigkeitshörigkeit unerschwellig wohl noch immer dominierend. Die Deutschen würden die vermeintliche Sicherheit, wie das in ihrer Geschichte häufig der Fall gewesen sei, der Freiheit vorziehen. Da erinnerte ich mich, daß mir bei einem Nietzsche-Symposium 1991 in Sils Maria – nachdem ich meinen Diskussionsbeitrag geleistet und anhand dieses Philosophen den „deutschen Untertan“ kritisiert hatte – eine Teilnehmerin aus der Schweiz freimütig erzählte, ihr Mann sei bei einer Computer-Firma „im Range eines Generals“ tätig. Die „zivile“ Firma sei militärisch straff organisiert und überwache sogar das private Leben der Bürger. Dieses habe sie soweit im Griff, daß sie den ganzen Tagesablauf registriere. Die Kontrolle umfasse sogar den Bierkonsum des Individuums. Damit wollte die Dame meinen Ausführungen beipflichten, daß die vielgepriesene Freiheit im Westen durchaus nicht astrein sei. Sie bestätigte mich in der Annahme, daß die hochindustrialisierten Staaten über die erforderliche Technik verfügen und sie skrupellos einsetzen. Hat nicht Foucault die beiden wichtigsten Bereiche modernen Staatswesens als „Überwachen und Strafen“ definiert? Die erwähnte Schwei-

zerin fügte hinzu, die Deutschen hätten die Feinheiten der Demokratie noch nicht gelernt; sie würden ständig jammern und klagen, ohne etwas zu ändern. Der übrige Westen habe sich damit längst arrangiert und komme mit dem herrschenden „Mainstream“ besser zurecht.

Doch zurück zum Quartett. Als der gesetztere Safranski seinem zum Schweigen gebrachten Partner zu Hilfe eilte, konnte er auch nicht viel ausrichten, weil er sich der herkömmlichen Metaphysik bediente. Es gebe keine absolute Sicherheit und gegen den Zufall, der einem eben zustoße, keinen sicheren Schutz, führte er aus. Da polterte der Minister a. D. los. Man habe doch kürzlich auch in der BRD geplante Attentate verhindern können – gerade durch den Eingriff in die persönliche Freiheit des einzelnen. Erneut applaudierte das sicherheitssüchtige Publikum, und Safranski saß da wie ein hilfloser Junge, der vom Vater, hier vom „Übervater Staat“, zurechtgewiesen wurde.

Nachdem der Applaus verklungen war, schaltete sich erneut Sloterdijk ein. Was er aber von sich gab, war derart an den Haaren herbeigezogen, daß es beim Publikum keineswegs als ein plausibles Argument gegen Schilys Beschneidung der Bürgerrechte ankam. Die Ergebnisse der Gehirnforschung hätten gezeigt, so Sloterdijk, daß die Angstneurose, die die ständige Terrorismusdebatte erzeuge, zur Paranoia – also zu psychischen Störungen – führe. Er operierte dabei mit einer Fülle abstrakter Begriffe, so daß das Publikum seinen Ausführungen kaum folgen konnte. Als ihn Schily aufforderte, einen konkreten Fall zu nennen, da er selbst nicht von der Psychose geplagt werde, lieferte der Philosoph eine humoristische Einlage. Er berief sich auf die Kontrolle am Flughafen, wobei ihm nicht Besseres einfiel, als darüber zu klagen, daß man wegen einer Bagatelle, z. B. wegen einer winzigen Schere, die man bei sich nicht vermutet habe, drangsaliert werde. Er erntete abermals höhnisches Gelächter. Was Wunder, wenn

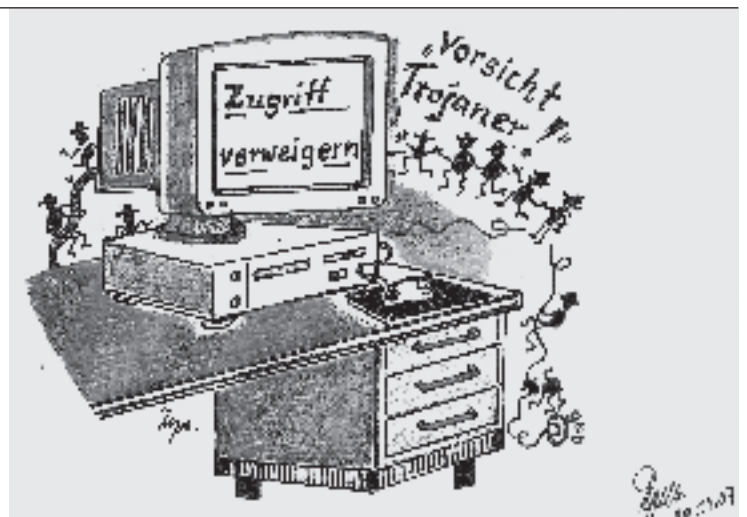
der Abend zum Triumph des Vertreters der Macht wurde. Mit gehobener Stimme belehrte Schily die Philosophen, unterbrach sie ständig und riß die Moderation an sich.

Um der Macht Paroli bieten zu können, müßten die Abstraktionsspezialisten vom hohen Podest herabsteigen und sich den alltäglichen Sorgen der Menschen zuwenden. Denn viel größer als die Angst vor einem möglichen Terroranschlag ist die Existenzangst der Bürger. Und das hängt wiederum mit dem Kapital, mit der Arbeit und mit der Ökonomie zusammen. Die Philosophie ist ohne Kenntnis der einschlägigen Lehren von Karl Marx, ohne dessen wissenschaftliche Untersuchung der Kapitalbeziehungen pure Metaphysik, ein Glasperlenspiel des Geistes. Die „amtierenden Philosophen“ sollten wenigstens die Forderung Adornos, des Vertreters der „Kritischen Theorie“ berücksichtigen, daß die Philosophie aufhören müsse, „Vasall des Kapitals zu sein“. Sie habe vielmehr ihre „schützende Hand“ über die Gesellschaft zu halten.

Ohne die marxistische Analyse bleiben die Philosophen gegenüber der Wahrnehmung der sozialen Wirklichkeit blind. Nicht nur Schily vertrat apodiktisch die Welt von gestern mit ihren eingefahrenen und angeblich unabänderlichen „Sachzwängen“. Er konnte die hochrangigen Philosophen nur deshalb zurechtweisen und beschämen, weil sie im Grunde – wie er selbst – der alten Ordnung verhaftet sind und sich von deren Zwangsjacke nicht zu befreien vermögen. Wie der Abend gezeigt hat, haben sie keinen Zugang zu den Menschen mit deren Problemen, weil ihnen das Verständnis für Marx und den Marxismus fehlt. Deshalb sind sie nicht dazu in der Lage, Lebenshilfe zu leisten.

Almos Csongár

Unser Autor – ein in Berlin lebender ungarischer Philosoph, Schriftsteller und Germanist – hat mehr als 30 Romane aus seiner Muttersprache ins Deutsche übertragen.



Grafik:
Heinrich Ruynat

Die Sache und die Sachen

Ein schmerzhaftes Gespräch mit Hermann Kant

Auf meinem bisherigen Lebensweg durchwanderte ich ein Land, das sich unter anderem Leseland nannte. Die Bürger jenes Landes gaben ihm noch andere Namen. Politische, liebevolle, pathetische, ironische ... wie das so ist in der Geschichte eines Staates. Dumme, spöttische und gehässige Bezeichnungen bekam die DDR, die hier gemeint ist, von ihren Gegnern aufgedrückt. Von diesen und den Nichtwissenden heute noch immer. Der Name „Leseland“ aber, der trifft zu. Das möchte ich aus eigener Lebenswandererfahrung ausdrücklich bestätigen. Auch aus Leserfahrung. Sicherlich wie viele andere der älteren Generationen. Ich gehörte zu den Leuten in jenem Land, für die es alltäglich war, sich regelmäßig Bücher zu kaufen und diese auch zu lesen. Heute ist für die meisten von uns der Kauf eines Buches nicht mehr der Alltag, sondern ein Festtag.

Letztlich erfuhr ich, wer den Namen Leseland erfunden hat. Das war einer, der etwas vom Lesen und Schreiben versteht. Ein Wort-Steller, ein Satz-Steller, ein Schrift-Steller. Einer von der Zunft derjenigen, die Lebenswege beschreiben und die mit ihren Büchern Wegweiser oder Orientierungshilfen für ihre Leser setzen. Von Hermann Kant ist hier die Rede. Für viele wurden seine Romane „Die Aula“, „Das Impressum“ und „Der Aufenthalt“ zur freiwilligen Pflichtlektüre. Immer vergnüglich und anstrengend zu lesen. Ersteres traf vor allem auch auf seine Erzählungen zu, ob er sie am „Dritten Nagel“ aufgehängt hat oder ob sie von der „Bronzezeit“ handeln. Schwer machte er es dann seinen Leserfreunden mit den Büchern, die er nach 1990 schrieb: „Kormoran“, „Okarina“, „Der Abspann“ oder „Kino“. Dies nicht nur in bezug auf seine zunehmende Freude an der ‚Kringelei‘ (Kant). Vor allem zieht er die Leser immer wieder in das komplizierte Nachdenken über seine Lebensgeschichte hinein. Und das ist bei ihm auch immer deutsche Geschichte und die Geschichte der „Sache“. Kant meint mit der „Sache“: einen sozialistischen Staat in Deutschland für die kleinen Leute.

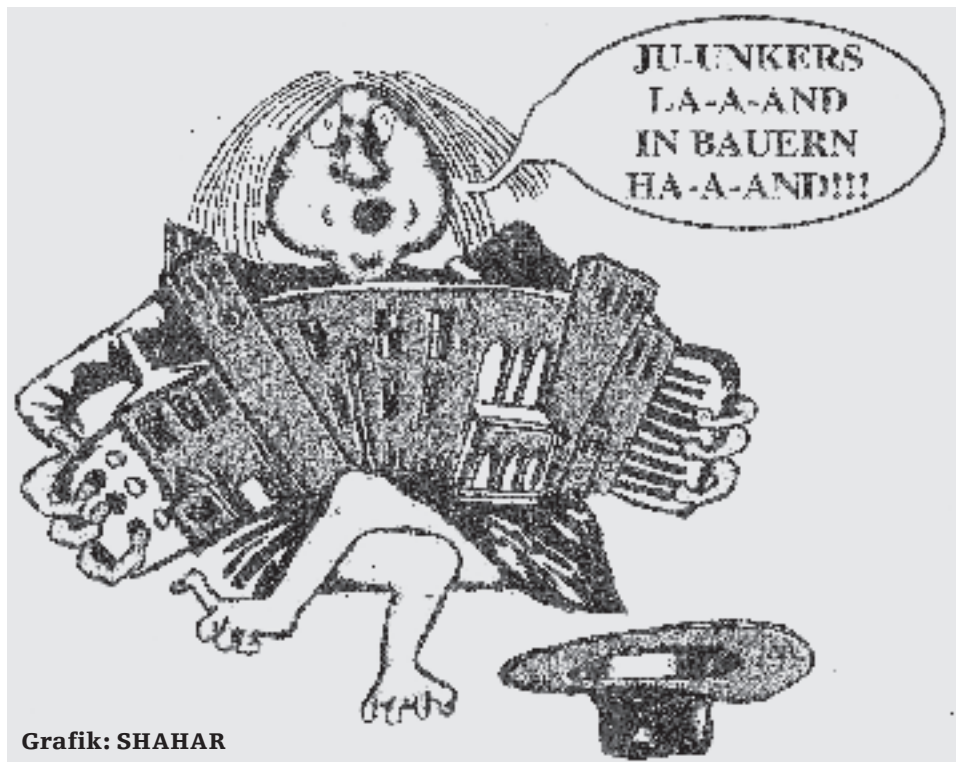
Was es für ihn damit auf sich hatte, darüber sprach er mit Irmtraud Gutschke, Kulturredakteurin des ND. Sie mußte ihn wohl anfangs dazu überreden, „da doch alles schon in meinen Büchern nachzulesen ist“. Ist es eben nicht! Fast fünfzig Stunden sprachen Kant und Gutschke miteinander, über ein Dreivierteljahr. Entstanden ist ein über 250 Seiten starkes Interviewbuch: „Hermann Kant. Die Sache und die Sachen“.

Genau und zum Teil schmerzhaftes Gedankenarbeit leisteten beide. Doch mit Kant als Gesprächspartner sind wie bei seinem Schreiben auch immer wieder Humor, Ironie und Sarkasmus angesagt. Er schlägt die feine Klinge, weiß aber auch den Säbel zu führen. Genaues Nachfragen ist der Journalistin zu danken. Sie

kommt aus einer anderen Generation als der Schriftsteller und sucht mit anderer Erfahrung nach Erkenntnis über Vergangenes. Grübelnd wird der Schriftsteller wohl nach mancher Antwort gesucht haben. Trotz seiner bekannten „finken Zunge“. Er hat es sich nicht leicht gemacht, wo es um die weltpolitischen Bedingungen für das Werden und Vergehen der DDR, um die objektiven Bedingungen für die eigene Biographie und nicht zuletzt auch um Gründe für persönliches Versagen geht. Und es wäre nicht Kant, wenn er nicht auch immer wieder Anekdoten in den Erzählfaden einflechten würde. Derer zum Lachen und solche, die unsereins traurig stimmen. Hier übrigens erfuhr ich auch, wer das Copyright für den Namen Leseland besitzt. Das Besondere seines Erzählens: Da er auf die Fragen der Interviewerin sofort antworten muß, wird seine Darstellung sehr persönlich, sehr direkt, nachvollziehbar. Man wird als Leser in das Gespräch einbezogen, sucht selbst nach Antworten, kommt auf andere Fragen.

Entstanden ist – fast nebenbei – ein collageartig erzählter Lebensbericht. In dieser Art ist er von Hermann Kant noch nicht geschrieben worden. Ihn in seiner damaligen und heutigen Haltung zu verstehen, das setzt voraus, Genaueres über sein Leben zu wissen. Seine über achtzig Lebensjahre sind nicht zu reduzieren auf die Zeit, da er von 1978 bis 1990 Präsident des Schriftstellerverbandes der DDR war. Sein Handeln ist nicht nur auf jenen nun schon legendären Vorgang im Jahre 1979 einzugehen, da im Roten Rathaus zu Berlin unter seiner Sitzungsleitung neun Schriftsteller aus ihrem Verband ausgeschlossen

wurden. Die Bücher und Geschichten, die uns der Schriftsteller schrieb, wurzeln in allen seinen Lebensdaten. Stichpunktartig sei in Erinnerung gerufen, was immer biographischer Untergrund seines Schreibens war: Geboren 1926 in Hamburg, einfachste Familienverhältnisse, Volksschule, Elektrikerlehre, Dezember 1944 zur Wehrmacht eingezogen, sechs Wochen Soldat, vier Jahre in polnischer Kriegsgefangenschaft, 1949 Entlassung in die Sowjetische Besatzungszone, Eintritt in die SED, ABF, Studium Germanistik, 1956 Diplom, Wissenschaftlicher Assistent, 1959 Redakteur „Neue Deutsche Literatur“, 1962 erstes Buch, Vizepräsident und Präsident des Schriftstellerverbandes der DDR, Mitglied der Volkskammer der DDR, des Zentralkomitees der SED (ab 1986), der Akademie der Künste (1962–1992), Preise und Auszeichnungen, lebt heute in einem Dorf in Mecklenburg-Vorpommern, Mitglied der „Linken“. Aufgezählt wurden hier diese Daten, weil sie für die Biographien vieler älterer Menschen im Osten Deutschlands exemplarisch sind. Solche Daten muß man kennen, ehe man über ihr Leben urteilt! Es leichtwörtig verurteilt. Erklärt uns Hermann Kant nun im Interviewbuch, wie das mit der DDR und seiner eigenen Rolle in ihr war? Wirklich war? Nein! Er erzählt, wie ein Lebensweg in diesem Land sein konnte und warum er seinen Weg so und nicht anders ging. Aber er erklärt auch, wie er – in der Fernsicht – dieses Land und diesen Staat heute sieht. Da muß ihn manches geschmerzt haben. Den Schmerz werden viele Leser mit ihm teilen. Er spricht darüber. Aber: Die Talkshow-Philosophie „Ich bereue nichts und würde alles noch einmal genauso



Grafik: SHAHAR

machen!“ ist nicht das Erklärungsmuster eines Hermann Kant. Zum Glück für den kritisch und selbstkritisch denkenden Leser! Sein Nachdenk-Credo nötigt Respekt ab und sei bestätigt: „... wir haben zu viel falsch gemacht, als daß wir uns ohne Berücksichtigung dieser Fehler einfach nur verteidigen könnten. Manch einer hat sich in seinem Kopf ein Konstrukt gebaut, das er sich nicht erschüttern lassen will, auch deshalb, um sich in seinem Ablehnungsverlangen gegenüber dem, was jetzt ist, nicht stören zu lassen.“

Manches Urteil von Kant im Interview wird abgelehnt werden. Von denen sowieso, die ihn noch immer als Inkarnation der Partei-repression gegenüber den Künstlern in der DDR ansehen. Aber auch von einigen, die wie er am sozialistischen deutschen Bau beteiligt waren. Ich werde mich hüten, hier für den einen oder anderen Urteilsfall in den Streit einzugreifen. Für mich das Wichtige: Kant nimmt sich nicht aus von den Unsinnigkeiten, die es in der SED gab. Die schließlich in den 80er Jahren eine Partei war, „in der der Generalsekretär alles bestimmte“. Kant gibt

zu, daß er das mittrug – erst mehr, dann weniger. Und er weiß auch, daß er mit seinem Nutzen-Schaden-Denken viele Dinge falsch einschätzte. Seine Selbstüberhebung „Das kriegst du schon hin, Kant!“ führte oft zu bitteren Früchten. Auch für ihn. Weil auch er vieles nicht hinkriegte. Im Interviewbuch geht es auch um „die Sachen“ – um die vielen kleinen Dinge, die das Leben in der DDR prägten. Besonders auch das macht die Anziehungs- und Ausgekräft der langen Gespräche zwischen Irmtraud Gutschke und Hermann Kant aus. Beiden sei für Lesevergnügen und Leseerkenntnis gedankt.

Ein grundsätzliches Leserwort zum Schluß aber gilt dem Schriftsteller. Was ihm in bezug auf seinen Lebenslauf niemand absprechen kann: Diese Lektion in polnischer Gefangenschaft hat er sich zur Lebensmaxime gemacht: „... wenn du nach Hause kommst, dann bekämpfe den Krieg!“

Was das Ergebnis seines bisherigen Schreibwerkes anbetrifft, da zählt, was in einem Regal in seiner Stube steht. Einen Meter mißt es in der Breite und

besitzt acht Etagen. Sie sind nur gefüllt mit Gedrucktem, für das er als Autor zeichnete. Seine Werke wurden in 22 Sprachen übersetzt. „Die Aula“ erschien in 41 Ausgaben. Der Roman „Der Aufenthalt“ gilt ohne Zweifel als ein Jahrhundertbuch. Das ist es, was zählt!

Der Interview-Band aber, von dem hier die Rede ist, auch er zeugt von einem Mann, der über seine Verantwortung nachgedacht und sich ihr gestellt hat. Selbstkritisch, wahrhaftig und oft bis über die Schmerzgrenze. Doch verkrümmt hat er sich nicht. Respekt sei ihm gezollt! In einem Nebensatz war zu lesen, er hätte wieder angefangen, eine große Geschichte zu schreiben. Bleibt zu wünschen, daß er sie gesund zu Ende bringt. Und: daß er das Salznäpfchen noch oft nachfüllen muß. Dort in seinem kleinen Haus in Prä-lank bei Neustrelitz. **Dr. Malte Kerber**

Irmtraud Gutschke: „Hermann Kant. Die Sache und die Sachen“. Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH und Verlag Das Neue Berlin, Berlin 2007. 256 S., 14,90 Euro. ISBN: 978-3-360-01906-6

Malender Schriftsteller oder schreibender Maler? Das Doppeltalent Gotthold Gloger

Gotthold Gloger zählt zu den Schriftstellern, die wie Peter Hacks, Kurt Kauter, Werner Steinberg, Johannes Tralow, Arnold Bronnen, Rudolf Leonhard u. a. ihren Weg aus der BRD in die DDR fanden. Gloger war weder ein malender Schriftsteller noch ein schriftstellernder Maler, sondern Maler und Schriftsteller. Er wurde am 17. Juni 1924 im damaligen Königsberg, dem heutigen Kaliningrad, als Sohn eines Studienrats geboren. Bereits als Zehnjähriger erhielt er Unterricht bei einem Kunstmaler und besuchte 1941 die Kunstgewerbeakademie seiner Geburtsstadt. Das Malen gehörte seit früher Jugend zu seinem Leben. Als Motive bevorzugte er Blumen, Menschen, Tiere und Landschaften. Gloger fand seinen Zugang zu Emil Nolde, Otto Pankok und Pablo Picasso. Reisen nach Italien und Frankreich beförderten seine künstlerische Entwicklung, so daß er bereits als 25jähriger die erste größere Ausstellung eröffnen konnte.

Mit 18 war er zum Kriegsdienst gepreßt worden. Nach der schweren Zeit im Strafbataillon 999 setzte Gloger Studien in Büchingen und Frankfurt/Main fort. Später stellte er unter anderem in Aschaffenburg, Frankfurt/Main, Bad Salzungen, Budapest, Berlin und Leipzig aus. Eigene expressionistische Holzschnitte fügte er seinem Erzählband „Das Rübenfest“ (1979) hinzu.

Gloger schrieb schon mit zwölf Jahren Verse. Bereits 1941/42 verfaßte er zwei Dramen. 1950 übersiedelte er aus Westdeutschland in die DDR und studierte 1955/56 am Leipziger Literaturinstitut. Er ließ sich 1956 in Meiningen nieder, wo

er Albrecht von Bodecker, Eberhard Esche und Friedo Solter zu seinem Freundeskreis zählte.

Michael Tschesno-Hell regte Gloger zu seinem ersten Roman „Philomena Kleespieß trug die Fahne“ (1953) an. In der Familienchronik erzählte er, wie sich Menschen im Spessart gegen die Wiederaufrüstung zur Wehr setzten. Die „BZ am Abend“ brachte den Debütroman in Fortsetzungen. Für ihn wurde Gloger mit dem Heinrich-Mann-Preis ausgezeichnet. Ein Bauernroman erschien 1961 unter dem Titel „Der gestohlene Berg“. Er wurde ins Bulgarische und ins Rumänische übersetzt. In seinen Kinder- und Jugendbüchern widmete sich Gloger meist historischen Stoffen. Sie kamen auch in Polen, Ungarn („Die Abenteuer des Johann Kunkel“) und der CSSR („Der Bäckerjunge aus Beeskow“) heraus. Anfang der 60er Jahre schrieb er zwei Fernsehspiele zusammen mit Bodo Uhse und Heinz Kamnitzer, „Der Tote und sein General“ (1960) und „Treibjagd“ (1961). Glogers Fernsehspiel „Campari bitter“ wurde 1963 uraufgeführt. Für seine Bücher „Bauernbacher Bauernschmaus“ (1963) und „Meininger Miniaturen“ (1965) schuf Albrecht von Bodecker Vignetten und Illustrationen. Seit 1970 lebte er in Kraatz bei Gransee.

Beispielhaft brachte Gloger drei bedeutende Künstler der Vergangenheit Kindern und Jugendlichen in erfolgreichen Biographien nahe. In „Der Mann mit dem Goldhelm“ (1972) öffnete er eine Tür zu Rembrandt. Der Leser erfuhr von dessen Mühen um Selbst- und Welterkenntnis und seiner ungebrochenen Lust zu malen.

Im Dürer-Buch „Ritter, Tod und Teufel“ (1976) versuchte er, den künstlerischen Werdegang des Malers und Kupferstechers bis zum Gipfel seines Ruhms zu erfassen. Im „Berliner Guckkasten – Geschichten aus der Welt um Schinkel“ (1980) präsentierte er neben dem Architekten auch dessen Zeitzeugen. Die Rezensenten hoben Glogers hohe Fabulierkunst und historische Detailkenntnisse hervor. Sie unterstrichen, daß er jegliche synthetische Spannungsmache verschmähe. Gloger erhielt für seine drei Künstlerbiographien, die mehrfach verlegt wurden, den Alex-Wedding-Preis. In der historischen Erzählung „Leb vergnügt!“ (1981) stellte er Jugendliche ins Zentrum, die um 1847/48 in der Residenzstadt Meiningen ihre Konflikte austrugen. Den spannungsträchtigen roten Faden bildete die kriminalistische Auflösung eines Mordes, dem ein preußischer Hofmarschall zum Opfer gefallen war. Gloger entriß den sogenannten Frühlingdichter Ewald von Kleist (1715–1759) in seinem Jugendbuch „Meine Feder dem König“ (1985) der Vergessenheit. Der preußische Major wurde oft als Schwärmer und Phantast hingestellt, da er sich als Fürsprecher für einfache Menschen mit Herz und Edelsinn auswies, wofür er von Gleim und Lessing geschätzt wurde. Gloger setzte dem vergessenen Kleist geradezu ein literarisches Denkmal. Peter Hacks rühmte des Autors „unentfremdetes Wesen“, seine Wahrheits-suche, seine Bildung und Parteilichkeit. Gotthold Gloger starb wenige Tage nach seinem 77. Geburtstag am 16. Oktober 2001 in Kraatz. **Dieter Fechner**

Wenn sich das Merkel-Kabinett auf Eiersuche begibt Eine Osterhasengeschichte

Kommt der Osterhase durch die Hauptstadt gehoppelt, gefolgt vom Weihnachtswaldmann. Beide treffen auf Frau Merkel, die sich wundert, weil doch eigentlich der eine dienstfrei hat, während der andere gerade arbeiten muß. Der Osterhase zeigt mit dem Daumen nach hinten: „Der wurde mir vom Arbeitsamt zugeteilt, für einen Euro pro Stunde“, entschuldigt er sich. Wieder im Kanzleramt ruft die Regierungschefin entrüstet den Arbeitsminister an. Was das solle, ob er darauf abziele, die Kinder zu erschrecken. Scholz sucht auch diesmal nach Ausflüchten. Der Osterhase könne ja im Mantel des Weihnachtswaldmannes schlafen, so würden Heizkosten gespart. Solcherlei Logik leuchtete der Kanzlerin ein. Dieses mediale Osterei ließe sich gut vermarkten: die Kanzlerin als Wohltäterin. Man sollte das Thema in der nächsten Kabinettsitzung zur Sprache bringen, entschied sie für sich.

Als es soweit war, meldete sich Schäuble als erster zu Wort: „Nach Erkenntnissen meiner Leute beim E-Mail-Durchforsten machen sich schon Dreijährige über die beiden lustig, informierte er knapp. Außerdem, so Schäuble, seien jeder zehnte Osterhase und jeder dritte Weihnachtswaldmann ohnehin seine bezahlten Informanten. So gebe es kaum einen Kinderwunsch, von dem er nichts erfahren würde. „Den Rest bekommen wir durch die Überwachung von Telefongesprächen nach Osterhasen mit. Wir haben jetzt übrigens das V-Ei entwickelt. Nach dem Herunterschlucken nistet es sich im Magen ein und bleibt dort ein halbes Jahr aktiv. Der Träger ist für diese Zeit stets zu orten. Das ersetzt den Bundespersonalausweis. Ich kann dieses Ei nur jedermann dringend empfehlen“, grinste der Innenminister wie immer hintergründig.

Die Gesundheitsministerin brachte daraufhin die Osterhasen-Träum-Pille, eine Art Haschisch, ins Gespräch. Doch diese rief bei Frau Merkel Bedenken hervor. „Dann wollen etliche Leute, daß das ganze Jahr Ostern ist und der Tag am Ende sogar noch auf Weihnachten fällt.“

Der Bundesverteidigungsminister empfahl zunächst einmal, die überall in der Welt herumliegenden Eierhandgranaten aufzusammeln. Selbst wenn mal eine dabei hochginge, wäre das nicht schlimm. Schließlich seien Kinder ja stets für Feuerwerksknaller zu haben, was Silvester beweise, lachte er hessisch. Ein Sammeltransport nach Afghanistan ließe sich schon einrichten, zumal er Ostern ohnehin dort seinen Helden zu gratulieren gedenke.

Frau von den Laien entdeckte sogleich das Schützenswerte des weiblichen Eies. Auch eine Kindesadoption durch Frau Merkel würde sich gut ausnehmen, meinte sie. Da gebe es einen ganz entzückenden kleinen Affen, der spure aufs Wort und tanze niemals aus der Reihe.

Der Scholz hielt lieber den Mund, um nicht – wie gewöhnlich – Blech zu reden.

„Und Sie?“, forderte Merkel ihren hochgespülten Ostexperten und Dauer-Jasager Tiefensee auf. „Ich könnte ja veranlassen, daß der neue Leipziger Stadttunnel zunächst für Osterhasen geöffnet wird, dann kommen diese schneller in die Stadt“, rang sich der Verkehrsminister ausnahmsweise einen Gedanken ab.

Der durch „die Wirtschaft“ bestellte bajuwarische Müllermeister Glos meinte, die Unternehmer hätten die Gewinnsteuer schon immer als Last empfunden. Ihr Wegfall würde wie ein Osterei wirken und eine wahre Parteispendenorgie auslösen.

„Ich sehe, meine Damen und Herren, ihr Variantenreichtum kennt wirklich keine Grenzen, beendete unsere Templiner Kanzlerin ihre Vorschlagsaudienz. „Aber ich habe schon eine ganz vorzügliche Osterhasenidee: Die bisherige Mehrwertsteuer wird einfach abgeschafft, auf Null gebracht“, sagte sie triumphierend. Das Entsetzen in den Gesichtern war unbeschreiblich, jeder dachte sofort an seine üppige Rente, die Rundumkaskovollversorgung. Die könnte nun flöten gehen.

Schäuble, der den früheren FDJ-Leitungskader schon immer für eine „kommunistische Schläferin“ gehalten hatte, sah sich auf einmal bestätigt.

Glos war dem gleichzeitigen Hirn- und Herzschlag näher als dem Leben.

Scholz hatte die Äußerung schlicht vertieft, Jung glaubte sich, da nicht hessisch gesprochen worden war, einfach verhöhrt zu haben.

Frau von den Laien konnte nichts Schlimmes passieren, da ihrem Kindergeldvorschlag bereits zugestimmt worden war.

Tiefensee hatte auch mit dem Kopfrechnen seine Schwierigkeit.

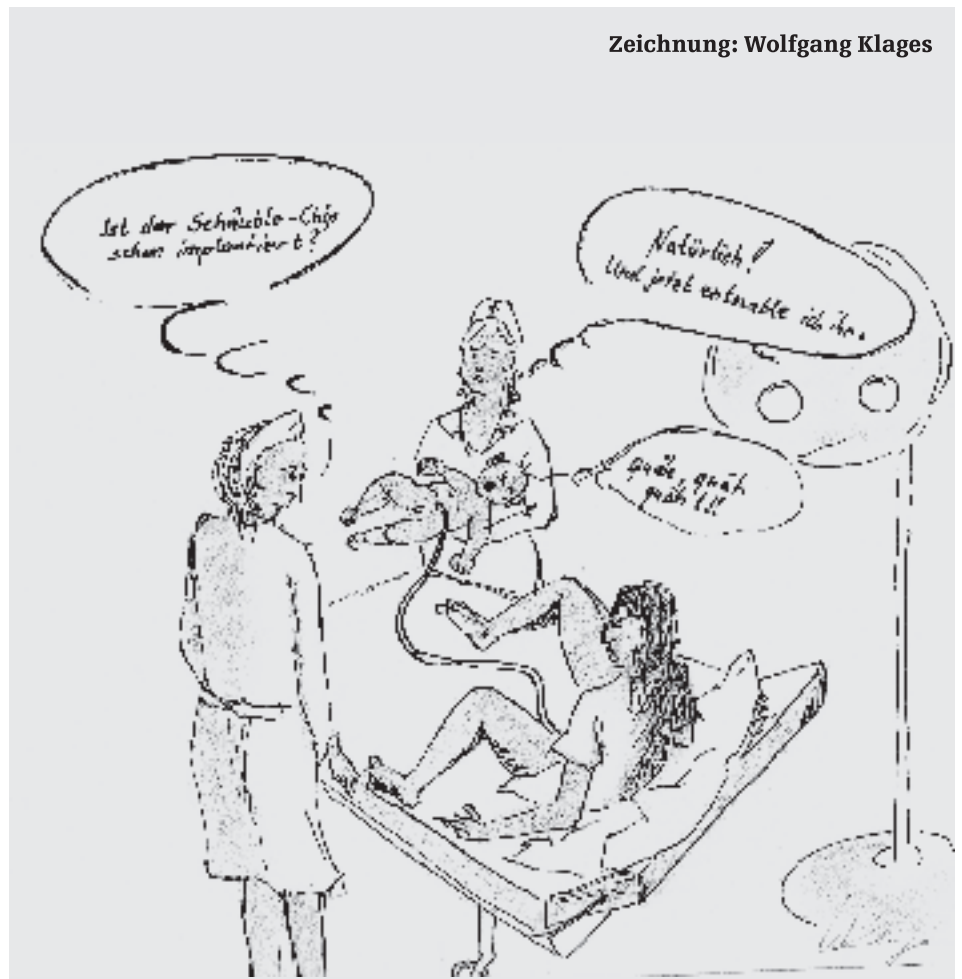
„Moment mal“, stoppte Frau Merkel das Gemurmel der Irritierten. „Sie haben mich wohl falsch verstanden. Ich meine natürlich, daß wir die Mehrwertsteuer von 19 auf 20 % heraufsetzen, dann haben wir am Ende eine Null.“

Als erster reagierte der Finanzminister – wie immer knallhart. Er bezeichnete Merckels Idee als genial, während die etwas minderbemittelten Kabinettsmitglieder länger brauchten, um die raffinierte Mathematik der Kanzlerin zu durchschauen.

Der anwesende ZDF-Korrespondent fütterte sofort die Meldung in den Informationsschlauch des Medienmobs, und schon am Abend erhielt Angela anspornende Glückwünsche, hatte sie doch dem deutschen Volk nur 1 % mehr abgeknöpft.

Jochen Singer

Zeichnung: Wolfgang Klages



Leserbriefe an RotFuchs



„Die Linke“ ist in Niedersachsen im Landtag angekommen. Mit dieser Wahl konnten Gewerkschaften, „Die Linke“, die DKP sowie „Rot-Füchse“ Hand in Hand einen Erfolg verbuchen. Zahlreiche „RotFüchse“ waren am Wahlkampf aktiv beteiligt. Tausende Wurfendungen wurden verteilt und Plakate aufgestellt. Aber auch in den Arbeitskreisen der „Linken“ in Hannover kann man uns „RotFüchse“ treffen. Das wird auch so bleiben.

Kai Trappe, Kreisvorstand „Die Linke“, Peine

Dank und Zustimmung zum Beitrag von Prof. Dr. Schneider als Teilnehmer der Konferenz in Odense. Wie er haben auch viele, die nicht dort waren, mit Unverständnis und Empörung auf die haßerfüllte Reaktion der gleichgeschalteten bundesdeutschen Medien reagiert.

So gibt es z. B. in der Zeitschrift „Deutsche Geschichte“, München, Nr. 93/2008, den Beitrag eines Herrn Peter Brenner, meines Wissens CDU-Mitglied und ehemaliger Bundestagsabgeordneter. Er stellt u. a. fest, daß der ehemalige BND-Präsident Gehlen, Träger des Kriegsverdienstkreuzes II. und I. Klasse mit Schwertern, von der BRD mit der Verleihung des Großen Bundesverdienstkreuzes mit Stern am Schulterband geehrt wurde. Die Geheimdienstler der DDR werden dagegen als Aussätzige behandelt. Brenner folgert: „Offensichtlich geht es der festetablierten Stasi-Verwertungsindustrie darum, ihre Interpretationshoheit über die DDR-Geschichte allgemein und über die Geheimdienstvergangenheit konkret und damit ihre Pfründe nicht zu verlieren.“

Dieser Artikel ist um so bemerkenswerter, weil er von einem rechtslastigen Verlag publiziert wurde. Selbst Gegnern scheint langsam klar zu werden, welchen Schaden BIRTHLER, KNABE und Co. anrichten.

Wir werden uns auch künftig von derartigen Machenschaften nicht beeindrucken lassen und weiter unseren Beitrag zur Verbreitung der Wahrheit über die DDR leisten. So wird in Kürze in der Eulenspiegel-Verlagsgruppe, bei edition ost, der erste Band zur Geschichte der HVA erscheinen, in welchem auch die Vorträge der elf ehemaligen Mitarbeiter der HVA und der dreizehn anwesenden Wissenschaftler aus der BRD, den USA, aus Großbritannien, den Niederlanden und natürlich des gastgebenden Dänemark vollständig oder referierend enthalten sind.

Generaloberst a. D. Werner Großmann, Berlin

Helmut Müller-Enberg sagte zu, auf der Konferenz in Odense im November 2007 aufzutreten, wo die Rolle der Hauptabteilung Aufklärung des MfS der DDR debattiert wurde.

Müller-Enberg ist Geheimdienst-Experte bei der BIRTHLER-Behörde. Einige könnten meinen: Um so besser – dann kann er den Offizieren der Staatssicherheit ja glänzend Paroli bieten. Wann kommt diese Gelegenheit wieder?

Alles lief ganz anders: Marianne BIRTHLER verbot die Reise. Nach Müller-Enbergs Darstellung sei sie ihm erlaubt worden, allerdings mit der Einschränkung, daß er privat auftrete.

Er schickte sein vorbereitetes Manuskript nach Odense, wurde krank, doch sein Text wurde verlesen, auch die Zeile, wonach die Rede „im eigenen und privaten Auftrag und nicht im Namen und mit Genehmigung meines Dienstherren“ verfaßt worden sei.

Schon bis dahin zeigt sich, was BIRTHLER und Co. unter Freiheit der Wissenschaft verstehen. Doch die Geschichte ist noch nicht zu Ende: Die BIRTHLER-Behörde wertete das Verlesen des Textes als De-facto-Anwesenheit Müller-Enbergs und mahnte ihn ab (wegen seiner Krankheit wurde er nicht entlassen).

Jetzt klagt der Gescholtene vor dem Arbeitsgericht und dürfte wohl recht bekommen.

Der Fall ist exemplarisch dafür, wie die BIRTHLER-Behörde nicht nur Mitarbeitern des MfS und Kritikern den Mund verschließen will, sondern wie sie eine sachliche und wissenschaftliche „Aufarbeitung“ der DDR-Geschichte verhindert. Für mich hat der Vorgang auch etwas Belustigendes. Am 28. August 2007 schrieb mir ein Mitarbeiter des Hannah-Arendt-Instituts für Totalitarismusforschung einen Brief. In ihm hieß es: „Seit 1989 ist es in diesem Teil Deutschlands möglich, mehrere, d. h. pluralistische Interpretationen der Geschichte darzulegen. Eine einseitige, auf eine bestimmte ideologische Doktrin verpflichtete Staatsgeschichtsschreibung (so wie bis 1990) gibt es Gott sei Dank nicht mehr.“

Wird Gott jetzt durch Frau BIRTHLER ersetzt?

Prof. Dr. Horst Schneider, Dresden

Am 24. Januar gab es im ZDF einen Polit-Talk mit Maibritt Illner zum Thema „Kapital brutal. Jobs egal – zählt nur noch die Rendite?“ Es ging um die Schließung des Bochumer NOKIA-Werkes. Zum Schluß griff Guido Westerwelle den Linkspolitiker Oskar Lafontaine mit den Worten an: „Sie wollen mit Ihrer Politik wieder Volkseigentum – wir aber wollen ein reiches Volk mit Privateigentum.“ Der Angegriffene konnte nicht mehr antworten, da die Sendezeit abgelaufen war. Vielleicht paßte es ihm sogar in den Kram, denn zu sozialistischen Eigentumsverhältnissen hatte er sich ja bisher kaum geäußert. Doch das Problem stellte der unverschämte Demagoge Westerwelle dar, der – vom handverlesenen Publikum angefeuert – so tat, als könne es eine gerechte kapitalistische Ordnung geben, in der alle Deutschen reich werden.

Dr. Werner Liebig, Berlin

Zu Recht kritisiert Rudolf Krause in seinem offenen Brief (RF-Extra in Nr. 120) die bar jeder politischen Moral erfolgte Rückbenennung von Görlitzer Straßen. Ein Tatbestand, der nach der sogenannten Wende im Osten zur Praxis derer wurde, die sich willfährig der neuen Obrigkeit und den lenkenden Westimporten anordneten. Befürchtend schrieb Krause abschließend: „Hoffentlich wird man nicht eines Tages das Mahnmal der Opfer des Faschismus auf dem Wilhelmsplatz umsetzen oder gar ganz schleifen ...“

Bei uns in Riesa hatte man diesbezüglich keine Gewissensbisse. Man entfernte das Mahnmal der Opfer des Faschismus vom Alexander-Puschkin-Platz Ende 2000 wegen „vorgesehener Neugestaltung“. Einsprüche zurückdrängend versprach die Stadtverwaltung den Wiederaufbau „an anderer würdiger Stelle“. Von mir über Jahre geschriebene Leserbriefe zur Nichteinhaltung des offensichtlich verlogenen Versprechens wurden von der hiesigen Presse mit Schweigen übergangen. Erst die durch mich erreichte Aktivierung der PDS-Stadtratsfraktion für die Wiederaufstellung des Odf-Mahnmals und mein offener Brief an die Oberbürgermeisterin lösten Aktivitäten aus, die dann jedoch in eine völlig andere Richtung gelenkt wurden. Während das demontierte Mahnmal weiterhin in einer leeren Scheune des ehemaligen Volksgutes unter Verschluß eingelagert ist, soll das Problem jetzt dadurch „gelöst“ werden, daß man einen „Ort des Gedenkens für alle Opfer des Nationalsozialismus, des Stalinismus und der kommunistischen Diktatur“ einzurichten bestrebt ist. Im Zuchthaus Waldheim unter Hitler terrorisierte Antifaschisten sollen genauso wie in den „Waldheim-Prozessen“ verurteilten Nazi-Verbrecher „geehrt“ werden. Sie deklariert man ja zeitgemäß als „Opfer des Stalinismus und der DDR-Justiz“.

Schockierend ist für mich, daß sich dabei der Vorsitzende des Ortsvorstandes Riesa der „Linken“ in der durch die Oberbürgermeisterin berufenen Kommission zur fragwürdigen Denkmalsneugestaltung am Poppitzer Platz aktiv und fördernd betätigt. In einem Artikel der hiesigen Monatszeitung „Elbe-Rödertal-Echo“ befüllte er nachdrücklich die Zielstellung der Kommission. Ihn plagen offenbar keine Skrupel.

Die Veröffentlichung meiner geschichtsbezogenen Stellungnahme zu diesem Artikel lehnte die Zeitung unter fadenscheinigen Vorwänden wiederholt ab.

Arndt Näser, Riesa

Mit großem Interesse las ich als geborene Görlitzerin den hervorragend recherchierten Artikel von Rudolf Krause. Bewegt hat mich die Feststellung zum jüdischen Kinderarzt Dr. Krebs. Er hat überlebt! Das war mir neu.

Auch meine Mutter ging mit mir zu dem beliebten und tüchtigen Mediziner. Sie wurde von der Frau des Nazi-Blockwarts wiederholt gefragt, warum sie noch immer zu „dem Juden Krebs“ gehe. „Haben Sie keine Angst um Ihre Tochter?“ So war das damals, auch mit der nachbarlichen Kontrolle.

Ursula Hagen-Rebetzky, Berlin

Sachsens Ministerpräsident Milbradt hat sich, unmittelbar nach Bekanntwerden der Absicht, in Berlin ein Einheitsdenkmal errichten zu wollen, in der ihm eigenen Aufgerechtigkeit zu Wort gemeldet und gefordert, auch in Leipzig, Plauen und Dresden solche Monumente aufzustellen. „Berlin, wo die Mauer stand, ist Symbol der Teilung und der Wiedervereinigung, aber Sachsen ist das Herz der friedlichen Revolution. Ich bin deshalb dafür, daß überall da, wo sich Menschen besonders für Freiheit und Demokratie eingesetzt haben, Orte der Erinnerung entstehen.“

Aber ist der Mann so schlecht informiert, haben ihn seine Lakaiken (wie immer) schlecht beraten? Sie stehen doch schon, die Denkmäler der deutschen Einheit! Und sie stehen bei weitem nicht nur in Berlin, nein, auch in Sachsen, überall im Osten. Ja, in ganz Deutschland! Denn was charakterisiert das Neue, das auf die Wiedervereinigten und dadurch Enteigneten zukam? Die auf vielen Nachwende-Karikaturen gezeigte Banane ist es nicht. Die gab es auch in der DDR, wenn auch nicht jeden Tag. Wie es auch Reisen über die Grenze gab, seltener nach Hamburg als nach Sotschi. Doch wie mir ALG-II-Empfänger sagen, ist für sie eine Reise nach Hamburg heute in solche Ferne gerückt, wie das zu DDR-Zeiten der Fall war.

Aber was im Osten Deutschlands absolut undenkbar war und was ihn heute so trefflich markiert – das sind die Arbeitsämter. Diese wahren Denkmäler der Einheit Deutschlands auf kapitalistischer Grundlage übertreffen an Zahl weit alle Bismarcktürme und an Besuchern alle Lichtspielhäuser.

Bernd Gutte, Görlitz

In der „jW“ vom 18. Januar wurde folgende Äußerung der Thüringer CDU-Landtagspräsidentin Dagmar Schipanski wiedergegeben: „Wir brauchten keinen dritten Weltkrieg, wir hatten den Sozialismus.“

Es fragt sich, auf welches erbärmliche politische Niveau jemand absinken muß, um so etwas von sich zu geben. Hier paart sich politische Primitivität mit abgrundtiefem Antikommunismus.

Wenn das Bestreben, in einem Teil Deutschlands eine sozialistische Gesellschaft aufzubauen, mit den Wirkungen eines Weltkrieges gleichgesetzt wird, dann muß man auch über damit verbundene Erscheinungen, Ergebnisse, Erlebnisse und Folgen nachdenken.

Im Krieg gibt es stets Verlierer und Gewinner. Frau Schipanski zählt ohne Zweifel zu den Gewinnern dessen, was sie als „dritten Weltkrieg“ bezeichnet. Für sie war diese „Kriegszeit“ eine BADEKUR. Sie durfte das Abitur ablegen, sich zur Diplom-Ingenieurin bilden, an der TH Ilmenau wissenschaftlich arbeiten, in Nowosibirsk ein Zusatzstudium absolvieren, 1976 promovieren und Dozentin werden. Am Ende wurde sie sogar noch Professorin.

Was ist nach 1990 mit der „Kriegsgewinnlerin“ geschehen?

Durch stromlinienförmige Anpassung an die „Nachkriegsverhältnisse“ stieg sie zur Dekanin einer Fakultät auf. Später war sie Rektorin der TU Ilmenau, auch Vorsitzende des Wissenschaftsrates der BRD. Fast hätte sie höchste

Ehren erlangt, wäre nicht Johannes Rau statt ihrer zum Bundespräsidenten gewählt worden. Spät, aber nicht zu spät, wurde sie Mitglied der CDU und wie selbstverständlich in hohe Gremien ihrer Partei aufgenommen.

Halten wir fest: Dagmar Schipanski war weder Widerstandskämpferin während des „Ersatz-Weltkrieges“ noch nahm sie in dieser Zeit irgendwelchen Schaden. Ihre überaus positiven Erfahrungen verkehrte sie opportunistisch ins Gegenteil.

Übrig bleibt, der Dame zu bescheinigen, daß ihre Sicht auf die neuere deutsche Geschichte böswillig ist und die Realitäten auf den Kopf stellt. Es wäre sicher für sie als Wissenschaftlerin und Politikerin besser, erst zu denken und dann zu sprechen. Oder sie verlegt ihre öffentlichen Auftritte noch mehr in Karnevalsitzungen, bei denen sie ohnehin schon Stammgast ist.

Karl Rehbaum, Berlin

Sachsen ist Vorbild beim Schuldenabbau, das Wort Sparen wird großgeschrieben. Allenthalben fährt man die Zuweisungen an Städte und Gemeinden stark zurück. Das Ergebnis: Die Kommunen müssen ihr letztes öffentliches Eigentum an Private verkaufen, um nicht völlig auszutrocknen. Ist diese Einnahme verbraucht, sieht es trübe aus.

Von Geld versteht Sachsens CDU-Landesregierung viel, ist doch der Kämmerer aus Münster, Georg Milbradt, jetzt Ministerpräsident. Bei Kurt Biedenkopf war er bereits Finanzminister. Sein Ziehkind ist, oder besser war, die Sächsische Landesbank. Da sie immer schon auf schwachen Füßen stand, zog man – unter seiner Regie – einige Sparkassen mit ins Boot. Dagegen wandten sich die Sachsen mit einem erfolgreichen Volksentscheid. Der lief letztlich ins Leere: Mit einem neuen Namen feierte der Verbund Wiederauferstehung. Die leitenden Manager führen die „kleine, aber feine Bank“ (Milbradt) gegen den Baum. Mit riskanten Fonds wollte man das große Geld machen, wobei man sich gewaltig verspekulierte. Die Landesbank Baden-Württemberg schluckte sie am Ende. Milbradts Finanzminister Metz wurde zum Bauernopfer. Sein Chef, der ihm die Suppe eingerührt hatte, wackelt noch auf seinem Posten. Die Zeche für die aufgelaufenen Millionenverluste muß, wie immer, der Steuerzahler begleichen.

Werner Juhlemann, Geithain

Ich möchte auf einen Widerspruch im Januar-Leitartikel aufmerksam machen: Dort wird das Hohelied der Toleranz gesungen und dann erklärt, der „RotFuchs“-Förderverein sei „wohl die einzig marxistische Bildungszentrale“ in Deutschland. Womit im selben Atemzug viele Genossen und auch einige ihrer Zusammenhänge aus dem elitären Kreis der von Klaus Steiniger ernannten Marxisten ausgeschlossen werden. Ist das tolerant?

Ich reklamiere für manchen Genossen ernsthafte und anhaltende Versuche marxistischer Betrachtung gesellschaftlicher Probleme. Die Existenz einer Institution, die darüber befinden möchte, wie sehr oder wie wenig marxistisch solches Bemühen ist, wirkt eher hindernd. Oder sollte ich da etwas ganz falsch verstanden haben?

Werner Wüste, Berlin

Ich habe erst aus den Glückwünschen in der „jungen Welt“ von Eurem „runden Geburtstag“ erfahren, möchte Euch also nachträglich gratulieren. Ich erinnere mich eines sowjetischen Theaterstücks mit dem Titel „Weiter so!“ Es war, wenn ich mich recht entsinne, von Schatrow. Ich schließe mich dem an.

Aber ohne Kritik geht's nun einmal nicht! Wenn in dem Artikel in der „jungen Welt“ steht, der „RotFuchs“ sei „wohl die einzige marxistische Bildungszentrale in Deutschland“, so stimmt das nicht. Erstens gibt es mindestens auch noch die „Marxistischen Blätter“. Und die werden im Herbst immerhin 45 Jahre alt. Damit sind sie das älteste deutschsprachige marxistische Theorieorgan unseres Landes. Jedenfalls werden wir dann feiern, d. h.: arbeiten.

Robert Steigerwald, Eschborn

Der Feminismus-Artikel von Juliane Barten (RF Nr. 120) hat mir sehr gut gefallen. Und ich freue mich, daß auch einmal über solche Themen im „RotFuchs“ berichtet wird.

Eine kleine Kritik sei jedoch gestattet. Juliane schreibt von sozialen Geschlechterrollen. Das ist offenbar ein Rückgriff auf die sogenannte Gender-Theorie. Sie geht zunächst davon aus, daß es ein biologisches (engl. „sex“) und ein soziales (engl. „gender“) Geschlecht gibt. Unter dem sozialen Geschlecht werden alle gesellschaftlich vermittelten Eigenschaften und Verhaltensweisen verstanden (z. B., daß Frauen lange Haare haben und Röcke tragen sollen und daß es bestimmte „Frauenberufe“ geben muß). Der Gender-Theorie zufolge sollen alle gesellschaftlichen Strukturen dahin gehend untersucht werden, ob Menschen aufgrund ihres sozialen Geschlechts benachteiligt werden.

Auf den ersten Blick ist daran wenig auszusetzen. Wie jede bürgerliche Lehre geht aber auch die Gender-Theorie davon aus, daß das kapitalistische System alternativlos und endgültig ist. Die Ursachen der Benachteiligung werden nicht im Charakter des Kapitalismus, sondern in gesellschaftlichen Vorstellungen und Strukturen gesehen. Diese haben ihren Ursprung aber in der ökonomischen Basis. Solange diese nicht von Grund auf verändert wird, kann auch die strukturelle Benachteiligung nicht überwunden werden.

Etwas unglücklich ist es auch, von der Feminismus-Definition von Renate Wurts auszugehen. Die einseitige Fixierung auf eine diffus als „Patriarchat“ bezeichnete Gesellschaftsstruktur lenkt m. E. von oben erwähnten wahren Ursachen für die Frauenunterdrückung ab.

Der Mensch ist ein biologisches Wesen, demzufolge wird er sich von seinen Trieben auch nicht kraft anderer gesellschaftlicher Verfaßtheit befreien können. Andererseits entsteht aber im Sozialismus mit der Zeit ein neuer Menschentyp. Die Aufhebung der Ausbeutung leitet einen grundlegenden Wandel in den zwischenmenschlichen Beziehungen ein. Bereits in ihrem Gründungsjahr 1949 verankerte die DDR die völlige Gleichstellung von Mann und Frau in Artikel 20 ihrer Verfassung. Es vollzog sich ein grundlegender Wandel in den Arbeits- und Lebensbedingungen der Frau. Allerdings ist es auch der DDR offenbar nicht oder nur teilweise gelungen, überholte Rollenvorstellungen und Denkmuster in bezug auf die Geschlechterfrage restlos zu überwinden.

Übrigens: Ich bin 29, gehöre also zu den jungen Lesern des RF.

Roy Dittmann, Berlin

Ja, man sollte den Schülern Gelegenheit geben, selbst Wahrheiten zu finden. Und das können sie nun wirklich am besten nur mit Hilfe ihrer Eltern, Großeltern und ihrer Lehrer, die in der DDR gelebt haben und die Erfahrungen aus dieser Zeit mit dem Dasein in der Gegenwart vergleichen. Dazu gehören neben Defiziten durchaus auch Dinge, die sie heute schmerzlich vermissen. Warum sollen Eltern ihren Kindern nicht erzählen, daß es in der DDR kein Kind gab, das aus finanziellen Gründen nicht an der Schulspeisung teilnehmen durfte oder auf Klassenfahrten und Theaterbesuche verzichten mußte? Warum sollen die Kinder nicht wissen, daß sie nach Beendigung der Schulzeit keine Furcht um einen Ausbildungsplatz haben mußten? Oder daß es Stipendien für alle Studenten gab, so daß sie während der Studienzeit nicht auf Nebenjobs angewiesen waren. Und überhaupt, daß Bildung nicht vom Geldbeutel der Eltern abhängig war? Sollen das die Eltern ihren Kindern verschweigen?

Was das Gesundheitswesen betrifft, es war rundum kostenlos. Es gab keine Zuzahlungen. Alle Medikamente einschließlich Kopfschmerztabletten und Hustensaft erhielt man unentgeltlich auf Rezept. Und das, weil das Gesundheitswesen nicht profitorientiert war und man auf Kosten der Kranken keine Gewinne einstecken konnte. Die Polikliniken waren einzigartig und werden jetzt teilweise, natürlich ohne DDR-Bezug, wieder erfunden.

Theater- und Konzertbesuche konnte sich jeder leisten. Bücher waren für alle erschwinglich.

Das sind alles Wahrheiten, die die Eltern den Kindern verschweigen sollen?

Negatives aus der DDR brauche ich hier nicht aufzuzählen. Das tun ja andere bis zum Überdruß.

Michael Brix, Potsdam

Ich liege seit Monaten mit der Hoffnung auf Heilung in der modernsten Krebsklinik, während meine Frau trotz des Engagements der Ärzte dort kürzlich verstarb. Was Organisation und Effektivität betrifft, kann man nach jahrzehntelangen Erfahrungen der eigenen Familie mit Berliner DDR-Kliniken nur staunen. Da hilft auch die aufopferungsvollste Arbeit der Ärzte und der gestreiften Schwestern nichts. Das fängt mit dem aus Kostengründen importierten Essen an und geht bis zur „Reform“, aus Einsparungsgründen die Patienten vor Feiertagen zu beurlauben, damit sie sich beim Hausarzt Rezepte besorgen. Medizinisch kaum kompetente Sachbearbeiter Hunderter Krankenkassen müssen sie dann genehmigen. Ein bürokratischer Aufwand ohnehin. Kennt Ulla Schmidt eigentlich den Dschungel ihrer eigenen Gesetze?

Das alles hält keinem Vergleich mit der vorzüglichen Patientenversorgung in der DDR stand.

Gerhard Rosenberg, Berlin

In einem Flußboot mit ca. 50 Passagieren umrundeten wir die Peter-Paul-Festung auf der Newa in Petersburg. Man stellte uns sämtliche Kirchen und Kathedralen vor. Wieviel Gold deren Dächer heute zielt! Wie hoch mögen die Kosten ihrer Rekonstruktion gewesen sein?

Der Reiseleiter verschwiegen den Liegeplatz des legendären Kreuzers „Aurora“. Ich bat darum, mir für einen Moment das Mikrophon zu überlassen. So informierte ich die Touristen, mehrheitlich aus dem Westen, darüber, daß am 7. November 1917 um 3.30 Uhr die Geschütze der „Aurora“ einen „blinden Schuß“ abfeuerten, der als Signal für den Sturm auf die Zarenresidenz galt. Heute ist der Panzerkreuzer ein Traditionsschiff der russischen Flotte.

Wollte uns der Petersburger Stadtführer die historische Wahrheit bewußt unterschlagen? Jedenfalls spendeten mir die Mitreisenden Beifall. Anschließend mußte ich etliche Fragen von interessierten, aber wenig informierten Touristen beantworten.

Jürgen Ludwig, Zerbst

Wenn ich in der Presse der BRD Schlagzeilen wie „Moskau dient wieder als Feindbild“ lese, wird in mir wach, daß sehr viele, die in der DDR lebten, von der Idee der Freundschaft zu allen Völkern und besonders zum sowjetischen Volk beseelt waren. Wie Millionen gehörte ich der Gesellschaft für Deutsch-Sowjetische Freundschaft an. Damals wurden enge Bande zwischen den Völkern geknüpft. Heute aber zielt die Politik der in der Bundesrepublik am Ruder Befindlichen darauf ab, die Menschen gegeneinander auszuspielen und erneut zu verfeinden. Das macht mich sehr besorgt. Man nutzt jede Gelegenheit, Rußland und die Russen verächtlich zu machen. Man diffamiert Putin, weil er angesichts der Raketenbedrohung aus dem Westen die notwendigen Schritte zur Umrüstung seiner Armee unternommen hat. Doch ungeachtet der Hetze ist der Gedanke der Freundschaft zum russischen Volk bei vielen Menschen nicht untergegangen.

Hans-Georg Vogl, Zwickau

Der „RotFuchs“-Förderverein bewegt sich in Mecklenburg-Vorpommern auf den von der vierten zentralen Mitgliederversammlung (22. September 2007) vorgezeichneten Bahnen. In diesem Touristenparadies hat der RF inzwischen fast flächendeckend Fuß gefaßt. Verein und Zeitschrift haben sich bereits zu einer politischen Größe entwickelt, sind Heimstätte der Mitglieder und Leser geworden. In Rostock, Neubrandenburg, Schwerin, Teterow, Güstrow und anderen Städten haben sich gefestigte Strukturen herausgebildet oder befinden sich – wie in Wismar, Greifswald und auf Rügen – im Aufbau. Hilfreich und informativ sind Vorträge prominenter Gastlektoren zu aktuellen oder

umfassenderen Themen. Sie bilden eine gute Grundlage für den unvoreingenommenen Meinungsaustausch. Eine ausgezeichnete Form der Zusammenarbeit bildet die Koordination im M.-V.-Maßstab. Das letzte Treffen auf Vorstandsebene hat kürzlich in Güstrow stattgefunden.

Walter Krüger, Dudinghausen

In der März-Ausgabe des „RotFuchs“ lese ich wieder einen Artikel über die „Ware-Geld-Beziehungen im Sozialismus“ von Prof. Matho. Er will „Halbwahrem und Unsinnigem“, das andere Menschen zu diesem Thema geäußert haben sollen, widersprechen. Offensichtlich geht Prof. Matho davon aus, daß er allein im Besitz des Wissens („von mir wiederholt nachgewiesen“) ist, Vollwahrnes von Halbwahrem und Sinniges von Unsinnigem zu unterscheiden, und daß habilitierte wie nichthabilitierte erwachsene Menschen nichts anderes bewegt, sich im „RotFuchs“ zu äußern, als gerade, Halbwahrheiten und Unsinn von sich zu geben. Eine solche Einleitung eines Artikel disqualifiziert einen Akademiker und gehört zu den Versuchen, Andersschreibende „ex cathedra“ einzuschüchtern.

Wenn ein langjährig an einer Hochschule Lehrender formuliert, daß (nach 40 Jahren DDR-Existenz!) „es kaum praktische Erfahrungen (gab), wie eine zentrale gesellschaftliche Rahmen- und Strukturplanung mit den eigenwirtschaftlichen Einheiten und dem Markt effizient, dem Volke dienend, zu verbinden sei“, dann gibt er damit eine geistige Bankrott-Erklärung ab. Ehrlicherweise hätte Prof. Matho formulieren müssen: „Ich besitze (oder: wir in der Parteihochschule besaßen) keine Erfahrungen“ oder „Wir haben die praktischen Erfahrungen, die es gab, falsch interpretiert.“

Dr. Hermann Wollner, Berlin

In der „Torgauer Zeitung“ vom 22. Januar las ich einen Artikel der dpa-Journalistin Jutta Schütz zum 60. Geburtstag von Marianne Birthler. Die fettgedruckte Überschrift lautete: „Kämpferin gegen Geschichtslüge“. Die Dame setzte sich angeblich dafür ein, daß die künftige Generation „ein realistisches Bild von der DDR“ mitnehme, schreibt Schütz. Was versteht sie darunter?

Erstaunt war ich, daß die Autorin anführte, Frau Birthler könne im Bemühen um den Erhalt ihrer Behörde bis 2019 „stur sein“ und agiere „nicht immer ganz glücklich“. Kritiker hätten ihr sogar „Sensationshascherei“ vorgeworfen. Frau Schütz erinnerte dabei an die Veröffentlichung des angeblichen Dokuments „Zum Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze“, das die Birthler im August 2007 als Neuheit verkauft hatte, obwohl Auszüge aus dem Papier bereits 1997 veröffentlicht worden waren.

Sei es wie es sei, wir kennen Frau Birthler und andere aus dem erlauchten Kreis der früheren „DDR-Bürgerrechtler“. Ihre persönliche Existenz hängt daran, daß sie Lügen und Verleumdungen über den Sozialismus verbreitet.

Heinz Strauchmann, Staupitz

Eine Nachricht in den Medien von NRW machte auf die Praktiken der Rüstungsfirma Rheinmetall, Düsseldorf, aufmerksam. Das Unternehmen erhöhte im Zeitraum 2006/07 die Produktion von Streubomben, die bei den NATO-Luftstreitkräften „gute Resonanz“ finden. Sie werden mit Erfolg zur Bekämpfung „terroristischer Gruppen“ in Afghanistan eingesetzt. Trotz weltweiter Ächtung dieser gefährlichen Munition und heftiger internationaler Proteste ist die Konzernleitung nicht bereit, sich zu diesem „Erzeugnis“ zu äußern und dessen Herstellung zu beenden.

Auch „Verteidigungsminister Jung (CDU) ließ sich zu keiner Stellungnahme bewegen. Er konnte jedoch nicht in Abrede stellen, daß bei Rheinmetall Streubomben für die Verbündeten „aufgrund bestehender Verträge über gemeinsame Anstrengungen zur Terrorismusbekämpfung“ mit dem Haupteinsatzgebiet Afghanistan produziert werden.

Hans-Joachim Hartlieb, Westerkappeln

Die Rede von Götz Dieckmann zum 90. Jahrestag der Oktoberrevolution habe ich mit Interesse und Zustimmung gelesen. Er spricht davon, wir hätten in der DDR „den erreichten Stand sozialistischen Eigentümerbewußtseins überschätzt“. Meiner Ansicht nach kann dieses jedoch überhaupt nicht geschätzt werden. Es wird durch das materielle Sein bestimmt. Was haben wir in dieser Hinsicht falsch gemacht? Ich selbst habe von 1950 bis 1990 fast ständig in volkseigenen Betrieben gearbeitet. Wir waren dort nicht mehr Proletarier im Sinne von Karl Marx, sondern Eigentümer der Produktionsmittel und Organisatoren der Produktion. Doch zugleich blieben wir auch im VEB Lohnarbeiter und Angestellte. Wir erhielten Lohn oder Gehalt, es gab Lohnstauertabellen und viele andere Ordnungs- und Rechtsverhältnisse zwischen Beschäftigten und Betrieb. Wie das auch in kapitalistischen Unternehmen gehandhabt wurde und wird. Als VEB-Eigentümer gehörten wir der Gewerkschaft an, deren Funktion eigentlich eine Vereinigung zum Kampf gegen die Kapitalisten ist.

Viele Begriffe haben wir unbedacht für den VEB übernommen und zum Teil Vergleiche unter diesen Kategorien mit der damaligen BRD vorgenommen. Arbeiter und Angestellte wurden ebenfalls differenziert behandelt. Damit konnte keine gefestigte sozialistische Eigentümergemeinschaft entwickelt werden. Der Lohn bzw. das Gehalt hätten mit einem Begriff wie Leistungs- und Ertragsanteil ersetzt werden müssen. Richtig wäre es m. E. auch gewesen, wie in den Genossenschaften, einen Inventaranteil zu leisten und einen Gewinnanteil nach Leistung sowie Beteiligung zu gewähren. Darüber sollten sich die sozialistischen Ökonomen und Philosophen einmal Gedanken machen.

H. J. Frölich, Berlin

Als von mir im September 1990 verlangt wurde, Anfang Oktober meine NVA-Uniform gegen die der Bundeswehr zu vertauschen, war für mich die bis dahin selbstverordnete Toleranz zu Ende. Ich sagte zu meinem Kommandeur, daß ich die Uniform des Klassenfeindes nicht anziehen würde. Das konnte ich als ehemaliger Oberstleutnant und Lehrer für die gesellschaftswissenschaftliche Ausbildung nicht mit meinem Gewissen vereinbaren. Daraufhin wurde mir die Entlassung angeboten. Mit Wirkung vom 30. September 1990 schied ich aus der NVA aus. Obwohl ich nicht wußte, was nun aus mir werden sollte, war ich mit meiner Entscheidung zufrieden. Anders hätte ich mich als Verräter an unserer Sache gefühlt.

Es gab aber auch Offiziere, die nach erfolgreicher Umkleidung nicht ohne Stolz, um es mal ganz bescheiden auszudrücken, in der neuen Uniform zum Dienst erschienen. Meine Gedanken gingen damals so weit, daß ich zu der Erkenntnis kam: Solche Leute haben in der gesellschaftswissenschaftlichen Ausbildung geschlafen oder waren der Auffassung, als bloße Militärspezialisten übernommen zu werden. Welch ein Trugschluß! Hatten sie vergessen, daß jede Armee ein Machtinstrument der jeweils herrschenden Klasse ist? In ihre irritierten Gesichter konnte ich später schauen. Mich haben diese Offiziere menschlich enttäuscht.

Georg Ehmke, Bliesendorf

Eine Bemerkung zum RF-Beitrag „Ideologiefrei“ (Januar-RF): Zu einer Versammlung von ISOR e. V. in Leipzig war auch der dortige Vorsitzende des Deutschen Bundeswehrverbandes eingeladen. Ich habe, um keinen Stunk zu machen, die Versammlung verlassen, war aber betroffen, einmal die gleiche Uniform getragen zu haben wie dieser Mann. Für mich ist das ein Überläufer, ein Deserteur. **Herbert Gunia, Leipzig**

Es hat schon etwas Makabres an sich, wenn der USA-Präsident als notorischer Kriegsverbrecher eine der bedeutendsten Stätten zum

Erinnern an den hitlerfaschistischen Holocaust besucht. In Jad Vashem raunte er seiner Komplizin Rice zu, „den Tränen nahe“ zu sein. Er meinte, die Air Force hätte 1944 Auschwitz bombardieren sollen. Wieviel Zynismus kommt darin zum Ausdruck!

Betrachten wir die historischen Fakten. Am 20. Januar 1942 hatte die berüchtigte Wannsee-Konferenz unter Federführung Eichmanns die industrielle Vernichtung der europäischen Juden beschlossen. Die dafür errichteten Lager wie Treblinka, Maidanek und vor allem Auschwitz befanden sich nicht zufällig in Polen. Die Faschisten bevorzugten kurze Transportwege zwischen den jüdischen Hauptsiedlungsgebieten (Ostpolen, Westukraine, Belorubland, Teile des Baltikums) und den Vernichtungslagern. Glaubt Bush wirklich, dem Sterben hätte man durch Luftterror ein Ende setzen können? Nach der Bombardierung des V2-Werkes in Peenemünde ging das Leiden von Zehntausenden Häftlingen in Dora II unvermindert weiter.

Karl-Heinz Noak, Mittweida

Der insgesamt sehr gute und anschauliche Beitrag von Werner Feigel in der Februar-Ausgabe muß in einer Aussage korrigiert werden. Es wird der Eindruck erweckt, an Bezirkstagsabgeordnete seien monatlich 1000 Mark als „Diäten“ gezahlt worden.

Ich war selbst in den 80er Jahren Bezirkstagsabgeordneter und weiß, daß es eine Aufwandsentschädigung gab. Sie betrug 60 Mark im Monat.

Dr. Dr. Ernst Albrecht, Dormagen

Danke, Prof. Eike Kopf, für die ausgezeichnete Auswahl der Reden und Briefe von Clara Zetkin (RF 118, Seite 5). Welch ein politisch-ökonomischer Scharfsinn! Welch visionäre Ansichten, abgeleitet von wissenschaftlich-kritischem Denken! Erstaunlich, wie sie auf Hindernisse, Holprigkeiten, Widerstände beim schweren Weg nach Errichtung der politischen Macht hinweist. Was mich besonders beeindruckt: Die klare Linie, wann und wie die Diktatur des Proletariats zur Absicherung des revolutionären Erfolgs erforderlich wird. Eine hochsensible Riesenaufgabe. Clara Zetkin warnt davor, „... nicht nach dem bluttriefenden Muster des Kapitalismus Menschen zu vernichten“. Alle, möglichst alle sollten zu schöpferischer Arbeit herangezogen werden.

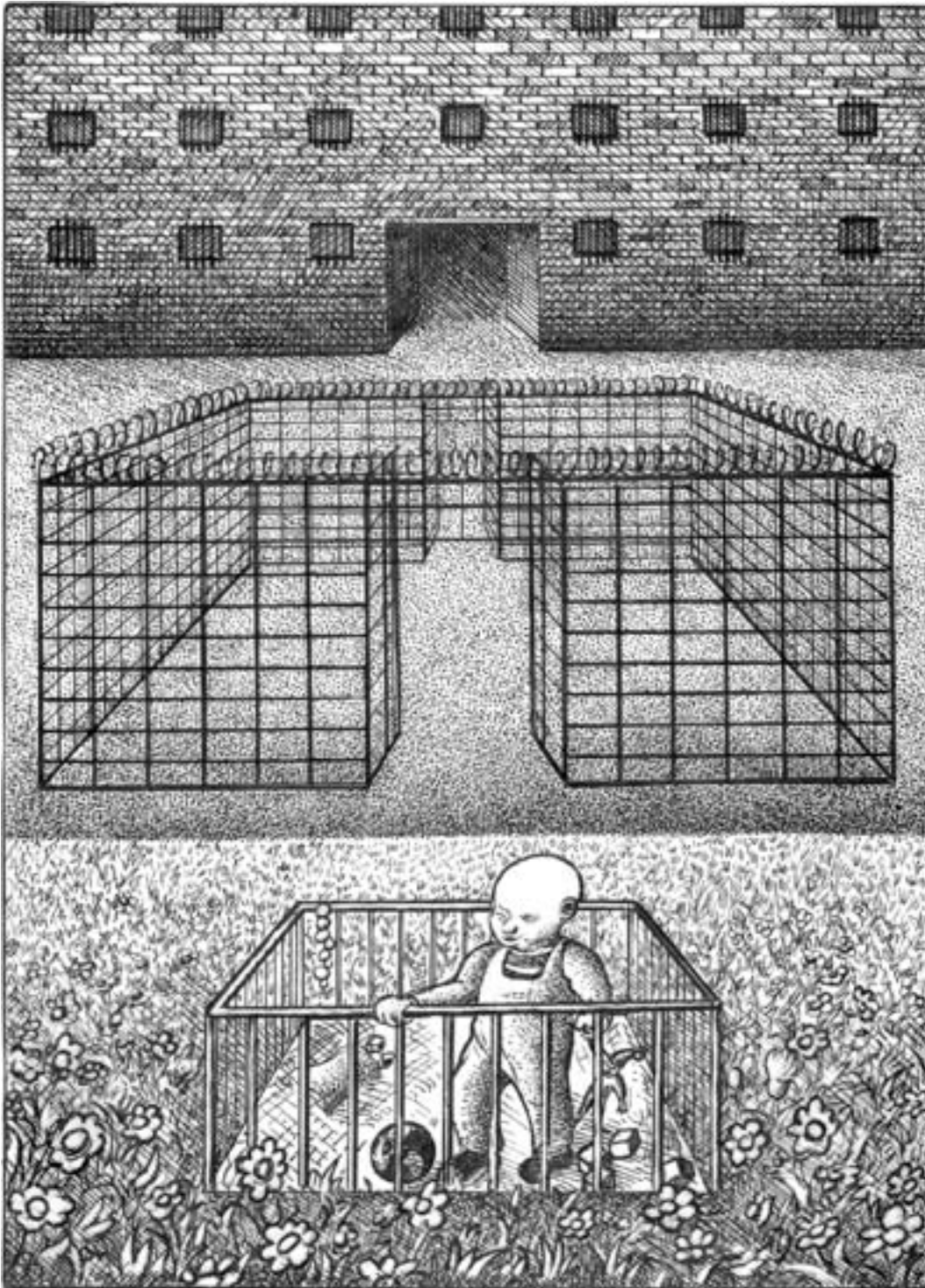
Meine Frage an die Sozialismus-Experten (ich bin nur ein Poet): das Schutzbedürfnis nach Errichtung der politischen Macht, die Abwehr und Niederhaltung noch verbleibender kapitalistischer Elemente hat nach meiner Meinung oberste Priorität. Aber müssen wir heute Begriffe wie „Diktatur des Proletariats“ verwenden? Ich meine das deshalb, weil das Wort Diktatur sonst doch stets negativ besetzt ist.

Artur K. Führer, Bottrop

Ich stelle mir die Frage: Können Sozialisten nicht auch mit zugespitzten Formulierungen Politik machen? Sie müssen dabei doch nicht zu Lügen, Dummheiten und Platitüden greifen, wie sie insbesondere die Generalsekretäre, Parteivorsitzenden und andere Spitzenpolitiker der erweiterten Großen Koalition praktizieren.

Warum aber nicht Handlungen, Aussagen, Vorhaben der Herrschenden und ihrer Monitore auch mit beißendem Spott überziehen und bisweilen provokativ auftreten? Schließlich hat auch Lenin nicht nur seine politischen Gegner, sondern selbst in etwa Gleichgesinnte, deren Ansichten er als falsch erachtete, ironisiert und dem Gelächter preisgegeben.

Ebenfalls sollte nicht unterschätzt werden, daß man die Menschen heutzutage daran gewöhnt hat, Politik als leichte, unterhaltsame Kost zu servieren. Ich möchte das nicht auf bewußte Kommunisten und Sozialisten beziehen, aber vielleicht auf jene, welche sich heute noch spontan und punktuell gegen die herrschende Klasse auflehnen (und die wir vielleicht eines Tages als Leser und Mitglieder des RF begrüßen dürfen). **Helmut Müller, Berlin**



Koch-Rezept

Grafik: Klaus Parche

Am **8. März** um **10 Uhr** debattiert **Wolfgang Mäder**, ehemaliges Mitglied des Hauptvorstandes der CDU, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Dresden** in der Drogenmühle Heidenau, Dresdner Straße 26, über das Thema

Die CDU der DDR – Gegner oder Mitgestalter des Sozialismus?

Werner Großmann in Rostock!

Der Generaloberst a. D. spricht am **12. März** um **15 Uhr** im „Mehrgenerationenhaus“ Evershagen, Maxim-Gorki-Straße 52, auf einer Veranstaltung der **Regionalgruppe** über das Thema

Bonn im Blick – und mehr! Die HVA im Gespräch

Unser Nestor **Walter Ruge** (92) ist am **14. März** um **16 Uhr** bei einer Veranstaltung der **Regionalgruppe Berlin** in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Torstraße 203–205, zu Gast. Er kommentiert sein Buch

Treibeis am Jenissei

und spricht über das Thema: **Sehr verschiedene Wege nach Sibirien**

I M P R E S S U M

Der im Februar 1998 gegründete „RotFuchs“ ist eine von Parteien unabhängige kommunistisch-sozialistische Zeitschrift für Politik und Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft.

Herausgeber:
„RotFuchs“-Förderverein e. V.

Chefredakteur: Dr. Klaus Steiniger (V.i.S.d.P.)
Teterower Ring 37, 12619 Berlin,
☎ 030/561 3404, Fax 030/56493965
E-Mail: rotfuchskessel@t-online.de
(Redaktionsadresse)

Layout: Egon Schansker

Herstellung: Druckerei Bunter Hund

Internet: www.rotfuchs.net

Autorenkreis:

Dr. Matin Baraki	Dr. Hans-Dieter Krüger
Rolf Berthold	Rudi Kurz
Dr. Manfred Böttcher	Prof. Dr. Hans Lutter
Dr. Vera Butler (Melbourne)	Wolfgang Mäder
Wolfgang Clausner	Bruno Mahlow
Prof. Dr. Götz Dieckmann	Dr. Bernhard Majorow
Ralph Dobrawa	Prof. Dr. Fred Matho
Dieter Fechner	Wolfgang Metzger
Dr. Peter Fisch	Prof. Dr. Harry Milke
Bernd Fischer	Frank Mühlefeldt
Peter Franz	Sokrates Papadopoulos (Thessaloniki)
Günter Freyer	Richard Georg Richter
Prof. Dr. Georg Grasnack	Prof. Dr. Werner Roß
Dr. Ernst Heinz	Walter Ruge
Dr. Dieter Hillebrenner	Karl Schlimme
Manfred Hocke	Gerhard Schmidt
Hans Horn	Prof. Dr. Horst Schneider
Dr. Klaus Huhn	Fritz Teppich
	Dr.-Ing. Peter Tichauer

Künstlerische Mitarbeit:

Karlheinz Effenberger
Klaus Parche
Heinrich Ruynat

Internet-Präsentation des „RotFuchs“ und akustische Ausgabe
(für Sehbehinderte):
Sylvia Feldbinder

Versand und Vertrieb:
Armin Neumann
Salvador-Allende-Straße 35
12559 Berlin ☎ 030/654 56 34
arminneumann@ewt-net.de
Marianne Ahrens, Sonja Brendel,
Bruni Büdler, Hans Ludwig,
Harry Schreyer, Peter Barth
u. v. a. m.

Redaktionsschluß ist jeweils der **15.** des Monats.

Die Mitarbeit weiterer Autoren ist erwünscht. Die in namentlich gezeichneten Beiträgen zum Ausdruck gebrachten Auffassungen müssen nicht immer mit denen der Redaktion übereinstimmen.

Unser Konto: „RotFuchs“-Förderverein, Konto-Nr. 2 143 031 400
Berliner Sparkasse (BLZ 100 500 00)

Finanzen: Jürgen Thiele, Wartenberger Str. 44,
13053 Berlin, ☎ 030/981 56 74